Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 269 17. Februar 1979 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX



KLATSCH AUS DER PROVINZ

OKARBEN/BURG GRÄFENRODE
13. Februar

Um die eh schon offenen, aber längst noch nicht öffentlichen Klatsch- und Tratschnachrichten aus der Wetterau und Umgebung allgemein zugänglich zu machen, hat sich der Pferde- und Kutschenjournalist Micha bereitgefunden, Klatschnachrichten der ansässigen und immer mehr hinzuziehenden Wetterauwohngemeinschaften herauszugeben. Zu diesem Zwecke werden dringend Informationen, Histörchen, wahre und unwahre Geschichten über das Leben, Lieben und Arbeiten der Betroffenen gesucht – nach dem Motto: Betroffene zu Wort kommen lassen! Zusendungen bitte an die Zentralredaktion 'Pferde, Wagen, Klatsch und Tratsch', Friedensstr. 24, 6367 Okraben, c/o Siebert.

Eine im Nachbarort ansässige Wohngemeinschaft bezweckt einen Verein zu gründen: den (alternativen ?) Haus-, Hof- und Grundbesitzerverein. Tom, der Initiator, braucht dazu noch einige Besitzer mehr. Wendet euch an: Tom Meusert, Burgstr. 8, 6367 Burg Gräfenrode

L'INVITATION AU VOYAGE

Festschrift für Alfred Sohn-Rethel

BREMEN
16. Januar 79

Ein sehr lebendiger Mensch, der sich viele Gedanken über geistige und körperliche Arbeit, Geld und Zeit, den Taylorismus, den Faschismus und Marx und Kant gemacht hat, wird 80 Jahre alt. Es fällt mir schwer, über „So'n Rätsel" oder „Old Alfred", Alfred Sohn-Rethel, etwas Geistreiches und hinreichend Informatives zu sagen. Wieviel man dazu sagen kann, zeigt die „Einladung zur Reise", eine „Festschrift zum 80. Geburtstag von Alfred Sohn-Rethel", die ich hier eigentlich auch nur ankündigen will. Sie ist erschienen im : **Buchladen Bettina Wassmann, 28 Bremen, Bibliothekstraße**, ist 326 Seiten dick und kostet 32,- DM. Geschrieben haben darin unter anderen: Helmut Höge, Gerd Bergfleth, Wolfgang Hagen, Robert Dickler, Sönke Hundt.

Karl

BESCHWERDE-BRIEFE GESUCHT

SCHLIENGEN
13. Feb. 79

Ein ID-Leser namens Hoffmann möchte eine Sammlung machen, und zwar voller Beschwerde-Briefe. Wenn er genug davon bekommt, wird's vielleicht ein Buch. Honorar gibt's nicht. Falls irgendwelche Gewinne abfallen sollten, gehen diese an "Institutsopfer" (Grohnde-Verurteilte oder so). Hoffmann schreibt:

"Ich sammle alle möglichen Beschwerde-Briefe, die jemals an Behörden, Institutionen, Arbeitgeber, Vermieter etc. geschrieben worden sind. Allerdings keine seriösen Beschwerden, sondern nur welche, die autoritätsuntergrabend, spannend, respektlos, verrüc kt, unsinnig, unverschämt, frech und phantasievoll sind.
Wer nun solche Briefe hat oder gerade schreibt, sollte mir unbedingt eine Kopie des Briefes, sowie die zugehörigen Antwortschreiben der Behörden schicken. Falls erforderlich mit einer kleinen Vorgeschichte."

Kontakt: Hoffmann, 7846 Schliengen, Bellingstr. 1

GRAFFITTI AUS DEUTSCHEN GEFÄNGNISSEN

HAMBURG
13. Feb. 79

Gütner Hesse aus Hamburg hat zwei Jahre lang gesammelt, was an den Wänden deutscher Gefängnisse aufgeschrieben und eingekratzt wurde. Er möchte die Texte als Buch herausgeben und denkt an eine Auflagenhöhe von ca. 1.200 Exemplaren. Das Buch soll zwischen 250 und 300 Seiten dick sein und 24 bis 32 Mark kosten.
Einige Zitate: "Mein Richter hat 'ne Fresse wie Popeye" – "Mensch hab ich einen Anwalt! Hat nen Kopf wie ne Schwachstrombirne und die glüht echt nur auf Sparflamme. Ob ich den hab, oder in Hagenbecks Tierpark rülpst ein Kamel. Scheiß Pflichtverteidiger!!!" – "Die Justiz ist ungefähr wie Cassius Clay Clay – unschlagbar." Hesse schreibt:
"Die Zitate stammen ausschließlich von Gefangenen und wurden entweder während der Haft, nach einem Termin, einer Anhörung in der Anonymität einer Zelle im freien Gedankengang geschrieben. Haß, Verzweiflung, Galgenhumor, politisches und moralisches Engagement, sexuelle Frustration oder nur einfaches Lebenszeichen – die Motive sind sicher weiter noch gestreut, in jedem Fall aber wurden die Zellenwände zur einzigen mögliches – zeitgenössischen – Wandzeitung umfunktioniert."

Vorbestellungen bei: Neuer Verlag, Bernd Bruscha, Sindelfinger Str. 45, 7400 Tübingen

Kontakt: Günter Hessen, Am Hasenberge 26, 2000 Hamburg 63

ALTERNATIV-EXAMEN

HAMBURG
12. Februar

Die Gruppe Aktion „Wir leben noch!" Wer weiß wie lange! „Humanes Wohnen e.V." legte ein Examens-Arbeits-Archiv an. Hauptschwerpunkte der Arbeiten sind Wohngemeinschaften und Familie. Wer auch zu diesen Themenbereichen schrieb oder Unterlagen benötigt, bekommt die Arbeiten für –,20 DM je Din A4 Kopie.

Kontakt: Mitfahrzentrale, Humanes Wohnen, c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13.

NATIONALES TREFFEN DES VERBANDS LINKER BUCHLÄDEN

FRANKFURT
12. Februar 79

Wir, die Projekte des Regional-VLB-Nordrheinwestfalen,haben die Vorstellung, auf dem Treffen den Themenschwerpunkt „Selbst-Zensur" zu diskutieren.
Folgende Autoren sprechen wir als VLB-NRW über die Verlage an: Brückner, Bischoff, Chotjewitz, Cobler, Schult.

Wir fordern euch auf, Diskussionsbeiträge für das interne VLB-Info bis spätestens Sonnabend, den 3. März, an die angegebene Adresse zu schicken.

Termin des Treffens: 16./17./18.3.1979
Ort: Dortmund (genaue Angaben folgen im Info)

Kontakt: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 463 Bochum.

LIEBE ZU KINDERN UND JUGENDLICHEN

KREFELD *Ein Aufruf der DSAP:*
1. Februar Ihr Erwachsenen, setzt euch doch mal ohne die haltlosen Vorurteile (Kinder haben keine Sexualität etc.) damit auseinander, daß es auch andere Kommunikationsformen gibt als die sogenannten „pädagogischen" Sozialtechniken. Fragt mal die Kinder, was ihnen wichtiger ist – Liebe und Zuneigung oder materielle Sicherheit? Der Mangel an Zärtlichkeit und gezeigter Liebe ist eine der Hauptursachen für Gewalt und steigende Zahl der Kinderselbstmorde. Wir versuchen, uns vorurteilsfrei mit der Möglichkeit einer Beziehung zwischen Kindern und Erwachsenen bzw. Jugendlichen und Erwachsenen auseinanderzusetzen, die auf den Gefühlen von Liebe, Angenommensein und Gemochtwerden bsieren, ohne daß die erotische Komponente einer solchen Beziehung ausgeklammert wird. Unsere Arbeitsgruppe berät, informiert und sucht Solidarität. **Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) Postfach 3176, 4150 Krefeld.**



FARB-VIDEO-AUFZEICHNUNG VON SCHWULENFILM

BIELEFELD *Die Initiativgruppe Homosexualität schreibt:*
2. Feb. 79

"Nach einigem Hin- und Her hat es nun doch geklappt: der Film über unsere Schwulengruppe wurde am 30.1.79 im 3. Programm des WDR gesendet! Seit dem Praunheim-Film übrigens das erste Mal, daß das Fernsehen das Schwulen-'Thema' in dieser Form aufgearbeitet hat.
Wenn ihr eine Farb-Video-Aufzeichnung der Sendung haben wollt, setzt euch mit uns in Verbindung. Und wenn ihr wollt, daß die Sendung auch in eurem dritten Programm gezeigt wird (die 'Schauplatz'-Sendungen werden oft ausgetauscht), schreibt an den für euch zutreffenden Sender!!!"

Kontakt: Initiativgruppe Homosexualität, c/o Asta Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1, Tel 0521/68628

ROLL-BACK AN DER FRANKFURTER UNI

FRANKFURT Am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Februar 1979 der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität soll ein ehemals als Lehrstuhl für „Marxistische Ökonomie" von der Studentenbewegung geforderter und erkämpfter, dann nach langem hin und her vom Fachbereich als „Seminar für Volkswirtschaftslehre, insbesondere marxistische Wirtschaftstheorie" im Jahre 1974 eingerichteter Lehrstuhl umbenannt werden. Neue Bezeichnung: „Seminar für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Theorievergleich".

"CHRISTIANIA NYT" – EINE ZEITUNG

KOPENHAGEN Die "Christiania Nyt" ist eine Zeitung, die
2. Februar von Christianittern herausgebracht wird. Die Redaktion ist ein Kollektiv. Die "Christiania Nyt" erscheint alle 14 Tage, mit aktuellen Informationen über Christiania, sowie Beiträge zu nationalen Fragen, die auch in Verbindung mit Christiania stehen. Darüberhinaus werden auch Beiträge über internationale Fragen und Probleme veröffentlicht.
Die "Christiania Nyt" ist aber nicht nur ein rein politisches Informationsblatt. Literarische Beiträge wie Gedichte, Geschichten u.ä. finden in dieser Zeitung genauso Platz. Insgesamt enthält die "Christiania Nyt" neben dänischen auch deutsche und englische Beiträge.

Die Christianitter suchen Kontakte zu Verlagen und sonstigen Informationsträgern

Kontakt: Eckhard Krausen, c/o Bauer, Ndr. Ndr. Friharnsgade 96, I.v., DK – 21oo København

AUFRUF ZUM WAHLBOYKOTT

WIESBADEN *Das Aktionskomitee „Urnen auf den Friedhof*
13. Februar *ruft zu einem aktiven Wahlboykott. Alle diejenigen, die demnächst eine Wahlbenachrichtigung (Postkarte) bekommen, mögen bitte quer darüber „Boykott" schreiben und diese dann an das Aktionskomitee „Urnen auf den Friedhof", c/o Regionalblatt, Westendstr. 1, 6200 Wiesbaden schicken. Die Landtagswahl findet am 18. März in Rheinland-Pfalz statt. Das Komitee schreibt u.a.:*

„Das stillschweigende Ignorieren dieser Wahlen ist ebenso unpolitisch wie die Beteiligung an ihnen. Politische Wirkung hat bestenfalls eine inhaltliche Boykottbegründung, da diese sich nach Außen manifestieren kann. Die vernünftige Konsequenz, die die rheinland-pfälzischen Bürgerinitiativen für Umweltschutz aus dem Desaster der grünen und bunten Listen gezogen haben – die Nichtkandidatur auf Landesebene – sollte nicht davon abhalten in diesen Wahlkampf verstärkt einzugreifen:

- die Betonierung und Asphaltierung unserer Landschaft schreitet fort
- die Verseuchung der Luft erreichte mit dem ersten ernsten SMOG-Alarm in Duisburg seinen vorläufigen Höhepunkt
- der Rhein ist trotz einiger schwindsüchtiger Lachse immer noch Europas Kloake Nr. 1
- die profitorientierte Bebauung macht unsere Städte immer unbewohnbarer
- der Atom- und Plutoniumstaat steht vor der Tür. Der schnelle Brüter in Kalkar und die Atommüllfabrik in Gorleben werden ganz Westdeutschland an den Rand der Umweltkatastrophe führen."

P.S.: Das Komitee sucht noch Mitarbeiter.

BROSCHÜRE ZU BEZIEHEN

BERLIN Der Arbeitskreis Verkehr im BBU hat einen Be-
2. Januar richt über den Verkehrskongreß 1978 zusammengestellt. Der Bericht (Preis 5,– DM) kann bezogen werden über **Arbeitskreis Verkehr im Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62.**
Dieser Bericht dient auch zur Vorbereitung des Verkehrskongresses 1979 am 21. und 22. April im Haus der Begegnung in Mühlheim/ Ruhr.

AUS DER TAZ-ERFAHRUNG LERNEN

FRANKFURT
13. Februar 79

Im ID hat es einen Aufruf zum Boykott der Tageszeitung gegeben. Darin hieß es unter anderem:

„Es genügt nicht, daß die Tageszeitung nicht zustande kommt; es geht darum, daß nicht im gleichen Stil weitergemacht wird."
Deshalb folgen einige Beiträge zu einem entsprechenden Lernprozeß. Sie sind keineswegs abschließend gedacht.

Ein Problem, das erst in Umrissen hervortritt, ist das Verhältnis von Dialekten und zentralen Medien. Noch gar nicht angesprochen ist die Frage, wie wir denn damit umgehen, daß Janis Joplin, Jimi Hendrix und so viele andere den Versuch, sich auf die heutige Medientechnologie einzulassen, mit all ihrer Kraft unternommen haben und dabei zerbrochen sind. **We've got to do some living after they died.**

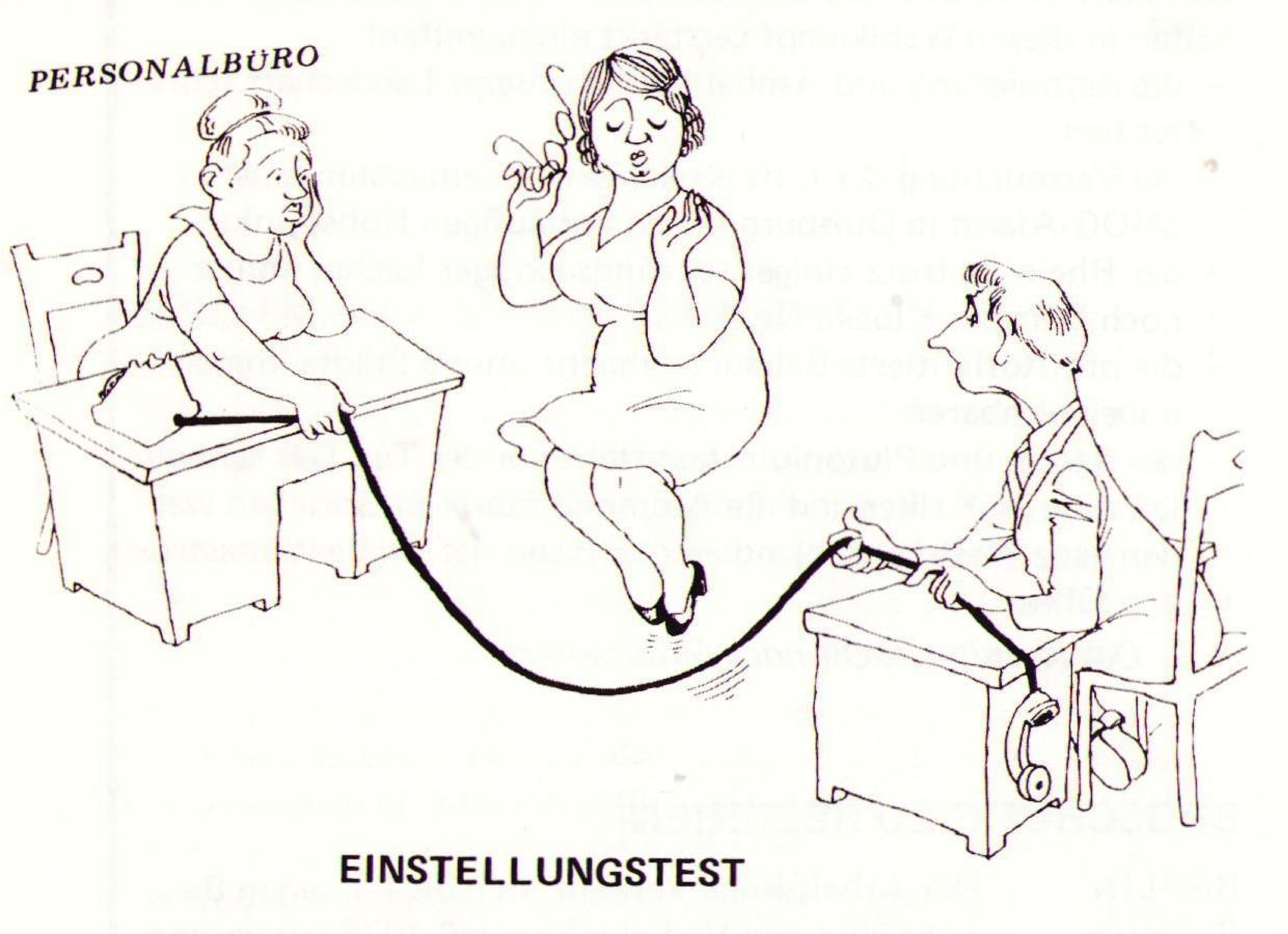
Ein Brief an einen Freund, der seit längerem im Mittleren Osten arbeitet

9. Februar

„Lieber Harald -

der Aufruf zur Tageszeitung, der eine Diskussion in Gang setzen sollte, hatte mehrere Mängel, wovon der schwerwiegenste war, daß es Mühe bereitete, ihn zu verstehen. Dies war die erste Reaktion von vielen Leuten. Es beginnt mit dem zu Mißverständnissen einladenden Anfang, den ich (andere von uns fünf haben da vielleicht weitergehende Assoziationen) nur so verstehen will, daß die Frage nach den Argumenten gestellt wird, die das gewaltige Projekt begründen.

Aber ich glaube, ich muß dir einiges über dessen jüngste Entwicklung sagen. Die Tageszeitung wird in einer ganz diffusen Weise, mit uninteressierter Reserve und dennoch mit Neugier aufgenommen, von der man nicht weiß, ob sie sich mehr auf das Projekt oder dessen Scheitern richtet. Das ist so vor allem in Frankfurt, aber, abgesehen von Berlin, auch in anderen Städten. Diese Haltung läßt sich leicht wahrnehmen bei TAZ-Veranstaltungen, die peinlich schlecht besucht sind – in der Stadthalle Offenbach waren bei einem Solidaritätskonzert kaum 200 Leute –, in der Diskussion in der Alternativpresse, die, abgesehen von den Beiträgen im ID, überhaupt nicht begeistert geführt wird, eher gar nicht, vor allem aber zeigt sich die ruhige Zurückhaltung darin, daß das Abo-Ziel vor Erscheinen bei weitem nicht erreicht wurde (bis jetzt ca. 4.500 Abos). All das geschieht ohne jede Diskussion, der Boykott findet faktisch, aber schweigend statt.



EINSTELLUNGSTEST

Junges dynamisches Unternehmen sucht noch nervenstarke junge Leute zur freiwilligen Mitarbeit, geeignet als Sprungbrett für eine linke Karriere.

Das ist aber für ein Projekt tödlich, aus mehreren Gründen. Wenn die politische Basis fehlt, dann bleibt den Redakteuren nichts anderes als für und über die Menschen zu schreiben. Damit sind sie es, die die Nachrichten als reine Waren produzieren, und damit auch die Ereignisse. Die schwache wirtschaftliche Basis führt zu Entscheidungen in der Folge von finanziellen Engpässen, die politisch absurd sind. Zum Beispiel der Entschluß, daß ein Projekt gezwungen ist, nach Berlin zu ziehen, um 30.000 DM pro Monat zu sparen, das im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen will und muß, bei dem es möglich sein muß, daß Leute hingehen können etc.

Du weißt, daß ich beim ID sehr lange die Vorstellung eines zumindest halb-professionellen Managements vertreten habe. Auch heute finde ich das noch nicht völlig abgeklärt. Aber die Erfahrungen dort haben mir seit einiger Zeit zu denken gegeben. Ich bin davon überzeugt, daß es für eine politische Bewegung sehr wichtig ist, über effiziente Kommunikationsmittel zu verfügen. Dann aber ist die Führung der Geschäfte eher nebensächlich, ökonomische Mängel werden durch die politische Notwendigkeit ausgeglichen, die dann jeder einsieht und mitträgt, es findet sich immer ein Weg. Ist die Bewegung aber in dem Zustand, in dem sie sich zur Zeit befindet, dann werden ökonomische Dinge wichtig, weil es um das formale Überleben geht. Sich davon leiten zu lassen, erscheint mir aber sehr dumm, weil das reine Überleben eines Projektes kein Grund ist, weiter daran zu arbeiten. Wenn auch Mißwirtschaft in jedem Fall vermieden werden sollte, finde ich es doch viel wichtiger, sich darauf zu stützen, daß wenigstens noch kleine politische Zusammenhänge gut laufen, das Kollektiv, die Leute, die gelegentlich mitarbeiten, die, die das Produkt gebrauchen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, für andere durch profihaftes Geschäftsgebaren Informationen zu managen – selbst wenn die Ware gut ist, steigern sich die Spannungen in der Gruppe, keiner weiß mehr, wofür er oder sie eigentlich arbeitet, er kann es sich höchstens noch abstrakt 'vermitteln'.

Zum Schluß fallen mir noch zwei grundsätzliche Bemerkungen ein. Was mich in der Art der Diskussionen hier am meisten stört, ist, daß alles hingenommen wird: Alles ist möglich, oder soll es sein, desto mehr, wie real kaum etwas geht. Diese Haltung die auch persönliche Verantwortung zumindest für sich und sein Handeln ausschließt, verhindert jede Diskussion, es gibt keine Angriffe, aber auch keine Unterstützung. Alles läuft nach dem Prinzip: "Is' recht, macht ihr nur!" Ich bemerke das auch selbst. Solange ich bei meinem Verein arbeite, bin ich noch niemals deswegen intensiv befragt oder gar angegriffen worden, wofür es sicher genug Gründe gäbe, aber ich finde auch kaum Gelegenheit, mich mit anderen darüber auseinanderzusetzen, zu überlegen, was sich in der Welt des big business so tut. Wenn es geschieht, dann deshalb, weil Leute bemerken, daß ich öfter krank bin oder so etwas. Diese Haltung ist absolut lähmend, nicht nur für die TAZ, für alle, die etwas tun wollen. Irrtümer werden nicht kritisiert, sie schleppen sich vor sich hin. Aber auch du schreibst ja, daß du dir Ärger ersparen willst und beschränkst dich auf drei Sätze...

Schließlich halte ich die Überzeugung für grundsätzlich falsch, es sei möglich, Leute zu bewegen, etwas zu tun oder zu lassen, indem ich ihnen Informationen liefere. Ich möchte den sehen, der sich von Argumenten überzeugen läßt, der seine gesamte Haltung ihretwegen ändert. Das zu glauben, war schon immer der Fehler der Linken, wenn sie nicht einfach anfingen zu dekretieren. Beispiele, Erfahrungen können da schon mehr bewirken. Daß so viele Leute auf Informationen nicht reagieren, sie ignorieren, kann doch nicht dadurch beseitigt werden, daß wir die Nachrichten noch perfekter, noch öfter darbieten. In dieser Richtung sind schon zu viele Versuche gescheitert. Allerdings können sie als Handwerkszeug gebraucht werden von Leuten, die in bestimmten Zusammenhängen arbeiten. Ob denen aber eine Tageszeitung nützlich ist, mehr als eine Vielzahl von Erfahrungsberichten der Betroffenen, bezweifle ich

Gruß Volker"

DIE TAZ ALLEIN IST GAR NICHT DAS PROBLEM

81 Abonnenten der taz aus München warten auf die fünfte Nullnummer. (BLATT, München)

„Die Begründung für den Boykott-Aufruf ist aus dem im ID veröffentlichten Text nicht klar ersichtlich. Kritisiert wird der Ausbau von Großtechnologie 'inmitten der Umweltkrise'. Mit Großtechnologie ist anscheinend der Aufbau einer eigenen Druckerei gemeint."(EXTRADIENST, 26.1.1979)

Ich kann einem Journalisten des EXTRADIENST nicht klarmachen, warum die TAZ als großtechnologisches Projekt im Widerspruch steht zu der linksradikalen Bewegung, auf die sie sich zu stützen vorgibt. Es würde bedeuten, einen jahrelangen Diskussionsprozeß nachzuvollziehen, der den Zusammenhang zwischen Wachstum, Großtechnologie und Umweltzerstörung zu klären versucht hat und zu dem der EXTRADIENST wenig beizutragen hatte. Die Alternativpresse dagegen viel.
Es würde aber auch bedeuten, einem zukünftigen Profi der NEUEN zu sagen, daß 'DIE NEUE' nicht aus purer Freundlichkeit im Boykottaufruf ausgespart worden ist, oder weil wir glaubten, in seinen Händen sei ein Tageszeitungsprojekt besser aufgehoben. Mit dem ED verbindet uns politisch nicht viel, außer daß wir vielleicht Ende der sechziger Jahre an den gleichen Demonstrationen teilgenommen haben. Mit den Leuten der TAZ dagegen verbindet uns nicht nur Politisches, weil wir ein Stück Wegs der letzten Jahre zusammengegangen sind. Daher ist es unnötig, zum Boykott der NEUEN aufzurufen. Wir haben sie nie als Versuch gesehen, mit uns und für uns eine Zeitung zu machen.
Weil für den ED in den letzten Jahren Großtechnologie kein Problem war, kann er darunter auch schlicht den 'Aufbau einer Druckerei' verstehen. Außerhalb des ED hat es die verschiedenartigsten Reaktionen auf den Boykottaufruf gegeben. So „undeutlich" wie er für viele war, hat er doch – endlich wieder grundsätzliche – Diskussionen provoziert. Die für mich wichtigste hat dabei das Münchner BLATT (Nr. 139) angefangen.

Die Diskussion im BLATT geht nicht um die Tageszeitung allein, sondern um Stil und Orientierung unserer Politik der letzten Jahre, von der die TAZ nur ein kleiner Teil ist. „Wer traut sich denn nach der hessischen Landtagswahl noch von Grüner Liste zu reden", hatten wir gefragt und auch die in der TAZ-Magazinnummer fingierte Amnestie kritisiert. Daß es darüber keine Auseinandersetzung mehr gab, genauso wenig wie über ein Tageszeitungsprojekt, das uns als Abonnenten benötigt, hat uns in Harnisch gebracht. Die Laissez-faire-Haltung von uns Spontis („Laßt sie's doch versuchen, wenn die Zeitung gut wird, können wir immer noch sehen, was wir damit anfangen können. Und wenn's schief geht, schadet's auch nix...") hat die TAZ (so wie sie ist) begünstigt und gleichzeitig verkommen lassen. Angesichts der von der TAZ geschaffenen Fakten wieder das ganze Projekt in Frage zu stellen und eine Diskussion über unsere Fehler zu fordern, scheint fast unmöglich. Der TAZ-count-down rollt, die Würfel sind gefallen, der April ist nahe...
Wie schreibt doch Rädli im BLATT (139):

> **Aufgespießt**
>
> ***„. . . sie bringt etwa 1200 Mark in die NEUE-Kasse. Und da können wir uns allzu große Pingeligkeit nicht leisten."***
>
> Die Zeitung „Die Neue" in einem Kommentar über das Erscheinen eines der Redaktion mißliebigen Inserats in ihrem Blatt.

An einer Weggabelung

Die BLATT-Leser erhalten einen Aufruf zum Boykott der Tageszeitung nicht zu Gesicht, dank dem an's Tageslicht kam, daß dieses Zeitungsprojekt von der überwiegenden Mehrheit der BLATT-Redaktion abgelehnt wird. Sie dürfen ihn im ID Nr. 265 oder im Pflasterstrand Nr. 45 nachlesen.
Das Projekt Tageszeitung tut so, als wenn es in den letzten Jahren keinen Lernprozeß über die technologischen Auswirkungen der heutigen Technologie auf die sozialen Zusammenhänge und auf die Umwelt gegeben hätte.
Das Unternehmen Tageszeitung verwendet modernste Technologie, es erfordert einen monströsen Organisationsapparat und es vernutzt auf nichtverantwortbare Weise Rohstoffe. Auf die linke Bewegung als Lebenszusammenhang kann sich ein solches Projekt nur zersetzend auswirken. Es ist der alte Irrtum, daß sich dieses System nur mit den ihm eigenen Mitteln zerschlagen läßt. Auf dem Hintergrund zersetzter Lebenszusammenhänge ist allerdings auch kein wirkungsvoller Widerstand mehr zu führen.
Mit der TAZ steht die Linke an einer Weggabelung: Ergibt sie sich kritiklos den Segnungen der technologischen Zivilisation, ein Weg, der von der TAZ beschritten wird? Oder sucht sie nach einer Weiterentwicklung der bisher geschaffenen Lebenszusammenhänge in Richtung auf eine Heilung der Risse in unserem Alltags- und Gesellschaftsleben? Eine solche Orientierung würde einen weitaus sorgfältigeren Umgang mit den technischen Bedingungen politischer Äußerung und Lebensgestaltung erfordern. Bei jedem Schritt steht dann die Frage an, inwieweit uns ein neues Projekt den grundlegenden Zielen einer sozialen Umwälzung näher bringt oder nicht, ob es die zersetzende Macht der ökonomischen und technologischen Verhältnisse schrittweise zurückweist oder diese gar verstärkt.
Auch Texte, Informationen und Nachrichten (und z.B. das alltägliche Bild der Welt einer Tageszeitung) sind Ausdruck sozial-technologischer Prozesse. Die aufgeschriebene Sprache herrscht heute in einem Ausmaß über die gesprochene, daß mit Grund von einer Sprachzerstörung durch das hochautomatisierte Druckerei- und Zeitungsgeschäft die Rede ist. Dies ist der Zerstörung handwerklicher Fähigkeiten durch die Industrialisierung durchaus vergleichbar. Daran sind die Tageszeitungen wesentlich mitbeteiligt. Wer kennt z.B. nicht die eigene Unfähigkeit, jemandem in der Diskussion aufmerksam zuzuhören, der Gedanke dann: ich kann oder möchte es nachher nachlesen? Dies ist der Verlust einer unverzichtbaren sozialen Fähigkeit (hier des Zuhörens) und die Abgabe eines unmittelbaren sozialen Ver Verhältnisses an die Anonymität der technischen Vermittlung, mit allem, was dabei verloren geht.
Die TAZ ist nicht irgendein Projekt. Sie gibt vor, im Auftrag der linken Bewegung zu handeln. Daß dem nicht so ist, zeigen die Diskussionen seit dem Boykott-Aufruf. Es geht jetzt nicht darum, die TAZ einfach hängen zu lassen. Es ist schließlich nicht ihre Schuld allein, daß ihr Aufruf, das Projekt zu diskutieren, nicht die Tatsache zum Vorschein gebracht hat, daß sie von so vielen abgelehnt wird. Der jetzt angelaufene Diskussionsprozeß müßte zum Ausdruck bringen, was eine vertretbare Orientierung der sozialrevolutionären Bewegung in diesem Land ist. Das Einstellen des TAZ-Projektes wäre dann kein jammervoller Bankrott, sondern ein verdaubarer Fehltritt in einem Prozeß der Neuorientierung, der in dieser Tragweite nur zustande kam, weil unglaublich viele ihre Zweifel und kritischen Fragen privatisiert haben. Solche Abstinenz im falschen Moment kann allerdings denjenigen Prozeß beschleunigen, den einige als Abtreten der linksradikalen Bewegung von der historischen Bühne bezeichnen.
Uns fehlt nicht eine Tageszeitung, sondern Diskussionszusammenhänge, in denen sich anstehenden Schritte klären lassen. Dafür mag ein Wochenmagazin hilfreich sein. Die fehlenden Diskussionszusammenhänge werden es weder schaffen noch ersetzen können. Die Stärke einer Bewegung mißt sich an ihrer unmittelbaren sozialen Integrationskraft. Diese wird u.a. in dem Ausmaße wachsen, wie die heutige Bedeutung der Schrift relativiert wird und der Umgang mit Texten sich ändert.

Rädli

Die von Rädli geforderten Diskussionszusammenhänge wieder über ein papiernes, schriftliches Medium wie den ID anregen zu wollen, ist für mich im Moment noch ein Widerspruch, mit dem wir nich eine Zeitlang leben müssen. Viele Wohngemeinschaften und Projekte haben über die Frage TAZ-Abo Ja oder Nein diskutiert und dabei ist nicht nur über eine Tageszeitung diskutiert worden. Daß sich diese Gespräche bisher bloß in einer sprachlosen, faktischen Nicht-Unterstützung der TAZ niedergeschlagen haben und nicht Material für eine perspektivische Diskussion werden konnten, finde ich fatal. Schon das spricht gegen die TAZ: sie bindet zu viele Energien und lenkt uns ab.

Jürgen



ZUM AUTORITÄTS- und TECHNOLOGIE-PROBLEM

AUTORITÄTEN

I. „... das entscheidet jede Wohngemeinschaft für sich."
Daniel Cohn-Bendit auf einer Veranstaltung im Januar 1977 als Abschluß der Diskussion zu der Frage in Frankfurt, ob man nach Brokdorf oder nach Itzehoe fahren soll. Der Demonstrationszug am folgenden Tag war ungefähr so lang wie der Weg von Itzehoe nach Brokdorf.

II. „... so ist klar, daß die Rechnung sich richtig stellen muß."
Karl Marx, Kapital, Dritter Band, S. 169. Da es leider doch nicht klar ist, was es bedeutet, daß Preise in Preise eingehen, (Transformationsproblem), versucht er es in den nächsten Sätzen zu klären; es gelingt ihm nicht.
Bemerkenswert ist mir meine Erfahrung, daß bestimmten Leuten einfach nicht auffällt, daß in diesen Zeilen Unklarheiten stecken.

III. Autoritätshörigkeit / Mitläufertum
Daß die, die sich wehrten, gerade nicht überlebten, ist dem deutschen Volk eine einprägsame Erfahrung.
Wer will schon die Tageszeitung?

TECHNOLOGIE

Ich kenne einen Drucker, G...... , der druckt gern. Am liebsten auf seiner OLN , einer A 2-Maschine, von der er jedes Teil kennt; Ersatzteile würde er am liebsten auf einer Drehbank selber machen.
Nebenan im Betrieb steht eine Rotaspeed, die ist A 1 und außerdem doppelt so schnell. Dabei so groß wie ein LKW und sehr anfällig. Die mag er nicht.
Als ich einmal dort arbeitete, stand ich an der Heftkette; das ist ein Fließband. Die Scheißkette hypnotisierte mich; ich stellte mich lieber an die Schneidemaschine, wo ich die Geschwindigkeit, den Takt bestimmen konnte.

Vielleicht wird es nie Kriterien geben, zu entscheiden, was eine angemessene, intermediate technology ist, und was nicht. Es mag sinnvoller sein, auf individuelle Gefühle und Eindrücke zurückzugehen, so daß der eine eine Kugelkopfmaschine für eine soft technology hält, der andere lieber auf einem soliden, alten Handapparat schreibt, wie ich gerade auf einer ‚Adler'. An anderer Stelle bin ich für den Composer, wenn es darum geht, die Lesbarkeit zu erhöhen.



Zu Fotografie und Technologie kann ich noch etwas schreiben: Da gibt es immer mehr Kameras mit Automatik. Die nehmen einem die Belichtungseinstellung ab, heraus kommt Mittelmaß, weil jedes Negativ durchschnittlich belichtet wird, statt individuell, dem Objekt entsprechend. Kameras mit Mikroprozessoren nehmen einem das Denken total ab, die schalten von Zeit- auf Blendenautomatik, wenn der Bereich nicht mehr stimmt; die steuern die Motorfrequenz abhängig von der Zeit und obendrein noch den Blitz und blockieren automatisch, wenn man was will, was nicht gehen soll.
Irgendwo hab ich gelesen: „Warum soll ich das nicht reparieren können, das hat doch ein Mensch gebaut." Bei einer normalen mechanischen Kamera kann ich es mir noch vorstellen, mich in die Mechanik reinzuversetzen – wenn nur noch integrierte Schaltungen drin sind, nicht mehr. Vielleicht ist dies mein Problem.
Profikameras haben übrigens keine Automatik, dafür den Vorzug, daß sie so gebaut sind, daß man alles bedienen kann, ohne die Kamera vom Auge zu nehmen, und sie sind sehr solide, vergleichbar mit meiner 'Adler'.
Total ungelöst ist eine 'alternative' Chemie; Fotochemikalien, die ungiftig, 'natürlich' sind. Das gleiche Problem gibt es bei der Druckerschwärze.

Arnd

GEDANKEN ZU POLITIK UND THERAPIE

Der Absage der linksradikalen Bewegung zu Beginn der siebziger Jahre an die Interventionspolitik in der Fabrik und staatlichen Dienstleistungsbetrieben folgte der Versuch, Politik und individuelle Therapie wieder einander näher zu bringen: 'Politik machen in erster Person' war zentraler Ausdruck dieser Stimmung. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die Ablehnung abstrakter Arbeit in der eigenen (politischen) Lebensperspektive: Arbeitsverweigerung in Schule, Uni und Betrieb, Ablehnung der Arbeit in den staatlichen Institutionen und Ablehnung des Berufs als Lebensperspektive verkörpern diese Haltung.
Aus der Ablehnung der Arbeit als Lebensperspektive resultierte zum einen: die Forderung nach Soziallohn für Arbeitslose im Gegensatz zur Forderung nach einem Arbeitsplatz für jeden.
Zum anderen: der Aufbau von 'alternativen' Projekten, um in unserer monetären Gesellschaft ein Überleben ohne Beruf und Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Diese beiden Stränge sind Hauptpfeiler der städtischen Scene.
Diese Scene ist heute zum Trauma, zum Ghetto geworden.

Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß wesentliche Entwicklungen verschüttet wurden:
Unabhängig von der städtischen Scene entwickelte sich auf dem Land die Anti-AKW-Bewegung und daraus dann weiter – unter Beteiligung der städtischen Scene – die Ökologiebewegung, die eine Kritik an der technologischen Entwicklung überhaupt entfaltete. Mit dieser Kritik wurde das Problem gestellt, wie und welche alternativen Technologien entwickelt werden können. Dieses Problem ist von der Scene nicht aufgenommen worden, genauer, es ist verdrängt worden: den aufgebauten Überlebensprojekten wurde das Schild 'Alternativprojekt' angeheftet. Gemeint war damit eine andere Arbeitsorganisation (Gleichverteilung der Belastung, Abbau von Hierarchien). Unterschlagen wurde damit die ursprüngliche Bedeutung des Wortes 'alternativ' (die aus der Landkommunebewegung in den USA resultiert) im Sinne einer anderen technologischen Entwicklung. Die Verdrängung des Problems der alternativen Technologien hat es unmöglich gemacht, den Gegensatz von von Politik und Therapie in der linksradikalen Bewegung aufzulösen.
Die Bedeutung der alternativen Technologie liegt darin, den Abbau der (kapitalistischen oder sozialistischen) Wirtschaftsgesellschaft vorstellbar werden zu lassen. Es können Schritte in Richtung auf dezentrale und selbstversorgerische Strukturen gemacht werden, deren Zusammenhalt nicht mehr durch Geld und Arbeit hergestellt werden muß, wie in den zentralistischen Gesellschaften. Dadurch beinhaltet diese Entwicklung die Möglichkeit, ein Verhältnis zu unserer Umwelt zu entwickeln – dessen Inhalt nicht ihre Zerstörung ist.

Unser gegenwärtiges Verhältnis zur Umwelt ist charakterisiert durch einen einseitigen Kriegszustand: Ökonomisches Handeln beinhaltet die bestmöglichste Verwendung knapper Mittel zur Verwendung vorgegebener Ziele. Aus der Erde soll ein möglichst hoher Ertrag erwirtschaftet werden, möglichst viele Rohstoffe gefördert werden. Dieses ökonomische Handeln charakterisiert aber ebenso das Verhalten der Kriegsstrategen. Es gilt, ein Land zu erobern: das strategische Problem besteht in der ergiebigsten Verwendung des kanppen Kriegsmaterials. In diesem Sinne wird versucht, die Umwelt zu beherrschen, die natürlichen Widerstände zu besiegen. Diesem Kriegszustand gegen die Umwelt entspricht der Kriegszustand in uns selbst: unsere Arbeitsidentität mit dem in ihr angelegten Gegensatz von Arbeit und Sexualität.

In der Scene wurde das Aufbrechen der Arbeitsidentität als zentral für eine therapeutische Entwicklung erkannt. Es wurde ignoriert, daß der Abbau der Arbeitsidentität innere Leere und Depressionen zur Folge haben.
Mit dem Irre-sein und dem Wahnsinn zu kokettieren – „Schrottkopp" *(Frankfurter Bierkneipe)*, 'Größenwahn' *(Kneipe/Cafe auch in Ffm)*, „Hallo, hallo, ist hier die Irrenanstalt" *(schwuler Song)*, geplanter Kongreß „Wir rufen die Irren Europas" – ist keine Lösung, sondern verschlimmert diese Situation.
Um eine zunehmende Lebensbedrohung zu verhindern und um damit gleichzeitig in unserer eigenen Therapie weiterzukommen, ist es wichtig, ein nicht auf Zerstörung beruhendes Verhältnis zur Umwelt – zur Sonne, zum Mond, zur Erde, zu Tag und zu Nacht – zu finden. Schon die kurzfristige Abwesenheit von der Stadt läßt uns ihre zerstörerische Wirkung spüren. Unsere Therapie kann nicht in der Stadt erfolgen.
Schritte in diese Richtung zu gehen, heißt nicht, sich auf dem Land isolieren – wie es viele Gruppen im Vogelsberg tun – , sondern Kraft zu schöpfen, um sich gegen zerstörerische Kräfte wehren zu können, denn die Scene als städtische Bewegung ist kraftlos geworden.

Der Aufbau der Tageszeitung, der sehr viele Kräfte bindet, ist ein weiterer Schritt in die Sackgasse der städtischen Scene. Sie ist ein zentralistisches, arbeitsintensives, auf modernster konventioneller Technologie aufgebautes und damit ein Menschen und Umwelt zerstörendes Projekt.
Politik und Therapie zu verbinden, wird durch das Projekt 'Tageszeitung' zunehmend unmöglich gemacht.

Klaus Keding

Es folgt ein Brief, der nach einem gemeinsamen Gespräch geschrieben wurde.

„Lieber Arnd, Jürgen, Klaus, Volker,

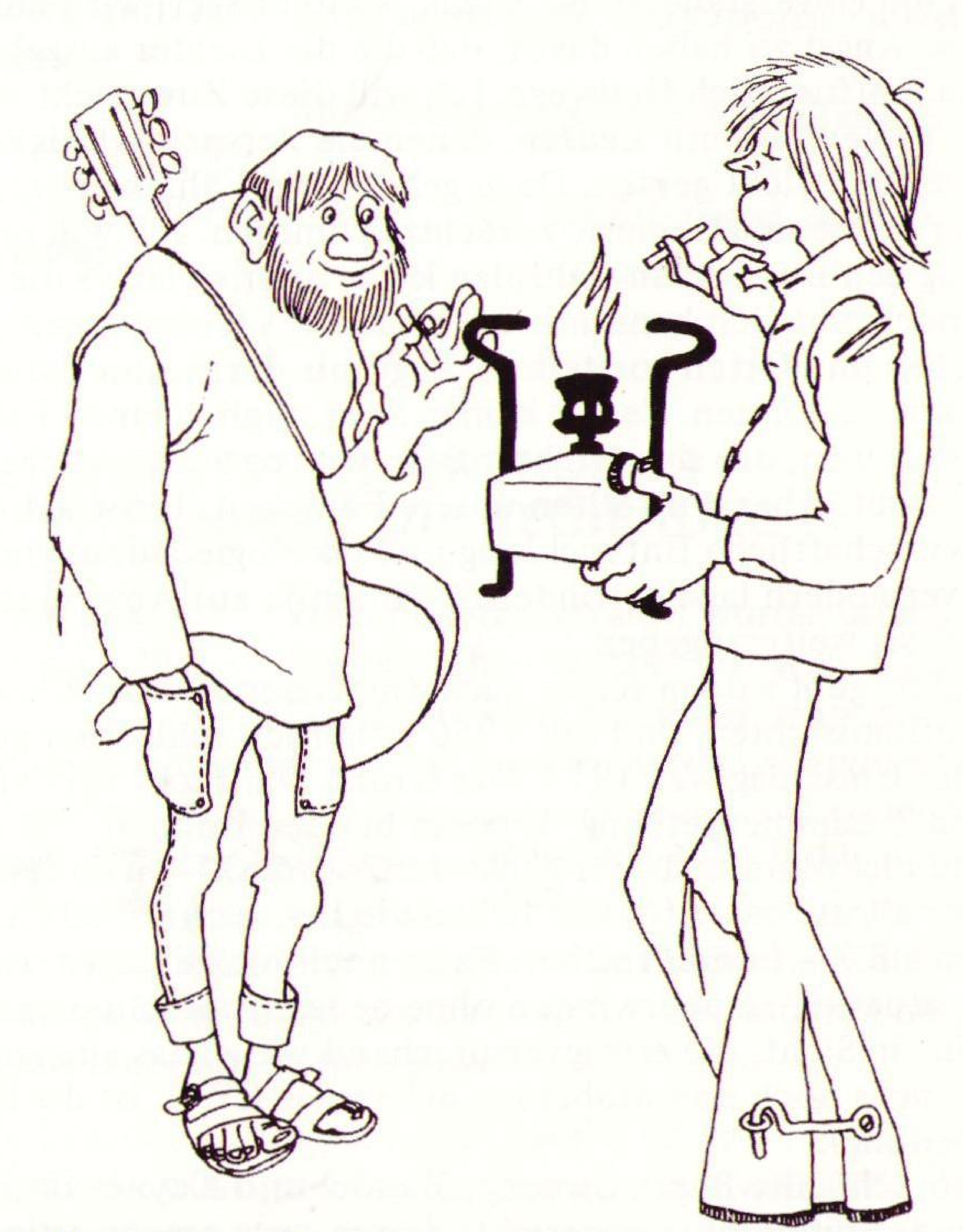
Jürgen sagt, wir hätten etwas zu schreiben: mir leuchtet das ein. Ich sammle Material, ohne schon zu sehen, was dann brauchbar sein wird. Volker kommt mir in den Sinn, wie er fragte – zumindest verstand ich ihn so.– , wie sich denn für uns Tradition bilden könne. Er bezieht sich auf die technische Tradition, und die Rede von alternativer Technologie hat das auch im Sinn. Da kommt aber – etwa beim biodynamischen Landbau – ein zweites dazu: die Tradition der Kunst. Nun hat Goethe sich ja durchaus als Wissenschaftler verstanden, aber sein Erbe wird als Kunst weitergegeben. Ein Stück weit scheint mir die Unterscheidung von Volkskunst und anderer unfruchtbar; die Alternative zwischen Volkstänzen und Goethe ist keine. Und für die Alternativbewegung mag Hölderlin wichtig werden.

Neben Technik und Kunst steht für uns Religion. Ist es nicht Zeit, daß wir lernen, mit der jüdisch-christlichen Tradition neu umzugehen? Otto Walters Buch „Die Verwilderung" ist mir da wichtig. Er weist darauf hin, daß die Vorstellung von Liebe, die heute bis in die Trivialkunst reicht und in die Versuche, Sexualität zu revolutionieren, auf die mittelalterliche Mystik zurückgeht. Ich hab viel Angst vor diesen Geschichten, aber seit dem Sturz des Schahs scheint es mir unmöglich, eine Politik zu versuchen, die davon absieht.

Und da komme ich dann dazu zu sagen: Der Versuch, die Familie abzuschaffen, war ein Fehler. Der Zerfall von Verwandtschaftsstrukturen bedroht uns. Da wird dann spannend, was Arnd sagte über das Verhältnis der deutschen Linken – und der Deutschen und der Linken überhaupt – zum Problem von Autorität. Für mich ist die Vermutung sehr wichtig, daß das Familienleben heute deshalb so fürchterliche Seiten hat, weil da keine Stammeszusammenhänge sind, es zu tragen. Wohngemeinschaften sind für mich nicht mehr bedeutsam als 'Alternative' zur Familie, sondern als Ansätze zu Stammesleben.

Es gab in Deutschland Stämme, noch vor der Christianisierung, und es gab wohl welche, die noch älter sind als das Patriarchat. Was bleibt uns von ihnen? Ich begreif mich da schon auch als Gast in der Fremde, aber nicht als einer, der da nichts zu suchen hat.

Am nächsten Wochenende wird in der Schweiz über die Atominitiative abgestimmt, die Tage können in Gorleben die Probebohrungen beginnen. Der Siemens-Boß erklärt kategorisch, wenn



"Du willst doch nicht im Ernst behaupten, das sei ALTERNATIV ?"



jetzt nicht neue Kraftwerke gebaut werden, gehen 1985 die Lichter aus. Dahinter steckt, daß Siemens bei 30 Milliarden Umsatz fünfeinhalb in der KWU stecken hat, und die bringen keinen Pfennig Profit. Und dann hat Siemens noch 10 Milliarden auf der Bank, könnte noch zwei KWUs kaufen und weiß nicht, wohin damit. AEG, der es eh schlechter geht, mußte aus der KWU schon aussteigen, und jetzt sagt Siemens: es müssen gar nicht mehr KKWs sein, gebt uns irgendwelche, aber schnell. Für mich ist die Geschichte das wichtigste Ereignis der letzten Zeit in Deutschland. Und wer nimmt es zur Kenntnis? Otto Wolf von Amerongen, aber doch nicht wir Linken.

Ich bin einverstanden mit Klaus, wenn er sagt, wir brauchen nicht so Angst zu haben davor, daß die die Lichter ausgehen lassen, da eröffnen sich Heilwege. Ich will diese Zuversicht wachsen lassen, gemeinsam mit Leuten, denen die Perspektivlosigkeit der Tageszeitung nicht genügt. Dazu gehört, die Fähigkeit entwickeln, mit der Medienmaschinerie zurechtzukommen. Ich will nicht jeden Tag den Bundesbahnfahrplan lesen, aber so lang's die Bundesbahn noch gibt (ich kann mir auch andere Verbindungen zwischen Menschen und Orten vorstellen), liegt mir daran, ihn nötigenfalls benutzen zu können. Es hat keinen Sinn, täglich einen Fahrplan herauszugeben, der sich leichter liest, weil er die wirklichen Züge nicht erfaßt. Aber wir sollten unsere Fähigkeit, Informationen über wirtschaftliche Entwicklung und Ökologie aufzunehmen, nicht vermodern lassen, sondern könnten ja zur Abwechslung versuchen, sie weiterzugeben.

Und da geht's dann schon auch um Krisentheorie. Ganz knapp: die Profitaussichten sind seit 1950 sicherlich schlechter geworden, der Umschlag war 1973. Der Grund war nicht bei der organischen Zusammensetzung, sondern bei den Löhnen. Die Arbeiter sind nicht immer ärmer geworden, sondern – auch relativ, und vor allem brutto (davon haben die Leute zum Teil auch was: Renten z.B.) – immer reicher. Es ist noch nie gelungen, so eine Krisensituation zu überwinden ohne neue Großtechnologie. Heute ist keine in Sicht, die erfolgversprechend wäre (das einzige, was bei Siemens noch unrentabel ist, neben der KWU, ist die Datenverarbeitung).

Also: ich halte Baran Sweezy, Mandel und Keynes für unzureichende Stützpunkte angesichts dessen, was gegenwärtig geschieht. Und ich bin gegen eine Ideologie von anders leben, die den Zerfall von Verwandtschaftsstrukturen zum Programm macht. Ich halte einiges von der operaistischen Einschätzung der Krise als Ergebnis von Lohnkampf und Arbeitsverweigerung, vor allem wenn die Bedeutung von Hausarbeit und Dienstleistungen nicht ausgeblendet wird. Und ich halte den bewaffneten Aufstand als Antwort auf die Krise für einen Fehler, der viel tiefer in unserem Weltbild verwurzelt ist, als wir uns gemeinhin deutlich machen.

In der Situation sehe ich zwei Perspektiven. Die eine ist die von Leuten, die auf eine weitere wirtschaftliche Entwicklung bauen. Das heißt zum Beispiel: auf ein Fortschreiten der weltweiten Urbanisierung. Dazu gehört mit Sicherheit die Entwicklung ökologisch grauenhafter Technologien, und nach dem, was wir wissen, trotzdem eine lange Phase – zum Beispiel zwanzig Jahre – von Massenarbeitslosigkeit. Trotzdem wird die Inflation im Weltmaßstab wohl weitergehen und das Geldwesen drunter und drüber geraten. Und es wird viele und neue Krankheiten geben. Die Menschen haben zwei Weltkriege überlebt, vielleicht können wir – oder einige von uns – noch mehr überleben. Ich will nicht darauf bauen.

Die andere ist die von Leuten, die ein Ende der wirtschaftlichen Entwicklung ins Auge fassen. Dazu haben wir erste Ansatzpunkte, mehr nicht: alternative Technologie, Kunst, Christliches, Heidnisches, eine Ahnung von Stämmen, einen Dunst von Gartenbau, Umgehen mit Krankheiten, Erfahrungen mit Politik, Spuren von Lebensweisheit. Ich hab das Gefühl, daß sich gegenwärtig eine Chance eröffnet, und daß es viel Kraft und Geduld braucht, sie zu ergreifen – mehr als Einzelne haben, nicht mehr als möglich ist.

Ja, und jetzt, wo ich das alles aufgeschrieben hab, werd ich langsam fähig, umzugehen mit der Diskussion um die Tageszeitung. Denn darum geht es: die Tageszeitung ist die organisierte Perspektivlosigkeit. Und das läßt sich am ehesten deutlich machen, wenn wir demgegenüber auf mögliche Entwicklungen hinweisen, sie in unsere Vorstellungen einbeziehen und andere einladen, es auch zu tun. Der Boykott-Aufruf war ein Schreckschuß, und er tut seine Wirkung. Ich würd gern versuchen, jetzt den Zusammenhang deutlicher herauszuschälen, in dem die Probleme stehen.

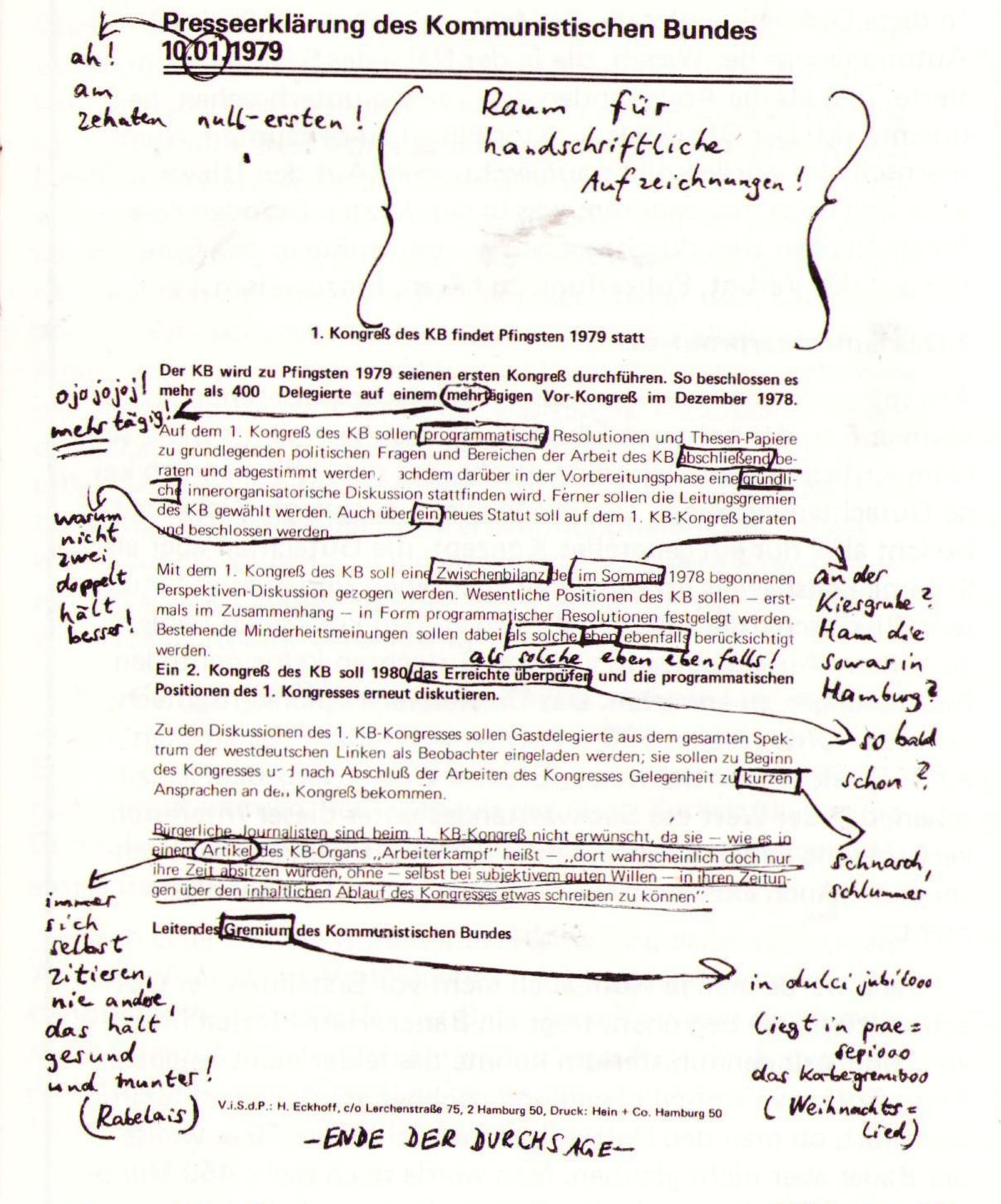
Liebe Grüße,

Carlo"

VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN DEN STRESS IN DER JOURNALISTISCHEN ARBEIT!

Im letzten ID war die Presseerklärung unterblieben, der Antwortbrief daher unverständlich. Hier der zweite Versuch:

FRANKFURT 5. Februar *Ein leidenschaftlich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemühter Journalist gab uns Kenntnis von folgendem Briefwechsel:*



Presseerklärung des Kommunistischen Bundes
10.01.1979

1. Kongreß des KB findet Pfingsten 1979 statt

Der KB wird zu Pfingsten 1979 seienen ersten Kongreß durchführen. So beschlossen es mehr als 400 Delegierte auf einem mehrtägigen Vor-Kongreß im Dezember 1978.

Auf dem 1. Kongreß des KB sollen programmatische Resolutionen und Thesen-Papiere zu grundlegenden politischen Fragen und Bereichen der Arbeit des KB abschließend beraten und abgestimmt werden, nachdem darüber in der Vorbereitungsphase eine gründliche innerorganisatorische Diskussion stattfinden wird. Ferner sollen die Leitungsgremien des KB gewählt werden. Auch über ein neues Statut soll auf dem 1. KB-Kongreß beraten und beschlossen werden.

Mit dem 1. Kongreß des KB soll eine Zwischenbilanz der im Sommer 1978 begonnenen Perspektiven-Diskussion gezogen werden. Wesentliche Positionen des KB sollen – erstmals im Zusammenhang – in Form programmatischer Resolutionen festgelegt werden. Bestehende Minderheitsmeinungen sollen dabei als solche eben ebenfalls berücksichtigt werden.
Ein 2. Kongreß des KB soll 1980 das Erreichte überprüfen und die programmatischen Positionen des 1. Kongresses erneut diskutieren.

Zu den Diskussionen des 1. KB-Kongresses sollen Gastdelegierte aus dem gesamten Spektrum der westdeutschen Linken als Beobachter eingeladen werden; sie sollen zu Beginn des Kongresses und nach Abschluß der Arbeiten des Kongresses Gelegenheit zu kurzen Ansprachen an den Kongreß bekommen.

Bürgerliche Journalisten sind beim 1. KB-Kongreß nicht erwünscht, da sie – wie es in einem Artikel des KB-Organs „Arbeiterkampf" heißt – „dort wahrscheinlich doch nur ihre Zeit absitzen würden, ohne – selbst bei subjektivem guten Willen – in ihren Zeitungen über den inhaltlichen Ablauf des Kongresses etwas schreiben zu können".

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, c/o Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50, Druck: Hein + Co. Hamburg 50

Richard Herding
Klüberstr. 16
6000 Frankfurt 1
Tel. 0611/ 72 47 82

05. Februar (= nullzwoter) 1979

An das
Leitende Gremium des Kommunistischen Bundes
2000 Hamburg

Sehr verehrtes leitendes Gremium!
mit Interesse habe ich von Ihrer Presseerklärung vom zehnten nullersten Kenntnis genommen. Die nullersten nullfünf Abschnitte ließen mein Herz höher schlagen. War da doch endlich Gelegenheit in meinem armseligen Leben als bürgerlicher Journalist (als solcher muß ich mich einstufen, da ein Blick auf meine Garderobe mich als ausgesprochen nicht-feudal, aber - da landlos - auch nicht bäuerlich, und ein Blick auf meine bisherige Lebensbahn von kümmerlichen Ferienjobs unterbrochen, mich kaum als proletarisch ausweist, ich mich schließlich auch nicht den Jägern und Sammlern zurechnen kann) - also da war die fürstliche Gelegenheit, bestimmt fünf Tage (da schon der Vor-Kongreß "mehrtägig" war, wie Sie bedeutungsvoll schreiben, wie wird da erst der eigentliche Kongreß "meist-tägig" werden müssen!) auf meinem Hintern zu sitzen, selig zu schnarchen; endlich den langverschobenen Brief an das portugiesische Ferienliebchen zu schreiben, die Schöne, und zu fragen, wie es ihr jetzt in Brasilien geht; am Coca Cola zu schlürfen; und das Kongreßmaterial mit Ausrufezeichen zu bekritzeln; mit meiner Redaktion Unsummen von Spesen abrechnen, fürstliche Pfingstzuschläge zumal, dazu Wochenend-, Überstunden-, Nachtzuschläge (im bürgerlichen Journalismus ist nur allzu bekannt, daß allein in später Nacht und auf den Wandelgängen der Kongresse die eigentlichen Hintergründe sich erschließen— - und nichts abzuliefern als die knappe, doch umso bedeutungsvollere Meldung:

NULLERSTER PFINGSTKONGRESS BEENDET
HAMBURG, 7. Juni
Mit der Verabschiedung programmatischer Resolutionen und Theses-Papiere endete heute nach meisttägiger Dauer der 01. Kongreß des KB. Auch über ein neues Statut wurde beraten und ein solches beschlossen. Bestehende Minderheitsmeinungen wurden dabei als solche eben ebenfalls berücksichtigt. Gastdelegierte aus dem gesamten Spektrum der westdeutschen Linken bekamen zu Beginn des Kongresses und nach Abschluß der Arbeiten des Kongresses Gelegenheit zu kurzen Ansprachen an den Kongreß und die Arbeit des Kongresses sowie die Abschlüsse des Kongresses.

Wahrhaftig: viel Spesen winkten für wenig Arbeit. Klar: eine kommunistische Organisation. Sie gönnt jedem nach seinen Bedürfnissen; kein Wunder. Nichts wie hin, Pfingsten nach Hamburg!

Da trifft mich wie ein Keulenschlag der nulletzte, der nullsechste Abschnitt. Bürgerliche Journalisten sind nicht erwünscht, heißt es da — und Sie zitieren zur Bestätigung einen Artikel in einem von Ihnen völlig unabhängigen Blatt, ja sogar einem ORGAN!, der glatt zum gleichen Schluß kommt wie Sie selber —, denn sie würden dort nur ihre Zeit absitzen, und selbst bei subjektiv bestem Willen würden sie über den inhaltlichen Ablauf des Kongresses nichts schreiben können (es heißt nicht "dürfen", es heißt "können"). Ich fürchte ja, Sie haben recht (ich habe solche Kongresse mehrfach miterlebt) — aber ich frage Sie: wie wollen Sie jemals die begeisterte Zustimmung der Massen zu Ihren programmatischen Positionen erringen, wenn Sie erst diese einzigartige Möglichkeit ausmalen, sich fernab von jedem Streß einmal vom drückenden Alltag der kapitalistischen Lohnschreibsklaverei zu erholen, dann aber die massenhaft dorthin Strebenden roh wieder abweisen.

Ich appelliere an Sie: Machen Sie die Türen Ihres Kongresses weit, weit auf — für alle, die den subjektiv guten Willen mitbringen, gegen den schrecklichen Arbeitsstreß endlich gründlich perspektivisch programmatisch resolutionär meisttägig vorzugehen!

Mit minderheitsmeinungsmäßigen Grüßen
Richard Herding

P.S.: Nichts hindert Sie daran, 1980 das auf diesem Wege Erreichte zu überprüfen . . .

LEBERWURSTVERSCHWENDUNG — WAS UNTERNIMMT DIE REGIERUNG ?

GOSLAR/pw 12. Februar 79 Wie erst jetzt bekannt wurde, gelang es dem Katastrophenforscher Dr. Welo Knack aus Goslar am Harz vor schon mehr als drei Jahren, mit Hilfe einer speziell konstruierten Leberwurstbrotrunterwerfmaschine und unter genauer Berücksichtigung von Seitenwind, Lufttemperatur und -feuchtigkeit, sowie mit genauen empirischen Verfahrensweisen eindeutig festzustellen, daß herunterfallende Leberwurstbrote in fast 52% aller Fälle auf die beschmierte Seite fallen und dann wegen der anhaftenden Fusseln nicht mehr appetitlich sind.

Die Verbraucherverbände haben bereits scharfe Proteste angekündigt und wollen von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen diesen eindeutigen Betrug am Verbraucher verlangen. Demgegenüber erklärte die Fleischerinnung, es handele sich um ein unumstößliches Naturgesetz.



AHAUS: ERÖRTERUNGSTERMIN GEPLATZT

MÜNSTER
12. FEBRUAR

Eine Woche nach dem gelungenen Aktionstag und der Demo in Ahaus, wo 3.000 Menschen aus dem Münsterland und Holland ihren Protest gegen das geplante Brennelement-Zwischenlager bekundeten, fand am 4. Februar der Erörterungstermin statt. Im Oktober 1977 konnten dazu rund 8.000 Einspruchsunterschriften gesammelt werden. Doch zur eigentlichen Erörterung kam es dann nicht, das konnte verhindert werden.

1. Das falsche Genehmigungsverfahren

Als das Atomgesetz (AG) gemacht worden ist, waren die Zwischenlager gar nicht vorgesehen. Von daher besteht im Hinblick auf Genehmigungsverfahren eine Rechtsunsicherheit, die die Betreiber DKW/Steag zu ihren Gunsten entscheiden wollen. Sie beantragten nach Absprache mit den Genehmigungsbehörden nach § 6 Atomgesetz (Lagerung von Kernbrennstoffen):

- Nach § 6 ist die Genehmigungsbehörde die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig (PTB), die in Gorleben Betreiberin des Endlagers ist, zuständig.

- Eine Genehmigung ist bei Vorliegen gewisser Bedingungen zu geben. Nach § 7 (Bearbeitung oder Spaltung von Kernbrennstoffen) oder § 9 (Atommüllagerung) kann die Behörde genehmigen, muß aber nicht.

- Nach § 7 oder § 9 darf ein überwiegendes Öffentliches Interesse wie z.B. der Schutz von Luft, Wasser und Boden nicht verletzt werden.

- Die DKW will nicht nach § 7 oder § 9 genehmigen lassen, weil dann das Genehmigungsverfahren voll ablaufen muß. Das würde einen erheblichen Zeitverlust bedeuten. Der Erörterungstermin kann auch jetzt noch ohne weiteres abgesetzt werden, weil nach § 6 genehmigt wird.

Die Behörde argumentierte so: Der größte Teil des Brennelemente sei als Kernbrennstoff wieder verwendbar, nur ein Bruchteil sei radioaktiver Atommüll. Da es sich hauptsächlich um Kernbrennstoffe handele, müsse nach § 6 genehmigt werden. Wie unsinnig diese Betrachtung von Gewichtsverhältnissen ist, daß man vielmehr das Gefährdungspotential zugrundelegen muß, zeigte Jens Scheer an einem Beispiel: Wenn man in eine Flasche Wein etwas Zyankali gibt, ist das Zyankali zu der Menge Wein sehr gering. Trotzdem käme keiner auf die Idee, dieses giftige Gemisch nach dem Lebensmittelgesetz zu behandeln.

– Zwischenspiel

In diese Diskussion platzte die Meldung, daß die Polizei sich alle Autonummern der Wagen, die in der Nähe des Saals parkten, notierte. Erst als die Anwesenden den Termin unterbrachen, bequemte sich der Oberkreisdirektor Pingel zu behaupten, Nummernschilder würden nicht aufgeschrieben. Auf den Hinweis, er solle sich doch mal anhören, was in den letzten Stunden über Polizeifunk so alles durchgegeben wurde, wußte er den Sprecher nur auf das Verbot, Polizeifunk zu hören, hinzuweisen.

2.Das Gutachterproblem

Am späten Nachmittag kam dann das zweite gravierende Problem auf. In der richtigen Überlegung, daß, wer nichts weiß, sich beim Kritisieren nur lächerlich macht, hat die DWK nämlich keine Gutachten ausgelegt. Da der teilweise ausgelegte Sicherheitsbericht aber nur ein generelles Konzept, die Gutachten aber als Stimmigkeitsbeweis im Einzelfall anzusehen sind, war es für unsere Wissenschaftler unmöglich, sich zu den konkreten Fehlern zu äußern. Außerdem sind von den Gutachten keine neutralen Beurteilungen zu erwarten. Das Umweltverträglichkeitsgutachten z.B. wurde an eine 100% Tochtergesellschaft des größten AKW-Betriebes der Schweiz, „Elektro Watt", vergeben. Einzusehen, daß der Wert des Sachverstandes unter dieser Interessenverflechtung leiden könnte, fehlte dem Vorsitzenden der Sachverstand. Auch existieren die Gutachten zum Teil noch gar nicht.

Dann werde man ja wohl auch nicht vor Erstellung der Gutachten zu bauen beginnen, fragt ein Bauer. Herr Pfaffelhuber vom Bundesinnenministerium konnte das leider nicht bejahen. Erst würde man einmal bauen und nachher würde sehr sorgfältig überprüft, ob man den Betrieb genehmigen könne. Das wollte der Bauer aber nicht glauben. Man würde doch nicht 450 Millionen verbauen, ohne auch eine Genehmigung zu bekommen. Selbst als Kuhwaschanlage sei der Bau dann nicht zu verwenden.

Alle Anwesenden erhoben die Forderung, den Termin abzubrechen und einen neuen Erörterungstermin anzusetzen, wenn die Gutachten vorliegen,und vorher nicht mit dem Bau zu beginnen.

Der Großteil der Wissenschaftler beschloß, den Termin zu verlassen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung sei ohne Gutachten nicht möglich. Die Ahauser Bürgerinitiative drohte ebenfalls den Termin zu verlassen. Der Verhandlungsleiter wird aufgefordert, sich mit seinem Vorgesetzten, Minister Farthmann, in Verbindung zu setzen und diese Forderungen durchzusetzen. Überraschend unterbricht der um seinen Erörterungstermin fürchtende Leiter die Sitzung und telefoniert und telefoniert. Nach einer Stunde steht fest: Der Erörterungstermin wird bis Mittwoch ausgesetzt! Bis dahin will sich die Landesregierung entscheiden. Die Überraschung war vollends: Noch nie ist es den AKW-Gegnern gelungen, einen Termin zu unterbrechen. Praktisch wird vor aller Öffentlichkeit das Gewicht unserer Argumente anerkannt.

Mittwoch, 2. Erörterungstag – Das vorläufige Ende

Die Entscheidung der Landesregierung lautet: Bis auf einige Gutachten (?) werden alle Gutachten in zwei Etappen ausgelegt. Aus Beschleunigungsgründen soll aber jetzt alles erörtert wer-

den, was man ohne Gutachten erörtern kann. Jeweils später finden Erörterungstermine zu den ausgelegten Gutachtenpaketen statt. Erst danach kann mit dem Bau begonnen werden. Durch diese Aufteilung würde der gesamte Termin in Einzelpunkte zerrissen. Eine geordnete Diskussion nach Sachgebietsblöcken wäre nicht mehr möglich gewesen.

Als vorläufiger Erfolg bleibt festzuhalten: Eine inhaltliche Erörterung ist möglich geworden. Da das zweite Gutachtenpaket frühestens im Juli ausliegt, wird vor Anfang August kein Baubeginn sein, und nicht, wie geplant, im Mai.

Das Atomstaatliche Ende des Termins

Oberkreisdirektor (OKD) Pingel hatte uns am Dienstag in einem Leserbrief vorgeworfen, wir würden systematisch die Polizei (Nummernschildaffäre) diffamieren, um eine ungute Stimmung zu erzeugen. In zwei Vorbesprechungen mit der Ahauser BI war eine genaue Einteilung des Saales abgesprochen worden. Polizei sollte im ganzen Saal nicht vorhanden sein. Am Mittwoch mußten wir erfahren, daß der OKD und der Versammlungsleiter praktisch auf den Schultern der Polizei saßen. Unter dem Leitungspodium versteckt saßen 30 schwerbewaffnete Polizisten. OKD Pingel dazu: Ja, im Saal sind ja auch keine Polizisten, mehr habe ich nicht versprochen. Selbst das war falsch. Ausdrücklich war unter Zeugen vom OKD versprochen worden, auch hinter und unter dem Podium seien keine Polizisten. Zum Schutz des lädierten OKD beschwichtigte der Versammlungsleiter, die Polizei werde auf gar keinen Fall eingesetzt, nur vielleicht einmal. Ausserdem sei die Landesregierung mit allem einverstanden. Das war auch nicht sehr beruhigend.

Wir stellten die Forderung, die Polizei und der Lügner Pingel sollten den Saal verlassen, weil in einer solchen Atmosphäre ein Erörterungstermin nicht möglich sei. Da unsere Forderungen nicht erfüllt wurden, verließen wir den Saal. Zurück blieben die Betreiber, die Behördenvertreter, die Ratsvertretungen der Orte, einige Bauern.

Nach einer Stunde weiteren Erörterns ging dann nichts mehr. Auf viele Fragen der Verbliebenen gab es keine Antworten. Die benötigten Wissenschaftler der Betreiberseite waren nicht anwesend. Darauf forderte auch der verbliebene Rest der Einwender: Abbruch des Termins, weil keine genügenden Antworten zu erhalten waren. Damit war der Termin geplatzt.

Beurteilung des Ablaufs

Das Zwischenlager stellt einen außerordentlich wichtigen Punkt in der Atomkreislaufsackgasse dar. Das Problem, wohin mit dem Atommüll, insbesondere mit den Brennelementen, brennt den Betreibern auf den Fingern. Sie bemühen sich, das Projekt so schnell wie möglich zu bauen. Das zeigt der Genehmigungsantrag nach § 6 des Atomgesetzes und das Interesse des Versammlungsleiters, so viel wie möglich vom Erörterungstermin so früh wie möglich zu erledigen. Die Ahauser Gegend ist immerhin auch für ein Endlager geeignet. Es gibt in Ahaus wie in Gorleben Salzstöcke. Die PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) ist in Gorleben Betreiber des Endlagers, in Ahaus Genehmigungsbehörde des Zwischenlagers. Am einfachsten wäre es doch, wenn sich der Betreiber sein eigenes Endlager selbst genehmigt.

Weswegen ist es aber dann zu einer solchen Verschiebung im Genehmigungsverfahren gekommen? — Zwei Gründe:

— Kompaktlagerung von Brennelementen und das Brennelementen-Zwischenlager in Ahaus bieten beide die Möglichkeit, die Brennelemente zu lagern, während die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) noch nicht besteht. Vielleicht wollen die Betreiber jetzt den vom Arbeitsaufwand her einfacheren Einbau von Kompaktlagern in die AKWs vorziehen. So gewinnen sie Zeit für den nötigen Bau des Brennelementen-Zwischenlagers.

— Immerhin waren auf dem Aktionstag ca. 3000 Leute. Der Erörterungstermin war jeden Tag gut besucht. Die Stimmung war nicht Betreiber-freundlich. Sollten wir zu viel Widerstand geleistet haben ? !

Kontakt: Ahaus AG, Hans Stemmerich, Bismarckallee 11a, 44 Münster.

11 MONATE FÜR JÜRGEN AUS HAMELN

HAMELN 13. Februar — Am letzten Montag fand die Urteilsverkündung im Prozess gegen Jürgen Langner statt (Zusammenhang mit dem Anti-Atom-Dorf, siehe letzten ID). Das Urteil stinkt nicht nur wegen der bei der Gelegenheit verteilten Stinkbomben. Jürgen bekam 11 Monate und 3 Wochen mit Bewährung, gefordert waren ohne Bewährung.

SOFORTIGE STILLEGUNG DES AKWs GEFORDERT

BRUNSBÜTTEL 4. Februar — *Auf einer Beratungskonferenz der Atomkraftgegner haben sich norddeutsche Bürgerinitiativen in Brunsbüttel über gemeinsame Aktionen gegen die drohende Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brunsbüttel geeinigt.Sie schreiben in einer Pressemitteilung:*

Die 28 in der Versammlung vertretenen Bürgerinitiativen aus 17 Orten Schleswig-Holsteins und aus Hamburg, Bremen, Hannover und Berlin bestehen auf ihrer gemeinsamen Forderung nach der sofortigen endgültigen Stillegung des Atomkraftwerks Brunsbüttel.

Die Behauptungen der HEW und der Landesregierung, die Sicherheit der Bevölkerung könne beim Betrieb des AKWs gewährleistet werden, und ebenso die Wahlversprechen von einzelnen Vertretern der SPD wurden nach kurzer Diskussion zurückgewiesen. Jeder Betrieb von Atomanlagen stellt nach der Auffassung der Versammelten eine unerträgliche Belastung und Gefahr für Leben und Umwelt dar; insbesondere ist ein sicherer Betrieb des Atomkraftwerks Brunsbüttel vollständig ausgeschlossen, was nicht zuletzt die nahezu täglichen Betriebsstörungen des AKW Brunsbüttel aus den beiden letzten Jahren bestätigen.

Zur Bekräftigung ihrer Forderung führen die Bürgerinitiativen am Samstag den 31. März 1979 gemeinsam eine Demonstration durch die Stadt Brunsbüttel zum Atomkraftwerk durch. Die Aktion beginnt gegen 14.oo h mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Brunsbüttel (Nord) und führt von dort durch das Wohngebiet über den Nord-Ostsee-Kanal hinweg zu einer Schlußkundgebung unmittelbar am AKW. Zu dieser Demonstration soll vorher in ganz Norddeutschland durch Veranstaltungen etc. aufgerufen werden. Am Abend des 31.3. sollen außerdem in einer Informationsveranstaltung mit Filmen und Musik weitere Einzelheiten über den früheren Betrieb des AKW Brunsbüttel sowie Informationen zu anderen Atomanlagen (z.B. Gorleben) bekannt gemacht werden. Sofortige endgültige Stillegung des Atomkraftwerks Brunsbüttel !

Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, BUU — Büchertisch Brunsbüttel, c/o Jan Lütje, Postfach 64, 2213 Wilster, Tel. 04858/ 875 oder 040/ 8800218.

AMNESTIE FÜR ALLE, ODER ICH WILL AUCH INS GEFÄNGNIS

HAMBURG
7. FEBRUAR

Aus Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten verfaßte Jo Jordan (48, kaufmännische Angestellte) im Januar 1978 eine Selbstanzeige, in der sie sich selbst bezichtigt, an der Grohnde-Demonstration am 19. 3. 77 teilgenommen zu haben (Siehe ID 222). Das Ermittlungsverfahren wurde jedoch wieder eingestellt. In dem folgenden Brief von Jo an den Oberstaatsanwalt Hinkelmann setzt sie sich für die Wideraufnahme der Ermittlungen ein:

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

Ihre Begründung, warum sie das Ermittlungsverfahren gegen mich einstellen, ist hochinteressant. Ich HABE die beschriebenen Dinge getan. Wenn sie trotzdem zu dieser Schlußfolgerung kommen, so kann man daraus nur zweierlei schließen:

a) entweder paßt es ihnen nicht in den Kram, daß jemand der schon älter ist aber noch voll im Erwerbsleben stehend, der jahrelang auch mit ganz anderen Mitteln – hauptsächlich vom Schreibtisch aus – gekämpft hat, in der SPD war und als solcher sogar Schöffe, heute weil es GEGEN DIESEN DRUCK UND BEI DEM WAS AUF DEM SPIEL STEHT NICHT ANDERS GEHT HIERZULANDE nun auch anders kämpft, mit allen Konsequenzen (laut „Capital" gehöre ich zu den 10 % am logischsten denkenden Menschen).
– Das sind wohl nicht die „Verbrecher", die Herr Albrecht und Konsorten der Öffentlichkeit gerne präsentieren möchten! Dann kann ich nur sagen, das Gericht VERSUCHT NICHT EINMAL gerecht zu sein. Wie soll man sich sonst erklären, daß daß jede der vier Kammern ihren jeweils ersten Angeklagten „opferte" sprich ohne Bewährung verurteilte), obwohl weder die Beweislage schlüssiger war als bei den anderen Angeklagten, noch irgendeiner von allen (= auch von den folgenden nicht!) plötzlich in Grohnde den Irrtum seines Lebens erblickte . . . Für mich wurden die ersten 4 aus Gründen der Staatsräson geopfert; danach sah das Gericht wohl selbst ein, daß diese Härtetour nur Märtyrer schafft, außerdem Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit schürt (politische, nicht etwa juristische Urteile waren die Urteile, und das hat die Bewegung selbstverständlich auch gesagt –) Und vielleicht fing das Gericht auch langsam an zu ahnen, wieviel staatliche Propaganda auf den Kopf gestellt hatte, von welcher Seite wirklich der Einsatz gegen Menschen kam, und von welcher nicht!

b. oder dies ist der Beweis, daß ordentliche Gerichte schlicht überfordert sind mit der Beurteilung von einer so ereignisreichen Massendemonstration; wo jeder Zeuge nur einen kleinen Teil überblickte; dazu noch Partei ist; der eine im Norden stand, der andere im Süden, oder im Osten; im AKW-Gelände oder außerhalb desselben beobachtete; zu Fuß, zu Pferd oder im Hubschrauber! (und das bei Hetzkampagne davor und Propagandafälschungen danach etc. etc., und nach anderthalb Jahren mittlerweile allseits langsam nachlassendem Gedächtnis!).

Welche der beiden Erklärungen auch zutreffen mag, ersuche ich Sie, Ihre Entscheidung im Interesse der Gerechtigkeit den anderen gegenüber noch einmal zu überprüfen. Gerechtigkeit in der Sache hätte ein solches Verhalten (Einstellung) in jedem Fall erfordert (oder aber, stellt man sich auf Albrecht/Schmidtschen Standpunkt, der nur Handgriffe kennt ohne Hintergründe), insbesondere für den Fall, daß der Revision in den Fällen 1–4 nicht stattgegeben werden sollte: denn es sind dies durchweg junge Menschen, die gezeichnet werden fürs Leben durch einen wirklichen Gefängnisaufenthalt (auch wenn politisches Gefängnis in meinen Augen noch nie eine Schande war, sein wird oder ist) – und jeder Mensch von ihnen ist genauso wertvoll wie ich !

Schon bei Malville fand ich es unerträglich, daß einige willkürlich Herausgegriffene von uns saßen, und ich z.B. nicht; dies wollte ich nie wieder erleben. Wie immer sie aber auch entscheiden mögen – wie immer die Gerichte noch entscheiden mögen, die über die Revisionsanträge 1–4 zu befinden haben – auf eines können Sie sich verlassen:

In Sachen Atomernergie haben die Betreiber und Aktionäre, die sie deckenden Politiker und Gerichte zwar die Macht: aber Recht, Recht haben wir –– und die Zeit arbeitet für uns, genau wie sie seinerzeit für die Gegner Hitlers gearbeitet hat, oder für die Guerilleros während der Befreiung Algeriens! Es ist bloß nicht einzusehen, warum die Entwicklung unter so unsäglichen Opfern der Völker jetzt und auf tausend Generationen erst kommen soll, wo mit ein bißchen gutem Willen, ein bißchen Vernunft und Gerechtigkeit diese Opfer vermieden werden könnten und wir heute schon stehen könnten vor der Moral und der Vernunft und des Humanismus Sieg ! Deshalb werde ich mir das Recht nicht nehmen lassen, weiter mit allen Mitteln zu kämpfen: denn es ist dies für uns, die das Problem erkannt haben, Pflicht!
J.-M. Jordan

Inzwischen hat es eine erste Vernehmung gegeben: Der Ermittlungsrichter konnte knapp Motivation und Chronologie der Selbstanzeige in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit (1 Std.) erforschen, sowie die Bestätigung des Inhalts der Selbstanzeige erhalten. Obwohl ich erneut dieselbe Stellung zur Gewalt bezog wie schon in der Anzeige und auch darauf verwies, daß ich die Selbstanzeige nicht zuletzt aus Empörung über die bisherige GROHNDE-Prozeßführung weiterverfolge, wurden diese beiden Punkte nicht ins Protokoll aufgenommen (lediglich, daß für die Gleichbehandlung und für die Amnestie bei den andern). Ich habe das ungute Gefühl, man will mich schonen, um sich desto besser an den andern schadlos zu halten: Dem müssen wir entgegen wirken! Jetzt geht es nicht um meine Haut, es geht um die Haut der anderen!

AStA-Info Frankfurt meldet:

BULLENSTATION AN DER UNI

FRANKFURT
3.Februar

Es handelt sich wohl nicht nur um ein hartnäckiges Gerücht: Im Heizungsbau neben dem Schornstein **'Chile Socialista'** (so genannt, weil der Schornstein seit Jahren die obige Anschrift trägt, rot in überdimensionalen Lettern – damals in einer nächtlichen Aktion angebracht, noch heute aus kilometerweiter Entfernung gut lesbar) ist eine Bullenstation eingerichtet worden.

Heimlich still und leiste während der Renovierung vor einem Jahr wurde das ehemalige Zimmer des Herrn Pfeifer zur vollständig eingerichteten Bullenstation „für den Fall, daß..."

Augenzeugen sahen in dem Raum Sitzungstisch, Fernschreiber und Telefonzentrale. Die Frage, wer denn nun in dem Zimmer sei, wurde mit breitem Grinsen beantwortet: „Niemand". Entsprechend findet sich auch keine Angabe über das Zimmer am Gebäude. Dafür wurden aber Spiegel angebracht, die von oben die Beobachtung des Eingangs zulassen, sowie Gardinen, die ständig zugezogen den Einblick verwehren.

Die Station ist zur Zeit nicht besetzt, sie ist als Kommandostand für unruhige Zeiten an der Uni gedacht.
AStA-Info: „Da unser vorzüglicher Präsident in spe bereits in seiner Antrittsrede verkündete, daß er die Polizei einsetzen werde, wenn er es nicht mehr schafft, und er es sicher sehr bald nicht mehr schafft, fordern wir die sofortige Aufdeckung der Pläne mit dieser Station und ihre sofortige Schließung.

EIN TOLLER AKTIONSTAG

ST. AUGUSTIN
13. Februar 79

Die Schülerinitiative St. Augustin, die gegen die neue Allgemeine Schulordnung (ASchO, siehe ID 266) revoltiert, löst sich auf. Sie schreibt, daß sie damit nach zwei Jahren Arbeit die Staatsschützer ein bißchen verwirren möchte (Verfassungsschutzbericht 77 über die 'Neue Linke': schwer überschaubar, undogmatisch, kleine Gruppen, ähnliche Namen, lockere, kurzlebige Zusammenschlüsse). Aber die Arbeit geht weiter. Am 25. gab es einen Aktionstag. Die Schüler schreiben dazu:

... Eine Woche vor dem angekündigten Aktionstag am 25.1. schlossen sich die Schülervertretungen der Realschule Menden, des Albert-Einstein-Gymnasiums und des Rhein-Sieg Gymnasiums zu einem Aktionsausschuß zusammen, der dann mit einer Phantasie zu Werke ging, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Ein irres Flugblatt wurde erstellt, das den Aktionstag einleitete.

Und hier was im einzelnen gemacht wurde:
Realschule Menden: Erste Pause: Großkundgebung mit riesigen Wandzeitungen und Plakaten zur ASchO und dem 11er-Erlaß *(am 8.11.78 hat Nordrhein-Westfalens Kultusminister die Allgemeine Schulordnung 'erlassen')*. 400 bis 500 Schüler beteiligten sich daran. Die Pause wurde um 20 Minuten verlängert. Es fand in der 3. und 4. Stunde kaum geregelter Unterricht statt. In der zweiten Pause gabs 'ne spontane Demo um die Real- und Hauptschule mit ca. 300 bis 400 Schülern.



Rhein-Sieg Gymnasium: Erste Pause: Großkundgebung mit Megaphon und riesigen Wandzeitungen. Genauso wie in der Realschule liefen viele Schüler mit Maulkörben rum. Die Pause wurde um 30 Minuten verlängert. Etwa 400 bis 500 Schüler beteiligten sich daran. Geregelter Unterricht fand selten statt, meist wurde in den Klassen über die ganze Chose diskutiert. Zweite Pause: Minikundgebung mit Megaphon und Schülern aus anderen Schulen.

Albert-Einstein Gymnasium: Hier war die Hölle los. Geregelter Unterricht war nicht mehr möglich. Klassen wurden ausgesperrt. Schüler liefen geschminkt und mit Maulkörben wild herum und agitierten. Riesen-Wandzeitungen wurden angebracht. Megaphonansagen. Der Direx lief hilflos herum und versuchte, Leute in den Unterricht zu scheuchen. Er wurde mehrmals von Schülern angeschnauzt. Die erste Pause wurde um 20 Minuten verlängert. 200 Schüler streikten aktiv. An den Aktionen beteiligten sich ca. 600 bis 700 Schüler. Abschluß war eine Vollversammlung in der sechsten Stunde. Leute aus anderen Schulen wurden rausgeschmissen.

Tja — was sollen wir dazu sagen? — Zur Demo in Köln haben wir dann vier Busse bestellt. Leider war die Organisierung der Landesschülervertretung so miserabel, daß nur 1400 hinkamen. Ziemlich erbost waren unsere Leute über die fünf-Minuten-Demo über Nebenstraßen durch 500 Meter der Kölner Innenstadt. Das war das letzte! Und so kam es, daß es plötzlich eine mitten durch die 2 Kilometer lange Innenstadtfußgängerzone ziehende Spontandemo gab, an die sich Kölner und Bonner Schüler anschlossen. Das war wirklich gelungen! Und hat riesigen Spaß gemacht.

In Bonn hatten vier Schulen am Aktionstag gestreikt. In Köln mehrere. Insgesamt waren am Aktionstag 25 000 Schüler auf Demos quer durch das Land. Größere Streiks gab es in Bochum, Köln und Wattenscheid.

Aber zurück zu uns: Aktion ist gelungen, aber wir sollten nicht in blinden Aktionismus verfallen. Und damit die Wut, die da massenhaft zum Ausbruch gekommen ist, in langfristige, solide politische Arbeit umschlägt, gründete sich das Schülerkomitee Sankt Augustin mit Schülern aus Schulen hier im Kaff. Als erstes wird eine Broschüre zu den ganzen Ereignissen gemacht, mit einer Analyse der bisherigen Augustiner Schülerbewegung. Als erste Seminararbeit lesen wir Texte über die Schülerbewegung, „Schulkampf", „Was wollen die Schüler", etc.! In diesem Zusammenhang: Wer hat ein Buch zuviel? Wir brauchen den „Kinderkreuzzug" von Amendt, der nirgendwo mehr erhältlich ist! Her damit!

Schickt es an die vorläufige Anlaufstelle des Komitees:
De Schnüss, Bonner Stadtzeitung, Schülerredaktion, Wilhelmstraße 3, 5300 Bonn 1.
An andere Schüler- und Schülergruppen: Sendet uns Informationen über Aktionen + Repressionen in der Schule zur A(R)SchO und zum 11er-Erlaß — auch aus anderen Bundesländern."

PROZESS GEGEN FACHHOCHSCHULSTUDENTEN

BERLIN
13. Februar 79

Am 19. Februar beginnt in Berlin ein Prozeß gegen vier Studenten der Technischen Fachhochschule (THF). Verhandelt wird im sogenannten Sicherheitstrakt im Gericht Turmstr., Raum 701 (Beginn 9 Uhr).
Es geht um den Streik der Fachhochschüler im November 77. Damals ersuchten der Verwaltungsdirektor Schilf und Prorektor Sodan, sich gewaltsam durch die Streikposten vor der Uni zu drängen. Die Studenten wehrten sich, daraufhin wurde die Polizei gerufen. Einer der Angeklagten wurde verhaftet, kurz darauf aber wieder freigelassen.
Auf einer Vollversammlung am 23.11.77 bezeichnete der Angeklagte Thorsten den Dozenten Haller als Spitzel. Haller fotografierte oft Streikposten und Flugblattverteiler. Außerdem ging aus internen Rundschreiben hervor, daß er Informationen von Vollversammlungen an andere Dozenten weitergab. Die Versammlung beschloß mit 995 zu 5 Stimmen, daß Haller den Saal verlassen solle. Als er sich weigerte, flogen ihm einige Eier um die Ohren.
Aus diesen Ereignissen zimmerte Staatsanwalt Nagel die Anklagen. Sie reichen bei allen Beteiligten bunt gemischt von Nötigung über Widerstand, Beleidigung, Aufruf zur Gewalt bis zur Körperverletzung.
Alle vier sind bereits mit Ordnungsstrafen belegt worden. Außerdem wurde Thorsten für ein halbes Jahr von der Uni geschmissen.

Kontakt: Peter, Tel.: 030 / 39 43 911.

Prozeßbeginn: 19.2.79, 9 Uhr; weitere Termine sind unter der o.a. Telefonnummer zu erfragen.

URTEILSBEGRÜNDUNG IM AGIT-PROZESS

BERLIN
15. Februar 79

Zwei Drittel seiner Urteilsbegründung brauchte das Berliner Gericht, um seine Ansichten über Pressefreiheit und die sozialhygienische Funktion der Presse klarzumachen. Ein Drittel reichte für die Drucker. Wesentlicher Punkt: Da die Drucker sich als Linke betrachteten, sei davon auszugehen, daß sie ihr Druckwerk Info-Bug auch gelesen hätten.
Das Folgende ist ein Bericht von Prozeßbeobachtern:

Gerhard Voß wurde zu 12 Monaten, Jutta Werth, Martin Beikirch und Henning Barckhausen zu je 9 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Grundlage dafür waren die Paragrafen 88a, (Aufruf zu Gewalttaten), 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung), 111 (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) und 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten).

Gleich zu Beginn der Urteilsbegründung wurde betont, daß es sich nicht um einen politischen Prozeß handele. Die nachfolgende Begründung war dann allerdings durch und durch politisch. Richter Zelle ging noch einmal auf die von der Verteidigung zu Anfang des Prozesses gestellten Anträge ein. Die Verteidiger hatten gefordert, das Verfahren einzustellen, weil die Paragrafen 88a, 130a (Anleitung zu Straftaten) und 129a verfassungswidrig seien. Damals verwies das Gericht auf die Urteilsbegründung. Jetzt wurde nur noch lapidar gesagt, daß die Paragrafen nicht verfassungswidrig seien, weil sie die Verfassung schützten. Der Paragraf 88a sei außerdem kein Maulkorbparagraf, darüber hinaus verhindere ein Maulkorb nur das Beißen, nicht aber das Bellen.

Danach nahm Richter Zelle zur Pressefreiheit und zum Artikel 5 des Grundgesetzes (GG) Stellung. Natürlich schütze der Artikel 5 GG die Freiheit der Presse, doch diese Freiheit habe auch ihre Schranken. Bei Presseorganen, die staatstragend sind, wird davon ausgegangen, daß unabhängige Journalisten sozusagen als Filter zwischen die Ereignisse des Zeitgeschehens und die Leser geschaltet seien. Beim Info hingegen, das nicht mit normalen Presseerzeugnissen zu vergleichen ist, kommen die vom Zeitgeschehen Betroffenen direkt zu Wort, dürfen die Leser sich also selber eine Meinung bilden. Deshalb kann das Info nicht für sich in Anspruch nehmen, Berichte vom Zeitgeschehen, Dokumentation oder Diskussion zur staatsbürgerlichen Meinungsbildung im Rahmen der FDGO zu erhalten. – Somit genieße das Info nicht den Schutz des Artikel 5 GG.

Um in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, daß das Info gefährlich und gewalttätig sei, verlas der Vorsitzende Richter zum -zigsten Male aus dem Zusammenhang gerissene Teile aus dem Info. Zum Schluß dieser Vorlesung: „Wer eine kriminelle Vereinigung 'Bewegung' nennt, argumentiert wie damals die NSDAP. Politische Gegner werden ihrer Menschlichkeit entkleidet. Das ist derselbe Geist, der damals nach Auschwitz geführt hat."

Desweiteren haben die Artikel nach Meinung des Gerichts auch keine **sozialhygienische** Funktion, sie seien soziales Gift. Solange es Sprache gibt, sei das Wort dazu da, Meinungen zu beeinflußen. Auch der Gutachter, Professor Jens, habe nicht eindeutig beweisen können, daß Rede und Gegenrede eine aufhebende Wirkung hätten.

Fazit für das zweite Drittel der Urteilsbegründung war, daß das Info alle von der Staatsanwaltschaft behaupteten Strafvorwürfe erfülle. Das bedeutet, verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt, Beihilfe zu Straftaten. Nur bei dem Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung wurde eine Einschränkung gemacht. Nur die RAF und die 'Bewegung 2. Juni' seien zu den terroristischen Vereinigungen zu zählen, bei den 'Revolutionären Zellen' sei das noch nicht ganz erwiesen.

Bei der ganzen Argumentation um die Strafbarkeit des Infos tauchte ein Widerspruch auf: einerseits wurde gesagt, die Vorwürfe beträfen nicht das Info insgesamt, sondern die einzelnen



Artikel, Passagen usw., die Straftatbestände erfüllen, müßten verfolgt werden. Andererseits wird vom Gericht nicht ein einziges Mal auf einen Artikel eingegangen, und es wird auch nie nachgewiesen, welche Straftatbestände er konkret erfüllen könnte. Hier wird nur pauschal behauptet und unterstellt. Und so tauchen in der Zitatensammlung von Herrn Zelle auch wieder Artikel auf, denen in der Hauptverhandlung eindeutig eine Anti-Guerilla-Haltung nachgewiesen worden war. Bisher war es üblich, daß das Gericht etwas beweist und daß im Zweifel für den Angeklagten entschieden wird. So aber nicht hier und bei diesen Richtern. Die Beweisaufnahme und im Besonderen die Ausführungen der Gutachter Jens und Gottschalch hätten nicht bewiesen, daß die Artikel nicht gewaltfördernd seien. Es konnte keiner ausschließen, daß diese Artikel den Gemeinschaftsfrieden stören oder Gewalt fördern könnten.

Erst im letzten Drittel ging Richter Zelle auf die angeklagten Drucker ein. Er zitierte als erstes die Ziele beziehungsweise die Vorsätze des Agit-Druckkollektivs: 1.) Aufhebung der Entfremdung der Arbeit, es gibt keinen Unterschied zwischen Unternehmern und Arbeitern, alle Entscheidungen und Arbeiten werden gemeinschaftlich angegangen. 2.) Technische Hilfe für Gruppen, die zum Ziel haben, diese Gesellschaft zu bekämpfen beziehungsweise zu verändern. 3.) Durch Bekämpfung der Zensur eine Gegenöffentlichkeit zu ermöglichen. Es wurde immerhin zugestanden, daß die Drucker sich in einem Verbotsirrtum befunden haben, weil sie davon ausgingen, als Drucker nicht für die Inhalte ihrer Druckerzeugnisse verantwortlich zu sein. Und daß Presseerzeugnisse den Schutz des Grundgesetzes genießen.

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

Doch das wurde sogleich wieder eingeschränkt. Erstens hätten die Drucker angesichts der Ermordung Bubacks, Pontos und der Entführung Schleyers sich bei einem **gewissenhaften** Rechtsanwalt Rat einholen können. Dieser hätte ihnen dann auch schon gesagt, daß sie sich strafbar machen würden. „Die Drucker haben dazu beigetragen, das Klima anzuheizen, bei dem der Terror gedeihen kann."

Die Richter haben keine Bewährung ausgesprochen, weil die Angeklagten uneinsichtig seien. Von den Einlassungen bis zu den Schlußworten hatten sie gesagt, daß sie weiter drucken würden, egal wie das Urteil ausfällt. Somit seien sie als Überzeugungstäter zu bezeichnen. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft war das Gericht der Meinung, daß die Drucker sich nicht mit den Inhalten identifiziert hätten. Auch die Kenntnisnahme vor und während des Druckprozesses sei nicht nachzuweisen. Die Aussagen des Drucksachverständigen, die Aussagen der Angeklagten und die Ortsbesichtigung hätten gezeigt, daß unter großen Zeitdruck gearbeitet worden sei. **Da sich die Drucker aber zur linken Szene rechnen würden, sei die Behauptung, die Angeklagten würden sich nicht für das Info interessieren, nicht mehr wahr. Sie hätten es nach Einschätzung des Gerichts zumindest hinterher gelesen. Auf jeden Fall sei erwiesen, daß sie den Charakter des Infos gekannt hätten. Deshalb hätten sie Straftaten gebilligt, da sie gedruckt und ausgeliefert haben.**

Das erinnert an einen Drucker des 'Simplizissimus' aus Kaisers Zeiten. Er wurde verurteilt, weil er eine Ausgabe des Simpl gedruckt hatte, obwohl die vorige Nummer bei ihm beschlagnahmt worden war. Das hieß, er hätte billigend in Kauf genommen, daß auch die nächste Nummer Straftatbestände erfüllen würde.

Zusammenfassend: Die Urteilsbegründung gründet sich auf keinen einzigen positiven Beweis, sie ist fast ausschließlich auf Vermutungen aufgebaut. Sie unterscheidet sich von der Anklage nur insoweit, als sie einige Punkte aus der Beweisaufnahme akzeptierte. Zum Beispiel die Kenntnisnahme des Inhalts während des Druckens. Deswegen konnten die Richter nur von bedingter Vorsätzlichkeit sprechen.
Die ganze Urteilsbegründung verstärkt den Eindruck, den man schon in der Hauptverhandlung gewinnen konnte: daß nämlich nicht die Staatsanwälte und das Gericht die Beweislast haben, den Angeklagten konkrete Straftaten nachzuweisen, sondern die Angeklagten sind gezwungen, ihre eigene Unschuld und die Unschuld des Info nachzuweisen. Damit ist auch der letzte Anschein der Rechtsstaatlichkeit den Bach runter.

Auch mit diesem Verfahren wurde erreicht, daß Zensur wieder eingeführt wurde. Natürlich nicht im herkömmlichen Sinne. Wenn dieses Urteil rechtskräftig wird, wird der Drucker zum Zensor. Da keiner genau weiß, wo die Strafbarkeit anfängt, werden Drucker aus Angst und Vorsicht diese Grenze eher niedriger ansetzen. Die Autoren und Verfasser politischer Schriften werden sich vorsichtshalber schon einmal selber zensieren, wenn sie ihre Sachen gedruckt haben wollen. Daß das nicht alles bloß Vermutungen sind, zeigt die Erfahrung des Projekts Tageszeitung. Die Tageszeitung sollte in einen Vertrag mit einer Druckerei einen Passus aufnehmen, der die Druckerei berechtigte, bei politisch brisanten Artikeln zum Rotstift zu greifen.

Die Drucker werden Revision einlegen. Solange der Bundesgerichtshof nicht darüber entschieden hat, ist das Urteil nicht rechtskräftig.

Weitere Informationen: Agit-Druck, Ahornstr. 26, 1 Berlin 41, Tel.: 791 80 05 (030).
Spenden für die Prozeßkosten auf Postscheckkonto Berlin-West, Sonderkonto Dorothea Krauss, 372387-105, Stichwort: Agit-Prozeßkosten.

Konsequenz dieses Urteils: Gerdi muß vielleicht für drei Monate in den Knast, Martin achteinhalb Monate, frei wegen U-Haft wären Jutta und Henning.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 90 03 43,
Tel.: 0611 / 704 352 *Verantwortl.Red.: Florian Schwinn*
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

IN DEN AUTOS

Wir waren ruhig,
hockten in den alten Autos,
drehten am Radio
und suchten die Straße
nach Süden.

Einige schreiben uns Postkarten aus der
Einsamkeit,
um uns zu endgültigen Entschlüssen aufzu-
fordern.

Einige saßen auf dem Berg,
um die Sonne auch nachts zu sehen.

Einige verliebten sich,
wo doch feststeht, daß ein Leben
keine Privatsache darstellt.

Einige träumten von einem Erwachen,
das radikaler sein sollte als jede Revolution.

Einige saßen da wie tote Filmstars
und warteten auf den richtigen Augenblick,
um zu leben.

Einige starben,
ohne für ihre Sache gestorben zu sein.

Wir waren ruhig,
hockten in den alten Autos,
drehten am Radio
und suchten die Straße
nach Süden.

Wolf Wondratschek

Das bißchen Fal



* * *

(Wer mit dem Schreiber des Fernfahrerartikels reden will, der erfragt seine Adresse und Telefonnummer einfach beim ID)

* * *

Daß die Genossen Jobber was über ihre Arbeit schreiben: wie schön ist dieser alte Traum von uns in Erfüllung gegangen. Nach unserem Aufruf im ID 254 vom 4.11.78 hat uns jetzt der Joachim geschrieben, wie er aus einem Studenten und einem bloßen Anhängsel der Maschinerie ein Herr über den Anhänger wurde: warum er LKW-Fahrer wurde und was mit ihm geschah. Jetzt warten wir auf die Geschichte der Schneeschipper, die angeblich keinen Streik auf die Beine bekommen haben, obwohl jene Schneeschipper wahrscheinlich zu 80 % linksradikale Freaks sind. Überhaupt: noch nie, auch zur Zeit des Betriebsinterventionismus nicht, waren soviele Freaks und Genossen im Betrieb; und noch nie fiel so sehr auf, wieviele Nachrichten aus diesem Personenkreis in den Stadtzeitungen und im ID unterbleiben.

Wenn ich aus der Fernfahrer-Scene erzähle (was häufig vorkommt) oder schreibe (wie jetzt), dann geschieht das immer aus einer gewissen Distanz. Das Verhalten der Fernfahrer erscheint dann häufig total bescheuert, aber der Bescheuerte bin auch gleichzeitig ich selbst. Erzählen tu ich's in meinem analytischen Bewußtsein, aber drinstecken tu ich mit genau dem Fernfahrer-Bewußtsein! Leider fehlen mir so ein winziges Tonbandgerät und Mikro. Die Gespräche, die ich da hätte aufnehmen können, hätten alles in den Schatten gestellt, was ich jemals zu Papier bringen kann; das wär dann 'echt aus dem Leben gegriffen' gewesen; da wär "Fernfahrer-Bewußtsein" lebendig geworden.

Marionette an Telefondrähten

Als Junge wirst'e natürlich als Junge großgezogen, da spielen Technik, also Autos, Schiffe und Flugzeuge 'ne unheimlich große Rolle. Hinzu kommt, daß meine Eltern extrem fortschrittsgläubig sind und - was wichtiger ist – mein Vater einen kleinen Betrieb hat. Da kamen schon immer die großen Lastwagen auf den Hof gefahren, um irgendwelche Waren anzuliefern. Da bin ich dann schon als kleines Kind beim ersten Brummen gleich auf den Hof gelaufen, habe beim Rangieren zugeguckt, mich am Außenspiegel hochgeangelt, um einen Blick ins Fahrerhaus zu werfen, durfte auch schon mal um 'en Häuserblock fahren, die Anhängergabel beim Ankuppeln halten und so. Mein Vater hat auch so kleinere Lastwagen. Da durfte ich auch häufig und gern mitfahren. Sobald ich 'nen Führerschein hatte, hab' ich natürlich selbst hinter'm Lenkrad gesessen (und heimlich auch schon früher). Gleichzeitig hatte ich mit meinen Alten reichlich Krach und da bot die Fahrerei eine gute Gelegenheit, mich selbständig über Wasser zu halten. Das lief dann später immer parallel: sich weiterzuqualifizieren, um jederzeit 'ne Maloche zu finden, und die Gier nach immer größeren Autos, immer weiteren Strecken. So hab' ich dann den Zweier-Führerschein und noch später den Busführerschein dann nachgemacht.

Warum mach' ich das? In der Fabrik verdien ich bei erheblich weniger Stunden und geregelterer Arbeitszeit das gleiche Geld. Ich hab' oft drüber nachgedacht. Genau weiß ich's immer noch nicht. Wenn du die Fernfahrer so reden hörst, dann sagen die immer: "In 'ner Fabrik mit Fabriksirene wo dir gar die Pinkelpausen vorgeschrieben sind, könnte ich

hrerei



nie arbeiten. Hier auf dem Bock bin ich doch mein eigener Herr, kann mir die Zeit einteilen, wie ich will." Das ist natürlich ein Hohn. Bestenfalls die Pinkelpausen kannst du dir einteilen – aber mit regelmäßigem und ausreichendem Schlaf ist da nix mehr. Da bist du sechs Tage in der Woche (und je nach Einsatz auch mehr) Lohnsklave der Firma; Marionette, und deine Fäden sind die Telefondrähte (da mußt du dich melden, wenn du leer bist, schon ist der neue Auftrag da, und ab geht die wilde Fahrt). Da fahr ich – wohlgemerkt allein – mit Frischfleisch von der DDR nach Madrid, bin nach zweieinhalb Tagen da (2.600 km), ruf meinen Chef an:"Was? So lange haben Sie gebraucht!" – oder (der gleiche Chef): war den ganzen Tag unterwegs, habe in der Nähe von Rimini Obst für Münster geladen, merke am Telefon an, daß ich auch mal schlafen müsse und nicht in einem durchfahren könne. Antwort:"Waaas? Sie werden für's Arbeiten und nicht für's Schlafen bezahlt!" Der Chef hatte in 'Kühlwagen-Kreisen' den bezeichnenden Namen 'Schweine-Müller'! Weil er'n echtes Schwein war und weil er früher Schweinetransporte gemacht hat. Da fällt mir ein: witzig ist, wie schnell sich in der 'Szene' besondere Vorfälle über immense Entfernungen 'rumsprechen. Da mußte ich in Irun an der französisch-spanischen Grenze 'mal 20.000 Pesetas abdrücken, weil die Ladung in den Papieren falsch deklariert war. Von da aus fahr ich nach Ulm, dann nach München und dann nach Belgrad.

Komm ich also dort am Kühlhaus an, was weiß der österreichische Kühlzugfahrer, der dort auch laden soll, schon?! Richtig, daß ich in Irun die 20.000 Pesetas abdrücken mußte. Wenn du über Jahre hinweg irgendein Spezialfahrzeug fährst, dann kennst du halt auch die anderen Kutscher in der Branche (und die 'Szene' macht an keiner Grenze halt). Da gibt es dann die 'Kühlzug-Szene', die 'Chemietanker-Szene' undsoweiter; an irgendeinem Kühlhaus, irgendeiner Raffinierie hat man sich bestimmt schon mal getroffen. Noch so'n Beispiel: ich steh' wieder mal in Madrid und warte auf Rückladung. Ich hatte ursprünglich damit gerechnet, schneller zurückzukommen, um in Irun meine Freundin auf dem Wege nach Portugal zu treffen (das war das Jahr der linken Portugal-Touristik). Ich also in Madrid, da kommen zwei deutsche Kühlzugfahrer an und erzählen:"Mensch, deine Freundin steht in Irun auf dem Zollhof, sucht dich und weint und weint." Da war ich ganz schön fertig. Aber wo war ich stehengeblieben? Weshalb machen Leute so 'nen nervigen Job? Ich glaub', ich mach mir da auch immer was vor. Das sei doch ein Unterschied, ob ich jetzt in der Fabrik an der Maschine stehe (als Anhängsel, wie wir in den Seminaren so schön sagen), ob die Maschine meine Arbeit diktiert, oder ob ich eine Maschine beherrsche, 320 PS und 38 Tonnen, 18m lang über Autobahnen und durch schmale Gassen steuere. Das hängt bestimmt auch mit dem Uni-Scheiß zusammen; du machst nix Praktisches, siehst keinen Erfolg, hast kein Handwerk gelernt (obwohl: welches Handwerk gestattet dir auch noch die Freude an deinen handwerklichen Fähigkeiten?), – aber wenn du zwanzig Tonnen Fleisch nach Spanien transportiert hast oder als Fahrer eines Baustellenfahrzeugs mitgeholfen hast, eine riesige Baugrube auszuheben, dann ist das schon halt was (so läppisch das klingen mag; das wird auch nicht dadurch geschmälert, daß du das unsinnigste Zeug transportierst).

Die meisten Fahrer gewinnen ihre Identität aus der Abgrenzung zum Fabrikarbeiter, der sie früher meist selber waren. Die haben so 'ne Cowboy-Mentalität: Freiheit, Unabhängigkeit, Duft der großen weiten Welt (die Fahrer, die ich kennengelernt habe, lesen zum größten Teil auch Western und nicht Jerry Cotton); welchen Fetischcharakter (kann einem ja richtig Angst einjagen, das Wort!) besitzt schon das eigene kleine Auto für den Malocher! Als LKW-Fahrer bist'e zwar erheblich langsamer, dafür kannste aber ständig in der Gegend rumfahren und der Sprit kostet dich nix; du steuerst ein kleines Ungeheuer mit über 300 PS; kannst dir die Vorfahrt erzwingen; kannst dich im Anschaffungspreis mit einem Rolls-Royce messen; kannst private Rekorde aufstellen: Hamburg-München, Berlin-Saarbrücken oder so; es ist dein Auto, deine Firma (und wehe der Chef setzt einen anderen auf dein Auto: lieber fährst du drei Touren zusätzlich!).

Lügengeschichten und Männerphantasien

Wie ich an den Job gekommen bin, hab' ich erklärt. Aber wie kommen die tausende Anderen dran? Das waren erstmal auch alles Jungen und haben sich für Autos interessiert. Dann haben sie was gelernt und sind in der Fabrik gelandet oder haben nix gelernt und sind in der Fabrik gelandet oder sind gleich zur Bundeswehr gekommen. Da waren sie dann geil drauf, den Zweier-Führerschein zu machen (damit war man auch schon bei der Bundeswehr schon mal wer und dann sollte der Führerschein ja auch noch so viel wert sein; da hatte man doch fast den Bund ausgebeutet); vielleicht hatte man beim Bund, fern der Heimat, einer Frau ein Kind gamcht, an die man sich kaum noch erinnerte oder man hatte ihr zu Hause eins gemacht, sie geheiratet, obwohl man sie nicht liebte. Im ersten Fall ist man nach der Bundeswehrzeit in die Ferne gefahren, weil man soviel Alimente zahlen mußte und die Höhe der Zahlungen sich nach dem Brutto-Verdienst richtet. Da ist man auf Montage oder eben als Fernfahrer mit den vielen Spesen (netto versteht sich) natürlich fein raus. Im zweiten Fall geht dir die Frau, die du nicht liebst, auf die Nerven und du bist froh, die ganze Woche unterwegs zu sein. So sind meinen Beobachtungen nach jedenfalls ein Großteil der Fernfahrer beschaffen: den Alimentenzahlern und denen mit dem kaputten Familienleben (viele saufen dann auch erheblich mehr als die StVO zuläßt). Oder, anderes Beispiel, der Peter, mit dem ich zusammengefahren bin: der hatte direkt nach Kriegsende Kunstglaser gelernt. Da gab es wohl für Glaser, nicht aber für Kunstglaser Arbeit. So ist der zur Fernfahrerei gekommen. Heute suchen sie wieder Kunstglaser, aber der Peter ist 'out'. Der ist nicht nur in seinem Beruf 'out', der ist auch so 'out', der ist noch nicht mal am Wochenende beim Wettsaufen in der Kneipe 'in', den hat der Job brutalisiert, fertiggemacht, der kommt nicht mehr runter vom 'Bock'; so wie der von seiner früheren Arbeit, der Kunstglaserei, geredet hat, konnte der von der Fahrerei nicht reden. Da hat er mir Sachen aufgezeichnet, wie das mit den Bleifenstern funktionierte und so und überall schwang ein handwerklicher Stolz mit. Von der Fahrerei konnte er nur in Rekorden reden: wieviel er schon überladen hatte, wie schnell er die Strecke Kopenhagen-Lissabon gefahren ist, mit wieviel Toten er schon Unfälle gesehen hat, wieviel Frauen er schon in der Kabine gevögelt hat undsoweiter. Rekorde sind überhaupt das einzige Gesprächsthema, in den Fernfahrerkneipen, an den Be- und Entladestellen, Zollhöfen, Tankstellen usw., usw. Den breitesten Raum nimmt dabei das Thema 'Ficken' ein. Wenn du den entsprechenden Kollegen hast – und das ist die Regel – kannst du das schon nach einer Stunde nicht mehr hören. Die ganzen Lügengeschichten und Männerphantasien von den reichen Frauen, die so wahnsinnig geil auf deinen Schwanz sind, mit offener Bluse an der Straße stehen, dich in die Koje zerren, während der Fahrt deinen Pimmel lutschen und obendrein noch Geld dafür zahlen. Kaum eine Frau, die aus der sicheren Fahrerkabine heraus nicht angepöbelt wird, auf deren 'Fick-

Eignung' nicht hingewiesen wird. Da steckst du als Mann in dieser Männergesellschaft auch drin, erkennst dich wieder, erhältst dir dein gutes Gewissen, da du ja viel zärtlicher, rücksichtsvoller und was-weiß-ich-noch bist; dann schämst du dich wieder, Mann zu sein, ein Würstchen unter noch größeren Würstchen.

Ich weiß nicht, was alles in deiner Birne zermatscht, wenn du das über Jahre machst; eine kaputte oder keine Beziehung zu Hause und 'King-of-the-Road' in deinem stählernen Käfig. Ich weiß nur, wie es mir gegangen ist, als ich wochenlang im internationalen Fernverkehr unterwegs war, ohne mal wieder nach Hause gekommen zu sein: da wurde meine Sehnsucht nach Frauen, nach zärtlichen Wesen unerträglich. Ich konnte diese Männeraufschneidereien in den Zollkneipen nicht mehr ab. Ich wollte mit einer Frau sprechen, träumte davon, mich an sie zu schmiegen. Das war damals in Madrid. Ich habe den Frauen nachgeschaut und daß kein Auffahrunfall draus geworden ist, ist ein Wunder. Noch heute könnte ich schwören, in Madrid liefen die 'tollsten' Frauen herum. In Madrid hab' ich mir dann geschworen: jetzt nimmst du nur noch Frauen mit, du willst mit Frauen sprechen. Bis dahin hatte ich immer alle Tramper der Reihe nach aufgesammelt, bis keiner mehr reinpaßte. Als ich aus Madrid rausfuhr, bin ich dann an den vielen Trampern vorbeigefahren. Richtig schäbig kam ich mir vor; ich traute mich überhaupt nicht, ihnen ins Gesicht zu sehen, sondern habe verstohlen zur Seite geblickt. Dann war'ne Ampel rot. Ich mußte halten und da standen auch welche. Da konnte ich dann nicht mehr vorbeifahren. Die hab ich mitgenommen, der Bann war gebrochen und von da an bis heute nehm' ich wieder der Reihe nach alle mit, die an der Straße stehen.



Von Madrid ging's damals nach München und dann mehrmals die Strecke München-Großmarkt – Jugoslawien (Pflaumen laden). Das war bitter, denn ich wollte mal wieder ein Wochenende im Ruhrgebiet und nicht auf der Landstraße in der Koje bei glühender Hitze verbringen. Meine körperliche Sehnsucht nach Frauen wurde auch immer stärker. Da bin ich dann in Schwabing mehrmals ums Puff gelaufen, habe mich aber nicht getraut reinzugehen. Das hört sich jetzt brutal an, aber so war's.

Manche Fahrer müssen solch einen Horror vor ihren Familien haben, daß sie die Rückfahrt in die Länge ziehen und froh sind, wenn sie Sonntag abends wieder rausfahren können. Der Ewald etwa, mit dem ich mal zusammengefahren bin, der mußte immer kurz vor unserem Standort halten und schlafen; mit der Begründung, es sei doch viel schöner, ausgeschlafen nach Hause zu kommen. Lieber komm' ich doch Freitag nacht nach Hause, wenn auch übermüdet, zu meiner Freundin, die ich liebe, als Samstag morgen.

Manche Fahrer hatten sehr dicke Frauen zu Hause. Irgendwie hab' ich das immer als Kreislauf empfunden. Die Fahrer hatten keine Lust, nach Hause zu ihrer dicken Frau zu kommen (lieber sind sie nach der Arbeit noch in die Kneipe gegangen), die Frau hat die ganze Woche auf ihren Mann gewartet und sich wahrscheinlich vor dem Fernseher die Schachteln Pralinen und Chips undundund reingezogen. Häufig haben wir bei einem Großunternehmen, für das wir sehr viel gefahren sind, in der Kantine gegessen. Da waren überwiegend Frauen beschäftigt. Da haben dann die gleichen Fahrer, die mit den dicken Frauen, gemeine Witze über die dicken Arbeiterinnen gemacht oder zumindest mitgelacht. Das war so unmenschlich. Da ging's nicht um Menschen, sondern um Formen. Ob die Fahrer sich selbst für eine gelungene Form hielten mit ihren Bierbäuchen?

Einige erwischt's jede Nacht

Das mußt du dir mal vorstellen, was das für'n Gefühl ist, wenn du Sonntag abend um 22.00 Uhr losfährst, während deine Freunde und Bekannten noch ihr Bier trinken, im Kino sitzen oder vor der Glotze oder schon im Bett liegen, und du mußt losfahren; hast vorher nicht geschlafen, weil du nicht konntest oder wolltest, warst froh, überhaupt ein paar Stunden zu Hause gewesen zu sein. Das sind die Momente, wo du dich regelmäßig fragst, ob du nicht total übergeschnappt bist. Oder du bist Freitagabend noch unterwegs , 800 km von zuhause entfernt, du siehst die Lichter in den Kneipen in der fremden Stadt, siehst die Feierabend-Gesichter der Leute und hast noch die verfluchten 800 km Dunkelheit vor dir, da möchtest du dann auch nicht mehr, oder hast dich schon dran gewöhnt, spürst nix mehr, spulst alles automatisch ab. Überhaupt: 'automatisch'! Meist weißt du wirklich nicht: Bist du wach? Schläfst du? Du liegst in der Koje, schläfst oder döst und wirst durchgeschüttelt; der Kollege fährt; irgendwann hält der Wagen, du machst instinktiv die Augen auf, der Kollege sagt:"Kannst du mal weiterkurbeln?" Noch im Schlaf fragst du:"Wo sind wir denn hier?" – "In der Höhe von soundso" oder "hinter oder vor soundso". Du hast nichts begriffen, kriechst aber aus deiner Koje hervor, zwingst dich hinter's Steuer und fährst los – in Trance fährst du. Nach hundert Kilometern beginnst du allmählich, wach zu werden. Das sind tausende, die jeden Sonntag rausfahren, Tausende, die jede Nacht übermüdet und erschöpft unterwegs sind; einige von ihnen erwischts jede Nacht. Die haben die Augen erst wieder aufbekommen, als sie schon umgestürzt im Graben lagen, als sie in die Autoschlange, die sich vor ihnen gebildet hatte, hineingerast waren. LKW-Unfälle sind vergleichsweise selten, fast immer weisen sie aber die typischen Merkmale eines Unfalls auf, der auf Müdigkeit zurückzuführen ist. Fernfahrer sind Nachtarbeiter (plus Tagarbeiter). Tagsüber wird entladen und wieder beladen, da kommen meist schon reichlich Kilometer zusammen, nachts wird dann ans Ziel gedüst. Natürlich kannst du tagsüber nicht schlafen; da ist es zu hell, zu heiß, zu laut; da mußt du 'dein' Fahrzeug zur Entladung, zur Beladung herrichten, da mußt du fahren, da mußt du essen, da mußt du die Entladung

beaufsichtigen, da mußt du die Beladung beaufsichtigen, da mußt du mithelfen, mußt zusehen, daß dein Scheiß-Papierkram, deine Frachtpapiere etc in Ordnung sind, mußt aufpassen, daß du eine freie Luke erwischst, sich kein anderer an der Rampe vordrängelt, daß du rechtzeitig loskommst; hast dich grade hingelegt, du wirst geweckt: dir werden die Papiere gebracht, du sollst ein Stück vorziehen, du sollst ein Stück zurücksetzen, du kannst deinen Anhänger verschließen, du kannst vorfahren und anschließend deinen Anhänger an die Rampe drücken, du sollst du sollst...

Du ernährst dich von Coca-Cola, Kaffee, Keksen, Wachhalteschokolade; ißt während der Fahrt deine Fleischwurst und dein trockenes Brötchen; stellst die Heizung ab, öffnest das Fenster, damit du nicht einschläfst; fährst über die Landstraße und nicht die eintönige Autobahn, damit du nicht einschläfst, siehst bereits die müden Kollegen vor dir auf der Bahn ihre Schlangenlinien ziehen.

Die ersten Magengeschwüre

Ständig bist du von einem 'Hauch Abgasen' umgeben, das Schaukeln und Schlagen (insbesondere bei Sattelzügen mit ihrem kurzen Radstand) macht deiner Wirbelsäule zu schaffen, bevor du vierzig bist, hast du soviel Stunden auf dem Buckel wie der Durchschnittsmalocher bei seiner Pensionierung (das haben sogar mal seriöse 'Wissenschaftler' ausgerechnet), der unerträgliche Motorlärm bewirkt Gehörschäden, die ersten Magengeschwüre stellen sich ein. Auch wenn du die 'ruhige' Autobahn fährst: das geht an die Nerven, du meinst zwar, du könntest immer weiterfahren, aber wenn du dann anhälst und ausgestiegen bist, merkst du plötzlich wie der Streß an dir genagt hat, du bist schlapp und kaputt, schlimmer wird's im Stadtverkehr (erreichst du den Empfänger rechtzeitig, ist auch für dich eine Ruhepause drin; du bist total verspannt), bei Regen, Schnee, Glatteis oder Nebel (und wann herrscht zu bestimmten Jahreszeiten auf bestimmten Strecken schon mal kein Nebel?).

Druckmittel "neuer Lastwagen"

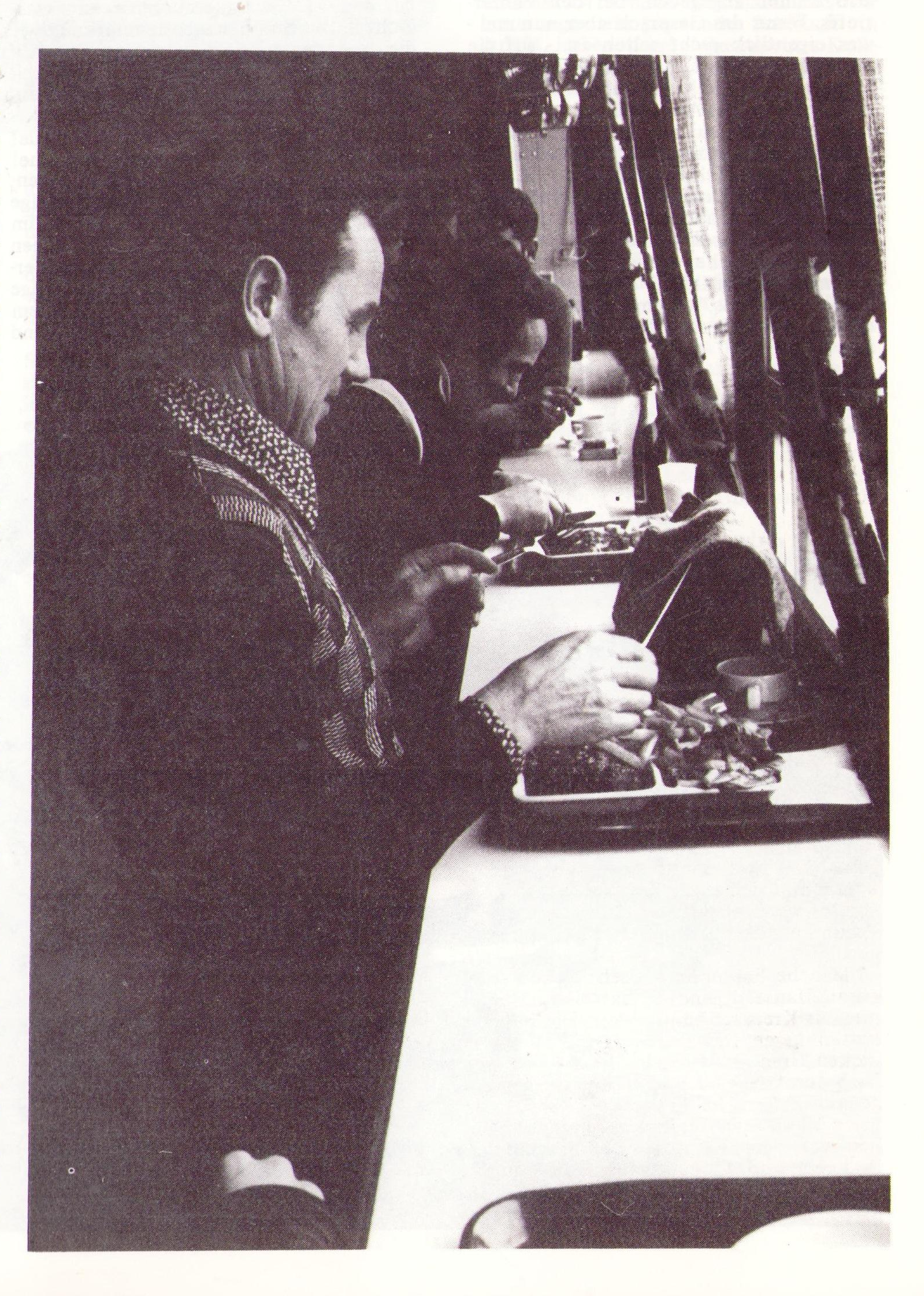
Bei der jetzigen Firma bin ich – nach Studienabschluß – seit einem Jahr beschäftigt; ein Jahr, in dem sich die Beziehung zu meiner Freundin nicht weiterentwickeln konnte, in dem ich samstags geschafft nach Hause kam, in dem ich meine Freundin und das Wochenende benutzte, um sonntags wieder fit für den Job zu sein.

Vor Jahren bin ich für eine Spedition einen Tankzug mit heißflüssigem Bitumen im Fernverkehr gefahren. Die Firma hatte etwa fünfzehn Fahrzeuge. Ursprünglich war jedes Fahrzeug mit zwei Fahrern besetzt (bis der Chef entdeckte, daß sich an dieser Stelle mächtig Geld einsparen ließ). Also warf er fünfzehn Fahrer hinaus. Die restlichen fünfzehn waren froh und stolz, daß sie bleiben durften (stellten sie doch so etwas wie eine positive Auslese dar). Außerdem erhielt jeder von ihnen 500 DM brutto mehr Lohn; sie hatten also noch dazuverdient. Daß sie jetzt nahezu die doppelte Arbeit machen mußten, und wieviel Asche der Chef dabei eingesackt hat, haben sie nicht kapiert. Der Chef bzw. Prokurist (der Chef hielt sich fast ständig in Spanien auf), war zudem noch so clever, daß er jedem einzelnen Fahrer unter dem Mantel der Verschwiegenheit weismachte, er verdiene das meiste, solle dies aber ja keinem Kollegen verraten, da er sonst den erhöhten Lohn zurücknehmen müsse; eine allgemeine Lohnerhöhung verkrafte das Unternehmen nämlich nicht. So war dann eine Situation entstanden, daß die jüngeren Fahrer in der Firma, die die alten Kutschen fahren mußten, aber häufiger aufmuckten, was eine Lohnerhöhung anbetraf, mehr verdienten als die altgedienten Fahrer mit dem neusten Modell (die sich selbst für unentbehrlich hielten und arbeiteten und arbeiteten und ihr Auto pflegten und pflegten.) Wie gesagt, der Fetisch Auto. Das ist in fast allen Betrieben Zuckerbrot und Peitsche. Mit einem neueren, stärkeren Auto kann man herumprotzen bei den Kollegen (und das weiß der Chef genau). Bei Wohlverhalten (das heißt reichlich unbezahlter Mehrarbeit) darf man das Auto behalten, im anderen Fall wird man auf einen älteren Bock gesetzt.

Das mit dem Lohn läuft bei den kleineren Transportunternehmen mit manueller Buchhaltung so. Bei den großen Firmen mit gestaffelten Fahrerlöhnen läuft das dann nicht mehr so ab. Das Druckmittel 'neuer Lastwagen' wird aber überall 'benutzt'.

Das bißchen Fahrerei

Meiner Freundin erzähl ich immer, wie toll der Job ist und wenn die dann mal mitgefahren ist und die Fernfahrerei hautnah mitgekriegt hat (den Krach, den Streß, den fehlenden Schlaf, die Isolation in der Kabine – selbst zwischen zweien, die sich lieben), dann fällt's mir auch wie Schuppen von den Augen. Warum brauchst du die Bestätigung? Wahrscheinlich, um dir nicht einzugestehen, daß du täglich und stündlich dich ausbeuten läßt, daß du bei der Lohnauszahlung der Angeschissene bist. Da stellst du dich lieber als cleveres Kerlchen hin, der sich einen sauberen, lauen



Job ausgesucht hat und sein Geld im Schlaf verdient. Und das bißchen Fahrerei? – das reißt du doch auf der linken Arschbacke ab. Hör dir die Fahrer an den Raststätten an, wie sie gegeneinander protzen. Erstmal geben sie an, wieviel Kilometer sie so jede Woche drehen. Je mehr gelogen und desto weiter gelogen, desto besser. Irgendwie, glaub ich, weiß da auch jeder, daß da viel gelogen wird – aber jeder macht mit; nur die Saudoofen stehen mit offenen Mäulern da und staunen. Dazu noch ein kleiner Einschub: der Peter, mit dem ich zusammengefahren bin, der war so'n begeisterter CB-Funker. Bei der Firma, wo wir waren, sind wir aber nur innerdeutsch gefahren. Häufige Ladungen waren aber Papier von der Schweizer Grenze nach Itzehoe (einmal Deutschland in der Vertikalen). Wenn der dann unterwegs Kontakt zu anderen Funkern hatte, dann hat der immer geprahlt, wir seien auf dem Weg von Italien nach Kopenhagen, und ich hatte das Gefühl, der glaubte in dem Augenblick halb selber dran (da verwischten sich irgendwie Wunschtraum und Wirklichkeit). Da wird also immer angegeben, bei den Fahrertreffs. Wenn das Gespräch aber nun mal - was eigentlich recht selten ist - auf die Bezahlung kommt, dann sind die, die da vorher so geprahlt haben, plötzlich die Angeschmierten. Aus der Zwickmühle befreien sie sich dann meist, indem sie ihren Lohn in astronomische Höhe steigen lassen oder plötzlich nur eine Tour in Windeseile in der Woche fahr'n und die restliche Zeit frei haben. Seinen Lohnstreifen hat mir noch keiner gezeigt. Auch wenn die Malocher von ihren vorangegangenen Jobs erzählen, dann waren das immer 'die' Jobs. Warum sie aufgehört haben, bleibt völlig rätselhaft.

Überhaupt: Löhne!

Du bekommst einen Pauschallohn. Das Transportunternehmen, das nach Stunden bezahlt (– außer Werksfernverkehr natürlich, d.h. ein Unternehmen liefert mit eigenen Fahrzeugen seine eigenen Produkte aus, Fremdladungen dürfen keine transportiert werden –) muß mir erst noch einer zeigen! Mit dem Pauschallohn sind dann alle Überstunden – wie es meist so schön im Arbeitsvertrag heißt – abgegolten. Der Tarifvertrag geht von einer üblichen Arbeitszeit von 60 (!) Stunden aus. Bezeichnenderweise geht die von der Gewerkschaft herausgegebene Lohntabelle, auf der der wöchentliche Lohn errechnet ist, bis zu einer Wochenstundenzahl von 80 (!) – in Worten: achtzig – Stunden! Und nun ein Beispiel deutscher Gewerkschafts-Funktionärs-Logik: auf meine Frage an einen ÖTV–Funktionär, weshalb der Tarif-Lohn im Nahverkehr bei 8,31 DM liege und im Fernverkehr nur bei 6,60 DM, bekam ich die Antwort: im Fernverkehr kämen dafür ja auch mehr Stunden zusammen. Die bei der ÖTV sich die allergrößten Arschlöcher! Die sind genauso lahmarschig wie die, die sie zu 99 % vertreten, nämlich wie der öffentliche Dienst. Das sind auch schon so halbe Beamte plus Beamtenmentalität. Alle Genossen + innen aus diesen Bereichen: entschuldigt meine Vorurteile! Schreibt mal was von eurer Maloche! Die Bosse können es sich doch erlauben, relativ hohe (husthust) Tarifverträge abzuschließen, weil sich doch keiner um deren Einhaltung kümmert. Da haben (und das weiß ich genau) Bosse als Vertreter der Arbeitgeberseite Tarifverträge unterschrieben, um die sie sich in ihrem eigenen Betrieb einen Dreck scheren. Und die ÖTV??? tztztz??? Wenn du da hingehst, dann schicken sie dich nach Hause (und 'siezen' tun die dich obendrein!) und du sollst erst wiederkommen, wenn du eine Liste mit gewerkschaftlich organisierten Kollegen hast und wieviel Beitrag jedes Mitglied monatlich zahlt. Mannmann, ich könnt' schon wieder vor Wut an die Decke gehen.

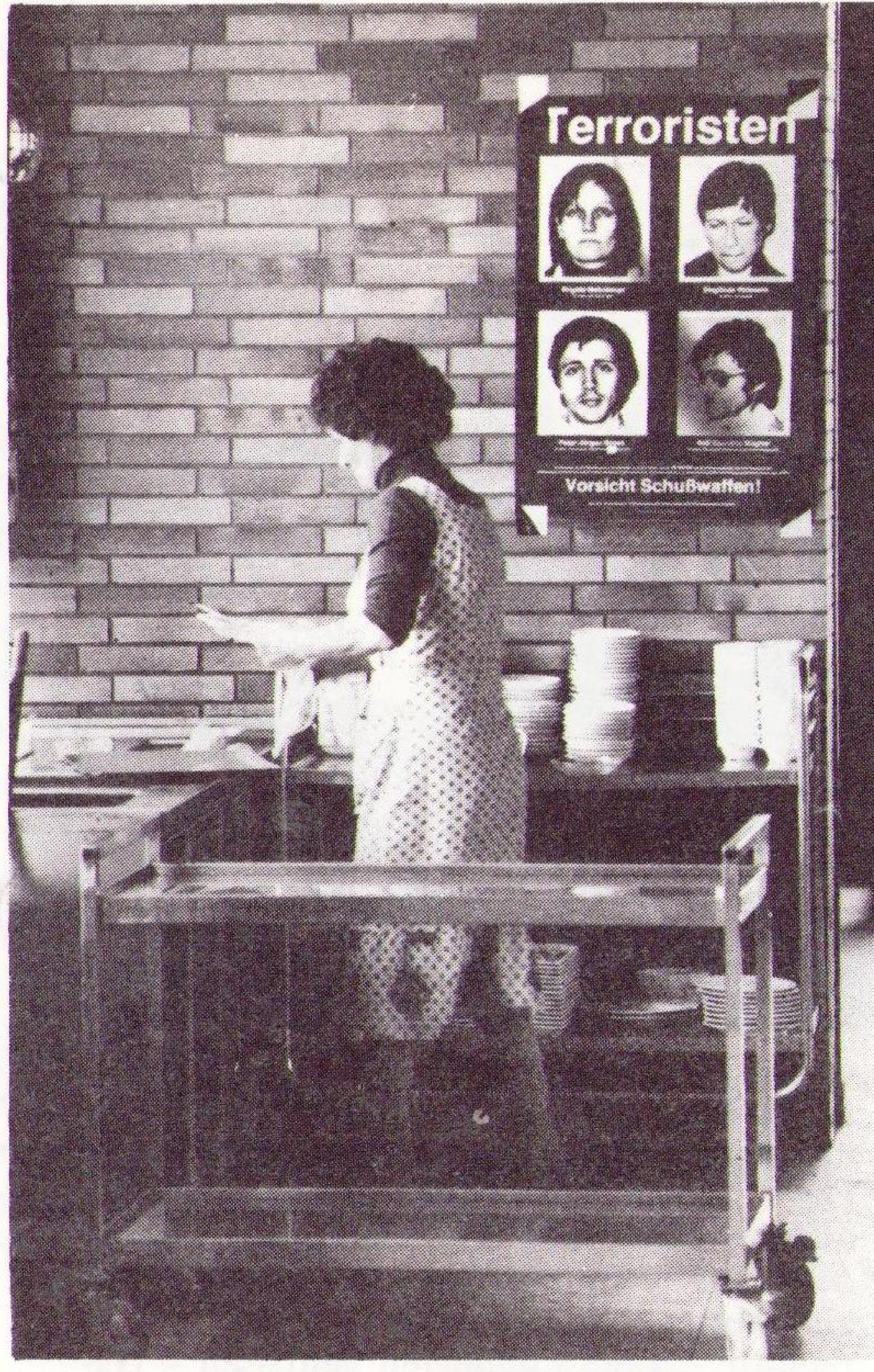
Und die saudummen Malocher (mich Idioten eingeschlossen!) glauben tatsächlich, für 1.500,- DM brutto aufwärts seien sie von Sonntagabend bis Samstagabend von ihrem Boß 'gekauft'. Du weißt ja nie, wo's in der nächsten Stunde, am nächsten Tag hingeht. Das ist wie 'Sport-Spiel-Spannung' (ein alter Fernseh-Klassiker aus dem Kinderprogramm der ARD). Besonders spannend wird's gegen Ende der Woche. Spannend, ob's nach Hause geht oder wo's noch mal kurz hingeht. Meist quakt dann der Disponent am Telefon in einem bewußt schnoddrigen Ton:'du oder ihr müßt noch mal kurz nach Freiburg fahren oder so.' Das empfinden die meisten dann als so 'ne Art Gottesurteil. Vielleicht murren die noch – aber fahr'n tun sie trotzdem. Und die im Büro wissen genau, daß du auf die Tube drückst, denn du willst ja ein paar Stunden Wochenende haben. Wie du dann Ferienfahrverbote, Sozialvorschriften und was auch immer umgehst, ist dein Bier. Die Kollegen reden immer davon: man sollte den Wagen am Wochenende einfach irgendwo stehenlassen und mit der Bahn zurückfahren. Aber machen tut's keiner. So witzig es klingen mag, aber es ist traurig und wahr: viele bleiben nur deshalb jahrelang bei ein und derselben Firma, weil ihnen die Zeit fehlt, am Samstag etwa, sich nach einer neuen Maloche umzutun. Wo ich im internationalen Fernverkehr gefahren bin, da lag



meine Arbeitszeit zwischen 60 und 103 (!) Stunden in der Woche. Da hatte ich 'ne Sondergenehmigung, daß ich auch sonntags fahren durfte; die Kopien der Tachoscheiben hab' ich noch zu Hause. Das Schärfste war ja, als ich beim Arbeitsgericht (mit sautrottliger ÖTV–Vertretung) die Bezahlung meiner Überstunden haben wollte (ich war da 1975 für 1.600 DM brutto gefahren plus Spesen), da ist meine Klage unter anderem deshalb abgewiesen worden, weil Fahrzeiten von 10 Stunden am Tag ganz normal im Fernverkehr seien. Das hat der Richter schwarz-auf-weiß ins Urteil geschrieben, obwohl der Gesetzgeber bei Fahrzeugen über 20 Tonnen täglich nur acht Stunden erlaubt! Ihr könnt euch nicht vorstellen, was das für 'ne Maloche ist und wieviel Stunden da zusammenkommen, und die Technik hat den Streß nur vergrößert. Erstmal die Sattelzüge, die fahren viel unruhiger als die Lastwagen mit Anhänger. Das übersteht keine Wirbelsäule schadlos. Dann die Wechselpritschen: da hast du keine Verschnaufpause, wenn geladen wird, da wird der ganze Aufbau in wenigen Minuten getauscht und los geht die wilde Jagd; aber auch so dauern Be- und Entladung mit Hilfe von Gabelstaplern und anderem Gerät nicht mehr so lange wie früher. Wenn 'altgediente' Fahrer von früher erzählen, werden sie immer ganz wehmütig. Und dann die Fahrzeugkabinen. Die Gesamtfahrzeuglänge hat der Gesetzgeber begrenzt. Nun ratet mal, wo wird gespart? An der Kabine oder an der Ladefläche. Die Marke 'Daimler' gilt übrigens als Unternehmer-Auto. Der bequeme PKW zum Freizeitspaß der fetten Bosse, der spartanisch eingerichtete LKW zur Sicherung des Profits. Die Fabrikate mit der fortschrittlichen Technik und dem Fahrerkomfort sind ohnehin eingegangen (Büssing, Henschel, Krupp). Aus Kostengründen ist momentan der Trend zum unsynchronisierten Getriebe ganz deutlich. Das bedeutet für den Fahrer erhöhte Aufmerksamkeit und größerer Streß. Aber viele – ich auch – haben natürlich den zweifelhaften sportlichen Ehrgeiz, hier ihr Können erst richtig unter Beweis zu stellen.

Der hätt auch nicht angehalten

Warum hauen die Malocher nicht auf den Putz, wehr'n sich nicht? Die meisten haben Angst. Angst, ohne einen Pfennig Geld auf der Straße zu stehen. Von den Fahrern, die ich kenne, hatte kaum einer das Geld, sich auch nur für einen Monat über Wasser halten zu können. Die waren einfach total verschuldet. Die meisten hatten ihr Konto bei der Kundenkredit- oder sonst einer Geier-Bank. Das ist – glaub' ich – 'n unheimlich wichtiger Punkt, wie die Malocher über die Verschuldung an dies System gebunden sind. Die haben keine Freunde, die ihnen helfen, und die sagen auch nicht, wenn bei mir nix zu holen ist, dann ist eben bei mir nix zu holen. Die haben total Angst, haben sich mit Leib und Seele an das System verkauft, mokieren sich über die englischen Gewerkschaften, wenn sie darüber was in 'BILD' lesen, meinen, die deutschen Gewerkschaften sind wenigstens vernünftig und streiken nicht, oder angesichts des Metallarbeiterstreiks in NRW: 'jetzt fangen die hier auch schon mit dem Blödsinn an.' Die Fernfahrer, mit denen ich zusammengelebt habe, brauchten auch immer ihre 'Neger':



das waren dann die Gastarbeiter im allgemeinen oder die Türken im besonderen, die Kommunisten (Kopf ab etc.), die 'Entwicklungsländer', die Studenten, an denen man schadenfroh vorbeifährt, wenn sie im Regen an der Straße stehen und mitgenommen werden wollen.

Zuletzt hab' ich für 'ne ziemlich große Spedition gearbeitet. Da traf man sich ziemlich häufig auf der Autobahn. Fahr' ich nachts über die Autobahn und seh' einen Kollegen der gleichen Firma mit Reifenpanne am Straßenrand stehen. Ich halte, um zu helfen. Mein Kollege, der in seiner Koje aufgewacht ist, fragt mich, was los sei. Ich erklär's ihm und werd von meinem älteren Kollegen angemotzt: 'Mensch, biste verrückt, der hätt' bei uns auch nicht gehalten. Soll der doch sehn, wie er allein fertig wird.' Dies ist ein Beispiel. Es gibt genügend andere! Und immer die Doppelmoral: die anderen sind schlecht. Ich passe mich dem nur an. Da übernimmt man ein Auto, regt sich über den Dreck der anderen auf, hinterläßt den Wagen dem nächsten aber genauso dreckig; da stellt man Anhänger nachts in den unmöglichsten Winkeln ab, die sich die Kollegen mit Müh' und Not wieder herausrangieren müssen – immer mit dem Argument: 'die anderen sind genauso'. Da werden immer nur andere Malocher beschissen und nie der Chef. Die Kellnerinnen in den Raststätten zum Beispiel. – Inzwischen ist es Samstag – Überhaupt: da brüsten sich die Fernfahrer im internationalen Fernverkehr damit, wie sie in Bulgarien in einem Restaurant alle Kellner 'haben strammstehen lassen', daß in Südspanien oder Süditalien der Wirt seine zwölfjährige Tochter verkauft. Du schämst dich, dazuzugehören. Da sind wir in Spanien in einem Restaurant, die Fahrer saufen mal wieder und machen der Wirtstochter (auch nicht älter als zwölf) durch Zeichensprache klar, daß sie ficken wollen. 'Der Arbeiter ist des Arbeiters größter Teufel' (hat B. Traven, mein Lieblingsautor, geschrieben).

Meinst du, der Beamte trinkt nen Schluck?

Nochmal zur Tankwagenspedition, für die ich heißflüssiges Bitumen transportiert habe. Bevor ich anfing, wurde ich belehrt, daß ich das Bitumen nur durch einen Metallschlauch, der sich am Fahrzeug befand, aus dem Tank pumpen durfte. Merkwürdigerweise hatte das Fahrzeug aber zwei Schläuche an Bord; einen Gummischlauch und einen Metallschlauch. Das Bitumen ist in heißem Zustand eine breiige Masse, die erhärtet, wenn sie abkühlt. Die Schläuche bekommst du natürlich nie sauber. Während der Fahrt erhärtet das Bitumen dann im Schlauch, der dem Fahrtwind ausgesetzt ist (die Tanks sind Thermo-Tanks). Das hat den Effekt, daß du den Schlauch kaum noch heben kannst und den Metallschlauch auch nicht mehr biegen kannst, um ihn anzuschließen. Was machst du also: du benutzt den Gummischlauch, dessen Lebensdauer aber beschränkt ist. Und welche häßlichen Verbrennungen ein platzender Schlauch hinterläßt, habe ich bei einigen meiner Kollegen gesehen.

Oder, wo ich eben bei Flüssigtransporten bin: da läßt sich einiges verdienen, insbesondere wenn es sich um gefährliche Güter bestimmter Gefahrenklassen handelt. Da versuchen sich die Unternehmen gegenseitig auszubooten. Wenn die eine Firma einen Terminauftrag nicht annehmen kann, weil die Skandinavienfähren, die für die Beförderung solcher Tankzüge zugelassen sind, für die nächsten Tage ausgebucht sind, nimmt die andere Spedition den Auftrag an, deklariert die Ladung falsch (gibt also in den Frachtpapieren eine harmlosere Gefahrgutklasse an) und läßt ihren Tankzug mit einer Fähre abdampfen, auf der du dich als Skandinavienurlauber mit deinem Käfer plötzlich neben einem Tankzug befindest, von dessen tödlicher Ladung du und der Kapitän der Fähre vermutlich auch nicht das Geringste ahnen.

Was da alles so gedreht wird, ahnt kein Mensch. Und das läuft solange auch für alle Beteiligten risikolos, weil nix passiert. Der Unternehmer braucht kaum befürchten, erwischt zu werden. Erstens sind die Kontrollen minimal, zweitens, wenn der Lastzug kontrolliert wird, fällt meist auch dann nix auf, weil die Gefahrgutliste und der ganze Scheiß einfach zu umfangreich sind, als daß da jemand durchblicken könnte, und drittens läßt sich die Ladung ja jederzeit falsch deklarieren. Meinst du, der kontrollierende Beamte trinkt 'nen Schluck und kontrolliert oder macht gar den Deckel auf und fliegt in die Luft oder so?

Als Fahrer ist dein Verhältnis zu Zöllnern und Bullen ganz anders. Zwar schimpfst du ständig auf die Bullen und die B.A.G. (Bundesanstalt für den Güterfernverkehr), aber du duzt die Leute, läßt dir von den Zöllnern (etwa im Berlin-Verkehr) schon mal die Plomben geben und knipst die selber an den Wagen (und 'nen Paß oder sowas brauchte ich fast nie vorzuzeigen), aber wehe ich fahre mit dem gleichen Gesicht dafür aber mit meinem Rostkäfer plus aufgemalten Sprüchen über die Grenze. Dann ist die Atmosphäre gleich offiziell bis feindselig, mein Paß wird fotokopiert, 'darf ich mal hier reinsehen?' usw. Du begegnest denen dann auch ganz anders.

Kräftig mitgemacht

Jetzt bin ich bei dem schwierigen Kapital angelangt, wie ich mich selber zu dem ganzen Scheiß verhalte. Ich hab' meist selber kräftig mitgemacht. Bei 'Rekordstrecken' ohne Pause gefahren, um früh nach Hause zu kommen, um dem Unternehmer zu beweisen, daß er mich nicht kleinkriegt (ein blödsinnigeres Argument gibt es kaum), um den Kollegen zu beweisen, wie wenig Schlaf ich brauche (was für ein toller Mann ich also bin!), um zu beweisen, was für ein toller Kollege ich bin (nach dem Motto:'hau' du dich mal in die Koje, ich fahr die paar Kilometer schon'). 'Alle sind nicht drauf reingefallen' flüstert mir die Beate grade ins Ohr. Bei den Sexprotzereien habe ich mich feige (ach ich bin ja so sensibel) zurückgehalten. Auch bei den sonstigen Protzereien. Die wichtige Erfahrung, was passiert, wenn ich mal aufmucke, hab' ich versäumt. Anerkannt war ich inzwischen in der Firma, als zuverlässiger und hilfreicher Kollege; 'mit dem man auch über andere Sachen reden kann'; ich hätte meinen Mund also aufmachen können, man hätte mir zugehört, mich ernst genommen; vielleicht wär' dann der Bann gebrochen gewesen? Viele hätten erklärt, daß sie sich nur angepaßt hätten, mitgemacht hätten bei den Witzen und so. Denen hätte ich Mut machen können. Hab' ich aber nicht. Ich hab' mich angepaßt. Da schäm' ich mich und das kann ich auch nicht mehr nachholen, denn bei der Firma, für die ich fast ein Jahr beschäftigt war, hab ich gekündigt. Das ist irgendwie doch sehr schwergefallen. Das fällt dir dann doch schwer – mir zumindest –, dich von den Kollegen und der Arbeit – die du häufig genug verflucht hast – zu trennen. Ich bin zwar ohne jeglichen Anspruch in die Firma reingegangen: ich wollte nur 'nen tollen Lastwagen (M.A.N.-Büssing) fahren und Geld verdienen. Aber nach so viel Ärger wegzugehen, ohne denen 'da oben' doch mal ein Beinchen gestellt zu haben. Vielleicht hätten die Kollegen ja doch mitgemacht; einen Versuch wär's wert gewesen. Das hinterläßt doch ein ungutes Gefühl, und dies Gefühl 'verfolgt' mich ganz schön!



Bis auf den Betriebsratvorsitzenden der letzten Firma hab' ich nur – wenn überhaupt Betriebsräte bestanden – solche Betriebsräte kennengelernt, die entweder nur auf dem Papier existierten oder der Firmenleitung hörig waren, in einem eigenen Büro saßen, dicke Zigarren rauchten, viele Privilegien genossen – Garage für ihren Privat-PKW etc.etc. – und die mit dir wie ein Boß sprachen.

Bei vielen Firmen konntest du deinen Boß 'bescheissen' (hauptsächlich bei den kleineren); du konntest ihn beim Tankgeld bescheissen und bei der Telefonabrechnung, bei Autobahngebühren etc. Das erzeugt Zufriedenheit und Verbundenheit mit dem Betrieb. Auf die Idee, daß der Boß das genau weiß und dir das Geld woanders wieder abzieht, kommt keiner. Auch nicht darauf, daß sich ihre Rente nur nach ihrem spärlichen Brutto-Verdienst berechnet. In Como auf dem Zollhof hab' ich mal einen 'Kutscher' getroffen, der hat gesagt:'es gibt nur zwei Sorten von Fernfahrern, nämlich Idealisten und Vollidioten!'

Diese Fernfahrerscene ist auch dadurch bestimmt, daß es unheimlich viel Kleinunternehmer gibt. In Deutschland sind die Fahrer so bekloppt und gehen nur für die Interessen ihrer Bosse auf die Straße, etwa wenn sie Grenzübergänge blockieren. In Frankreich aber blockieren Fahrer wichtige Verkehrsknotenpunkte, um auf die Einhaltung der Sozialvorschriften zu drängen. Fahrer eines einzigen großen Unternehmens besetzten erfolgreich einen Straßentunnel zwischen Frankreich und Italien, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen.

Da denke ich, ich könnte mit anderen Genossen, die in diese 'Szene' schon mal reingerochen haben, 'ne syndikalistische Transportarbeitergewerkschaft aufziehen, ohne bezahlte Funktionäre, mit mobilen Büros, die immer wieder auf den LKW-Rastplätzen auftauchen etc. Ein schöner Traum, wa?

Was gibt's sonst noch? Tramper-Tips: wenn man 'Lifts' über lange Strecken sucht: an Fruchthöfen und Großmärkten nachfragen, auf Fahrzeuge mit dem 'T.I.R.-Schild' achten. Oder preiswerte (das ist relativ) Raststätten an den Autobahnen. Das sind Fernfahrer-Rasthöfe in direkter Nähe der Autobahnausfahrt, am Wochenende meist geschlossen; die bieten Service rund um die Uhr – keine Selbstbedienung –; du kannst zu jeder Tageszeit alle Speisen bekommen; du kannst dort billiger als an der Autobahn tanken; du kannst kostenlos duschen – manchmal nur für Männer –; sehr sauber in Vechta. Hier eine kleine Auswahl: Abfahrt Vechta (Hansalinie Bremen-Osnabrück); Anfahrt Mellendorf (Autobahn Hamburg-Hannover); Abfahrt Guxhagen (Autobahn Kassel-Frankfurt); Abfahrt Kirchheim (Autobahn Kassel-Frankfurt), Abfahrt Kassel-Süd 'Knallhütte' (Autobahn Dortmund-Kassel); Abfahrt Kitzingen (Autobahn Würzburg-Nürnberg); Abfahrt Tennenlohe (Höhe Nürnberg/Erlangen); Abfahrt Bruchsal (Heidelberg-Karlsruhe) etc.etc.

Wenn du aber durch enge Gassen steuerst, in den Rückspiegel schaust und siehst, wie die letzte Achse deines 'Zuges' haarscharf am Bordstein entlangrollt, dann fühlst du dich irgendwie . . . , obwohl ich alles andere als ein Virtouse hinter dem Lenkrad bin. Uff! Vielleicht schreib' ich ja auch mal was über die schönen Erlebnisse mit der Fernfahrerei.



DRINGENDER AUFRUF: UNTERSCHREIBT FÜR DIE MICHELIN – STREIK-NICHT-BRECHER

KARLRUHE
20. JANUAR

Drei (nach dem Streik im letzten Jahr) gekündigte Betriebsräte des Reifenwerks Michelin stehen vor dem Arbeitsgericht. Die „Initiative von Michelin-Kollegen" sammelt Unterschriften für sie. In ihrem Aufruf heißt es:

Ende August 1978 standen 1500 Kollegen beim Michelinwerk Karlsruhe im Streik. Die Arbeitsniederlegung richtete sich gegen den Abbau innerbetrieblicher Leistungen, gegen die Einführung einer zweiten Samstagsschicht und die ständig steigende Arbeitshetze. Die Industriegewerkschaft Chemie übernahm den Streik nicht. Nach einer Woche wurde der Streik daraufhin ergebnislos abgebrochen. Selbst die Hauptforderung der letzten Streiktage, sofortige Rücknahme der fristlosen Kündigungen von drei gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten und zwei Vertrauensleuten der IG-Chemie, die zu Beginn des Streiks wegen „Rädelsführerschaft" entlassen wurden, konnte nicht durchgesetzt werden.

Mit dem Prozeß gegen die Betriebsräte Helmut Christ (Betriebsratsvorsitzender), Manfred Grether und J. P. Limmacher vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe begann im Oktober das gerichtliche Nachspiel des Arbeitskampfes. Der Prozeß der Vertrauensleute Pierre Pilvin und J. Strasser, der mehrmals verschoben wurde, soll nun Anfang Februar beginnen.

Um was geht es bei diesen Prozessen?

Unmittelbares Ziel der Michelin-Geschäftsleitung ist es, die genannten fünf Kollegen, die mit zu den Aktivisten gehören, aus dem Betrieb zu entfernen. Die Kampfkraft der Kollegen soll damit entscheidend geschwächt werden. Gleichzeitig rechnet Michelin mit der einschüchternden Wirkung auf die gesamte Belegschaft . . . Darüberhinaus hat der Ausgang der Prozesse prinzipielle Bedeutung. Hat Michelin vor dem Arbeitsgericht Erfolg, so kann dies zur Folge haben, daß der Handlungsspielraum der Betriebsräte weiter eingeschränkt wird. Im Falle eines spontanen Arbeitskampfes könnten Betriebsräte in Zukunft verpflichtet sein, offen gegen die Kollegen Stellung zu beziehen. Der durch das Betriebsverfassungsgesetz geforderte Aufruf zur Arbeitsaufnahme würde nicht mehr genügen. Die Betriebsräte müßten sich selbst als Streikbrecher betätigen. Damit würde der Betriebsrat zu einem Instrument gegen die Kollegen.

Auf die angebliche „unabhängige" Entscheidung des Arbeitsgerichts können die Kollegen nicht vertrauen. Die Erfahrungen, nicht zuletzt aus dem Beispiel Erwitte, haben deutlich gemacht, auf welcher Seite das „Recht" steht. Die IG-Chemie-Führun hat sich bis jetzt darauf beschränkt, den betroffenen Kollegen Rechtsschutz zu gewähren. Da Rechtsfragen jedoch immer auch Machtfragen sind, kann sich gewerkschaftliches Handeln nicht darauf beschränken, einen guten Rechtsanwalt zu stellen. . . In diesem Sinne ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaft aktiv an der Mobilisierung gegen die Kündigungen beteiligt.

Die Unterzeichner dieses Aufrufes erklären ihre Solidarität mit dem Kampf der Michelin-Arbeiter und werden sich dafür einsetzen, daß die Gewerkschaft den gekündigten Michelin-Kollegen den größtmöglichen Schutz durch eine breite Mobilisierung gegen die Kündigungen gewährt. Die Unterzeichner fordern: Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Betriebsräte! Sofortige Widereinstellung der entlassenen Vertrauensleute!

Name	*Wohnort*	*Gewerkschaft*	*Unterschrift*
....	....	....	....

Schickt die Unterschriften schleunigst (eigentlich sollen sie bis 14. Februar da sein) an: Initiative von Michelin-Kollegen, c/o Betriebsrat der Firma Michelin, Vogesenstraße 4, 7500 Karlsruhe, Tel.: 0721 / 596 02 23. Sie werden dann an die Verwaltungsstelle der IG-Chemie weitergeleitet.



„EINE TERRORISTISCHE VEREINIGUNG, DIE NOCH ZU ERMITTELN IST..."

HEIDELBERG
7. Februar

Unter der Parole „Wir gehen nicht unter in Niederlagen, sondern in Kämpfen, die wir nicht führen" ruft ein Flugblatt aus Heidelberg zur Solidarität mit den Gefangenen Holger und Friedi auf. Die beiden wurden am 4. Januar verhaftet, als sie an einer Kiesgrube Molotow-Cocktails ausprobierten. Ihnen wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, die noch zu ermitteln ist, vorgeworfen. Sie sitzen jetzt in Karlsruhe und Pforzheim. Briefe können sie über den Bundesgerichtshof, Ermittlungsrichter Kuhn Herrenstr. 45a, 7500 Karlsruhe, geschickt werden. Dort sind auch die Besuchsanträge zu stellen. Spendenkonto **Friedi Boxberger: Stadt- und Kreissparkasse Pforzheim, Nr. 835048, Holger Hoppart, Postscheckamt Karlsruhe, Nr. 79700–750.**

MESCALERO-PROZESS GEGEN'S SCHORNDORFER BLÄTTLE GEHT WEITER

SCHORNDORF
14. FEBRUAR

Im Prozeß gegen das Schorndorfer Blättle, weil's den Buback-Nachruf abgedruckt hat (s. ID 263) waren bei der ersten Verhandlung immerhin 100 Leute dabei – gut: der Raum war zu klein. Weiter geht's am 20. Februar, 9.00 Uhr, im Amtsgericht Waiblingen.

Ihr könnt's Schorndorfer Blättle erreichen über Tilman Bornefeld, Streicherstr. 25, 7060 Schorndorf, und Geld für den Prozeß spenden auf das Solidaritätskonto Nr. 12 600019 bei der Volksbank Schorndorf (BLZ 602914 10, Schorndorfer Blättle).

Klaus Croissant:

ICH HABE MICH VON NIEMAND UND NICHTS ZU DISTANZIEREN

STUTTGART
13. Februar

Rechtsanwalt Klaus Croissant veröffentlichte in der Frankfurter Rundschau vom 13. Februar eine Gegendarstellung, in der er sich gegen die verfälschende Berichterstattung der Rundschau wehrt. Dort schreibt er u.a., die Rundschau habe in ihrer Ausgabe vom 30. Januar berichtet, Croissant hätte sich weitgehend mit den Zielen und der Gesinnung seiner früheren Mandanten identifiziert. Wir bringen Auszüge aus dem Schlußwort, daß Croissant am 6. Februar bei seinem Prozeß in Stuttgart/Stammheim gehalten hat, die aufzeigen, worum es dem Angeklagten ging:

„... Wer einen Angeklagten jenseits der sprichwörtlichen „Grenzen des Rechtsstaates" zur Strecke bringen soll, der wird so plädieren, wie die Vertreter der Staatsanwaltschaft dies in der Sitzung vom 29. Januar 1979 getan haben.

Ihr Schlußvortrag war von Haß, Rachsucht und Vernichtungswillen gekennzeichnet. Die Devise lautete: das Bild des Verteidigers zu zerstören und durch das Falsifikat vom „Komplizen der Terroristen" zu ersetzen . . .

... Das Plädoyer der Staatsanwaltschaft, ihre Ausführungen zur Schuld- und Straffrage, hatten nichts mit den Vorwürfen zu tun, die Gegenstand dieses Prozesses waren. Ich habe es als reine Machtdemonstration, als bloßen Gewaltakt empfunden...

... Alle Verteidigerrechte sind mit dem Recht auf Verteidigung unlösbar verbunden. Sie haben ihre Grundlage in dem Recht eines jeden Angeklagten, sich selbst zu verteidigen oder den Beistand eines Verteidigers seiner Wahl zu erhalten. Wer dieses Fundament der Verteidigerrechte nicht vor Augen hat, gerät in Gefahr, nicht mehr das Recht auf Verteidigung, sondern die Privilegien eines bürgerlichen Berufsstandes zu verteidigen.

In diesem Prozeß standen deshalb nicht die Rechte von Verteidigern, sondern das Recht auf Verteidigung und diejenigen im Vordergrund, die es zu verteidigen galt und gilt: Kombattanten des Krieges zwischen imperialistischem Staat und Stadtguerilla, im amtlichen Sprachgebrauch als „Terroristen" bezeichnet.Wir haben in diesen 72 Verhandlungstagen um das Recht auf Verteidigung schlechthin gekämpft . . .

... Aus dem Recht auf Verteidigung folgt, daß der Staat in die Verteidigung nicht eingreifen darf. Was der Verteidigung dient oder dienen kann, wie und mit welchen Inhalten die Verteidigung geführt wird, haben weder Staatsanwaltschaft noch Gericht, sondern ausschließlich Angeklagte und Verteidiger zu bestimmen.

Wenn der Staat den Verteidiger wegen Ausübung seiner Berufstätigkeit verfolgt, greift er unmittelbar in das Recht auf Verteidigung ein. Nicht mehr der Angeklagte und sein Verteidiger gestalten dann die Verteidigung, sondern der Staat, gegen den verteidigt werden soll.

Staatliche Verfolgungsmaßnahmen sollen Verteidiger so weit einschüchtern, daß sie das Recht auf Verteidigung hinter ihr Interesse zurücktreten lassen, ihre berufliche Existenz nicht zu gefährden. Der massive staatliche Druck auf die Verteidiger hat da und dort gar zu Überlegungen geführt, ob in der Bundesrepublik der Sondergesetze und Hosenladenerlasse in „Terroristenprozessen" oder „Prozessen mit terroristischem Hintergrund" überhaupt noch verteidigt werden könne und solle.

Im Kampf gegen den Opportunismus entwickelt der Verteidiger in politischen Prozessen sein Selbstverständnis. Je mehr der Staat versucht, das Recht auf Verteidigung zu zerstören, umso entschiedener hat der Verteidiger an der Seite seiner Mandanten zu stehen. Zwischen Kniefall und Kampf gibt es für den Verteidiger keine andere Alternative.

Bei meiner gesamten anwaltlichen Tätigkeit für die Gefangenen aus der RAF habe ich mich davon leiten lassen, nichts zu tun, was ich mit meiner Aufgabe als Verteidiger nicht hätte vereinbaren können. Diese Grenze habe ich nie überschritten, auch nicht bezüglich des Tatvorwurfs, der nach den französischen Auslieferungsentscheidungen allein noch verblieben ist. Ich habe mich von niemand und nichts zu distanzieren, erst recht nicht von denen, deren Verteidiger ich war . . .

... Wenn die Staatsanwaltschaft meint, aus meinen Erklärungen zur Sache ein Bekenntnis zu dem ablesen zu müssen, was sie unter Terrorismus versteht, so ist das ihre Sache. Pathologische Verfolgungswut macht anscheinend nicht nur blind, sondern auch taub....

. . . Zwischen dem Zustand der Freiheitsrechte in einem Land und der Verfolgung von Verteidigern besteht ein direkter Zusammenhang.
Die Verfolgung der Verteidiger geht im Staat der Berufsverbote so weit, daß kommunistische Anwälte in der Bundesrepublik nicht mehr tragbar sein sollen.
Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München hat gegen einen kommunistischen Rechtsanwalt ein vorläufiges Berufs- und Vertretungsverbot beantragt. Der Kernsatz der Anschuldigungsschrift lautet:

„Rechtsanwalt Gildemeier ist ein überzeugter Anhänger der KPD. Als solcher tritt er der Tradition der Thälmann'schen KPD folgend für den revolutionären Sturz der Monopolbourgeoisie und die Diktatur der Arbeiterklasse ein."

In einem öffentlichen Aufruf haben zahlreiche Anwälte, die in politischen Strafsachen verteidigen, unter anderem folgendes erklärt:

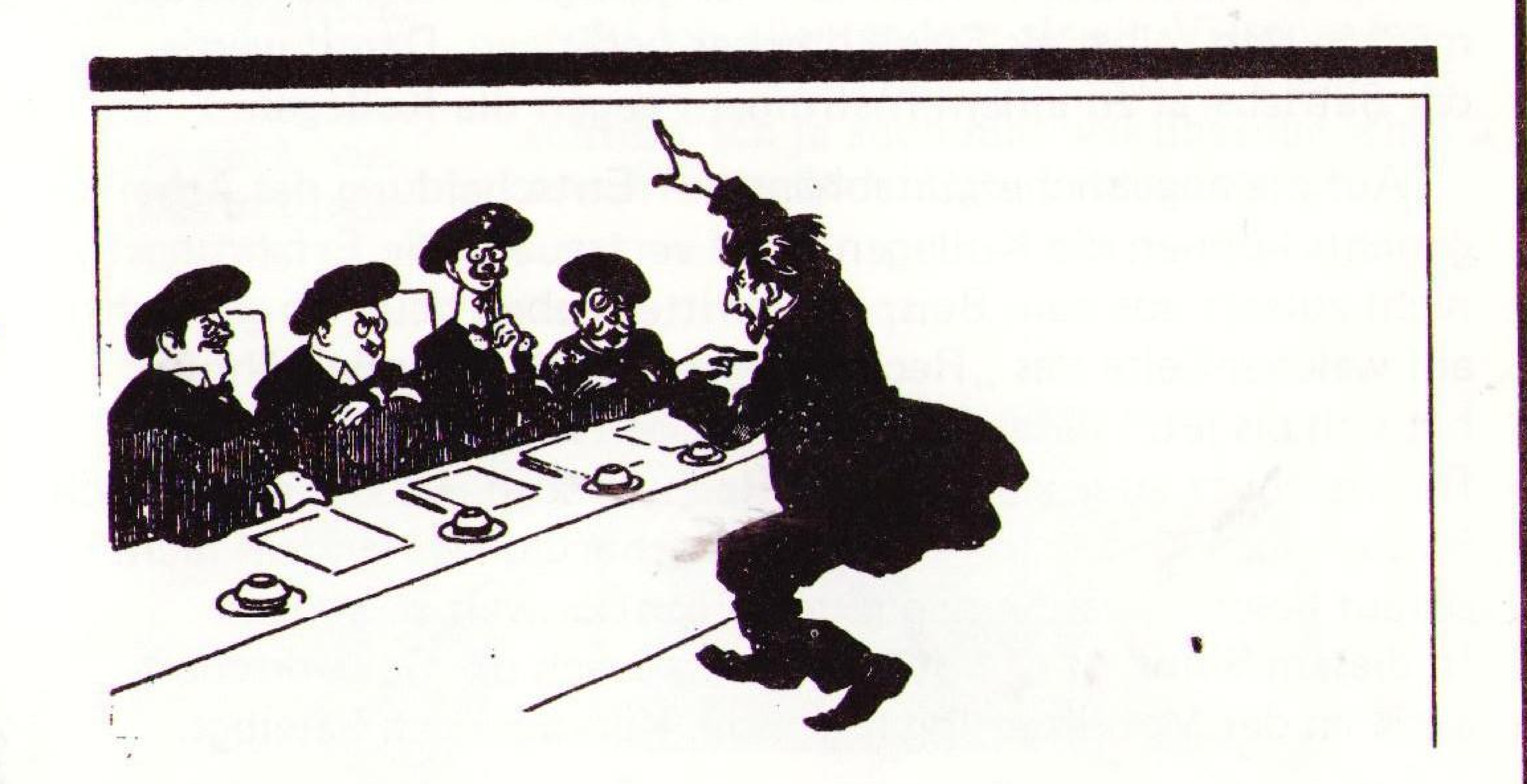
„Berufsverbote gegen kommunistische Anwälte gab es nur noch unter dem Hitlerfaschismus von 1933–1945. Doch nicht einmal die Nationalsozialisten hielten es ohne weiteres für möglich, Kommunisten aus der Anwaltschaft auszuschließen. Vielmehr beschloß die Reichsregierung unmittelbar nach der Machtergreifung Adolf Hitlers ein besonderes Gesetz, das die Möglichkeit vorsah, Juden und Personen, die sich im ‚kommunistischen Sinne' betätigt hatten, aus der Anwaltschaft auszuschließen.". . .

... Die Bundesanwaltschaft hat in ihrem Schreiben vom 13. Dezember 1974 an das Oberlandesgericht Stuttgart erklärt, ich stehe „im dringenden Verdacht der Beteiligung an der Tat der Angeklagten" im Sinne der gegen die Justiz gerichteten Kampagne, weil ich in Wort und Schrift „die Terminologie des Linksextremismus wie Isolationsfolter, Vernichtungshaft, Gehirnwäschetrakt und dergleichen" gebraucht hätte . . .

... Was sich heute als Spitze der Repression gegen Angeklagte und Gefangene aus dem „Terrorismusbereich" richtet, wird früher oder später, über kurz oder lang, alle politischen Gegner des kapitalistischen Systems treffen, die der Staat als nächste kriminalisieren will.

Die ständige Beschwörung des „internationalen Terrorismus" ist für die Bundesrepublik seit langem ein Vorwand, um ihren Polizeiapparat immer weiter aufzurüsten und auf die anderen westeuropäischen Staaten auszudehnen.

Der Kampf um das Recht auf Verteidigung muß als Teil des nationalen und internationalen Kampfes um die Freiheitsrechte auf breitester Basis geführt werden. International, weil verhindert werden muß, daß die Erstickung der Freiheitsrechte und jeder antagonistischen Opposition in der Bundesrepublik – die polizeiliche Durchdringung von Staat und Gesellschaft – zum Modell für Europa werden.



WOHNUNGSDURCHSUCHUNGEN

BERLIN
12. Februar

Aus Berlin kommt die Meldung, daß am 1. Februar siebzehn Wohnungen durchsucht wurden. Gesucht wurden Unterlagen zu einem Ermittlungsverfahren gegen Leute von der Zeitung Info-BUG, das seit dem 17.9.78 läuft.

Die Betroffenen vermuten, daß damit eine Aufhebung der Verjährung (die Ende März fällig wäre) erreicht werden soll, weiter die Staatsanwaltschaft bisher keine Beweise hat es aber trotzdem unbedingt zu einem Prozeß kommen soll. Der Prozeß gegen einen presserechtlich Verantwortlichen des Info, der schon vor einiger Zeit stattfand, endete mit einem Freispruch.

ZENSURPROZESS GEGEN VERLAG J. REENTS

HAMBURG
7. Februar

In Hamburg wird zur Zeit gegen den Verlag J. Reents wegen der Herausgabe des „Russell-Buch Nr. 5" verhandelt. Der Reents-Verlag ist der Hausverlag des Kommunistischen Bundes (KB): Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Bericht über die ersten drei Verhandlungstage:

Der 1. Prozeßtag (12.1.) wurde bestimmt von einem (abgelehnten) Antrag des Rechtsanwalts Uwe Maeffert auf Einstellung der Anklage nach § 90a („Staatsverunglimpfung") und einer Erklärung des Angeklagten Jürgen Reents zur Anklageschrift und zur Presse- und Meinungsfreiheit in der BRD.

Am 2. Prozeßtag (19.1)*wurde dann mit der von der Verteidigung beantragten Verlesung des inkriminierten Buches begonnen — Richter Betz schaffte an diesem Tag fast ein Drittel des ca. 240 Seiten starken Textes.

Am 3. Prozeßtag (26.1.) wurde die Verlesung des Buches fortgesetzt. Schon während der Erklärungen des Verteidigers und des Angeklagten am 1. Prozeßtag war Staatsanwalt Reumann dadurch aufgefallen, daß er dem Prozeßgeschehen selbst offenbar wenig Aufmerksamkeit beimessen will. Man kann zwar nicht sagen, daß er regelrecht gepennt hat; zumindest „verfolgte" er aber die Ausführungen des Verteidigers und des Angeklagten über längere Strecken nur mit geschlossenen Augen. Seine anschließenden Wortmeldungen waren entsprechend: Er sei solche Einstellungsanträge schon „gewohnt" und finde sie „unergiebig".

Das betonte Desinteresse des Staatsanwaltes am Prozeßverlauf erreichte am 26.1. einen neuen Höhepunkt: Reumann beschäftigte sich überwiegend mit prozeßfremden Dingen (er brachte augenscheinlich irgendein Gesetzbuch auf den neuesten Stand), und das nicht etwa verschämt unter der Bank, sondern mit selbstherrlicher Offenheit. Nachdem StA Reumann auch nach mehr als zwei Stunden keine Anstalten machte, seine Aufmerksamkeit wieder von seinem Schmöker und dem Prozeßverlauf wieder zuzuwenden, teilte die Verteidigung mit, daß sie Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft stellen und eine Ablösung von StA Reumann verlangen wird. Rechtsanwalt Maeffert beantragte , den Prozeß bis zur Entscheidung über diese Dienstaufsichtsbeschwerde zu unterbrechen. Richter Betz lehnte jedoch zunächst eine Unterbrechung der Verhandlung bis zur Entscheidung über diesen Ablösungsantrag mit der sensationellen, weil bislang nie gehörten Begründung ab, daß die Staatsanwaltschaft sonst „zum Herren des Verfahrens" würde (Richter Betz meinte damit, daß es im Ermessen des Oberstaatsanwalts liege, wann er über diesen Ablösungsantrag zu entscheiden gedenke und damit auch, wann der nächste Prozeßtermin stattfinde).

Rechtsanwalt Maeffert forderte Richter Betz auf, seinen Beschluß und die dafür gegebene Begründung noch einmal zu überdenken, zumal der Richter weder auf irgendeine vergleichbare Rechtssprechung dazu verwiesen, noch den Staatsanwalt Reumann wegen seines Verhaltens gerügt hatte. Hilfsweise würde die Verteidigung beantragen, daß sonst der Angeklagte bis zur Entscheidung über den Ablösungsantrag von seiner Anwesenheitspflicht entbunden würde, weil es nicht zumutbar ist, in dieser Situation weiter einem tatsächlich abwesenden Staatsanwalt gegenüber zu sitzen.

Dieser hilfsweise Antrag bei Aufrechterhaltung der Nichtunterbrechung veranlaßte StA Reumann nun, sich nach längerem Grinsen zu Wort zu melden: Den Angeklagten von der Anwesenheitspflicht zu entbinden, käme nicht in Frage, da die dafür notwendigen Voraussetzungen (festgelegt in § 233 StPO) nicht erfüllt seien: Es sei nämlich eine Haftstrafe von mindestens sechs Monaten „zu erwarten". Es liegt auf der Hand, daß Reumann eine solche Äußerung nur machen konnte, wenn für ihn auf alle Fälle bereits jetzt feststeht, daß er unabhängig vom weiteren Prozeßverlauf einen solchen Urteilsantrag stellen wird.

Richter Betz schien nach der ausführlichen Gegenargumentation von RA Maeffert aber doch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß er sich mit der Begründung für die Zurückweisung des Unterbrechungsantrags arg aufs Glatteis begeben hat. Er revidierte seinen Beschluß und verkündete Unterbrechung des Prozesses bis zum 1. Februar.

WOLFGANG GRAMS FREIGELASSEN

FRANKFURT
12. FEBRUAR

Unerwartet freigelassen wurde am 7. Februar Wolfgang Grams, der im September in Wiesbaden verhaftet worden war, weil er in Verbindung zu Stadtguerillagruppen gestanden haben soll. (Über die Verhaftung und die Haftbedingungen s. ID 257) Er muß sich zwei Mal in der Woche bei der Polizei melden.

Kontakt: Wolfgang Grams, 6200 Wiesbaden, Goerdelerstr. 15

HÄFTLINGE ERHALTEN AL-WAHLMATERIAL

BERLIN
13. Feb. 79

Gefangene aus der JVA Tegel hatten sich beschwert, weil sie kein Material der "Alternativen Liste" — der Berliner Grünen Aktionseinheit — bekamen, während der Krempel von SPD, CDU, FDP und sogar SEW ungehindert passieren durfte (siehe ID 268, S. 9). Der Gefangene Bernd Grigat berichtet über einen ersten Erfolg der Aktion und schickt uns die Abschrift eines Artikels aus dem Berlinder "Tagesspiegel":

Häftlinge dürfen Informationen von Alternativer Liste erhalten

Insassen der Strafvollzugsanstalt Tegel können Wahlinformationen der Alternativen Liste erhalten. Das bestätigte gestern ein Justizpressesprecher auf Anfrage. Gefangene hatten sich beschwert, daß ihnen zugesandte Wahlinformationen vorenthalten werden. Die Anstaltsverwaltung hatte sich auf § 68 des Strafvollzugsgesetzes berufen, das jedoch bei Gefährdung des Vollzugszieles nur zuläßt, Teile einer Zeitschrift oder eines Druckerzeugnisses einzubehalten, jedoch nicht das gesamte Exemplar.
Von der Senatsverwaltung wurde die Anstaltsleitung angewiesen, die Wahlinformation unzensiert auszuhändigen. (TSP)

WIR HABEN EIN RECHT AUF TAGESLICHT

STADE
5. Februar

Gefangene der Justizvollzugsanstalt Stade stellten acht Forderungen zur Humanisierung des Gefängnisses auf. Sie verweisen dabei auf einen Bericht in dem „Stader Tageblatt" vom 16. November 1978, in dem es heißt „Den Hof erreichen weder Sonne noch Mond" und in dem auf die „menschenunwürdigen Verhältnisse" im Stader Knast hingewiesen wird. Die Gefangenen schickten ihre Forderungen als Leserbrief an die Zeitung und hoffen immer noch auf Veröffentlichung. Die Forderungen:

1. Abbau der Sichtblenden, soweit noch vorhanden. Wir haben ein Recht auf acht Stunden normales Tageslicht.
2. Einbau von Steckdosen in die Zellen und individuelle Lichtschaltung.
3. Besseres und ausreichendes Essen. Zum Beispiel gibt es jeden zweiten Tag Marmelade zum Frühstück und an anderen Tagen nur trockenes Brot und Margarine.

4. Verbesserung der Freizeitsituation.
   a. mehr Sport (Tischtennis und eine Stunde Hofgang ist nicht ausreichend zur Bewegung)
   b. mehr Fernsehen oder Filme auch am Wochenende (z.Z. zwei mal die Woche)
   c. Umschluß — damit wir z.B. zusammen in einer Zelle Skat oder Schach spielen können.
5. Jede Woche Einkauf (z.Zt. alle zwei Wochen).
6. Bessere ärztliche Versorgung.
7. Günstigere Besuchsregelung, z.B. für Berufstätige am Wochenende.

Wichtig ist den Gefangenen vor allem die Freizeitsituation. Sie schreiben: „... die Zellen sind den ganzen Tag zu. Dies ist die reinste Verwahranstalt."

Kontakt: Hans Jürgen Ernst, JVA, Wilhadikirchhof 1, 2160 Stade.

FRAUENFEST FÜR ASTRID PROLL

FRANKFURT 14. Februar *Am 9. März soll es im Kommunikationszentrum (KOZ) der Frankfurter Universität ein Solidaritätsfest für Astrid Proll geben. Mit Disco. Das Fest gehört in eine Reihe von Aktionen (Picket-Line vor dem englischen Konsulat, Petition, Unterschriftensammlung, Video-Filme). Die Frauen schreiben:*

Warum eine Disco?

Angeregt von den englischen Frauen, die für Astrid verschiedene Feste gemacht haben, halten wir dies für eine gute Möglichkeit unsere Solidarität auszudrücken:

– Du leistest mit deinem Eintritt einen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit und eventuell notwendigen Verteidigerkosten
– Du zeigst mit deiner Teilnahme deine Betroffenheit über Astrids Situation
– und Du kannst selbst Spaß dabei haben.

Uns fiel es schwer, auf Astrids Festnahme zu reagieren. Es fehlte uns der persönliche Bezug zu ihr und ihrer politischen Entwicklung. Erst die Frauen aus der Frauenbewegung in England haben uns gezeigt, wie Astrid Proll in England gelebt, gearbeitet und sich engagiert hat. Darüber erhielten wir den Anstoß, uns mit ihr zu beschäftigen. Wir wissen, welche unmenschlichen Haftbedingungen sie hier erwarten, die sie bereits krank gemacht und bis heute ihre Auswirkungen haben. Wir fordern weiterhin:
Keine Auslieferung von Astrid Proll !

Unterstützt dies und kommt am 9.3. ins KOZ zum Frauenfest mit: aktuellen Informationen — Tänzen — Lesbentheater und Musik — Essen und Trinken — Klamottenverkauf (Erlös für Astrid Proll, bringt Klamotten mit, damit die Kasse klingelt) — Schminken — Musiksession (bringt Instrumente mit) — Tanzen zur Disco — Infostände z.B. des Frauengesundheitszentrums — Video und, und, und...

Wer noch Ideen hat, kann zum Vorbereitungstreffen kommen: Am 23.2.79 um 20.00 h in der KNETEKA (Kneipe) im Neu Isenburger Frauenzentrum, Buchenbusch 29 (es gibt immer was Gutes zu essen). Wer nicht kommen kann: Tel. 06102 / 34 338.

ERFAHRUNGEN AUS DEM STAMMHEIMER GERICHTSSAAL

FRANKFURT Feb. 79 *Dieser Artikel stammt von Leuten, die den Prozeß gegen Sabine Schmitz, Roland Mayer und Siegfried Haag am 29. und 30. Januar verfolgt haben. Sie haben sich anschließend spontan hingesetzt und ihre Eindrücke aufgeschrieben:*

"Unsere Motivationen hinzugehen, waren einmal der Wunsch, dem Ablauf eines politischen Prozesses beizuwohnen, zum anderen, den Gefangenen zu zeigen, daß es Leute gibt, die sich trotz der Repressionen nicht abschrecken lassen, und ihnen klarmachen wollen, daß sie nicht vergessen sind. Wir wollten die Erfahrung machen, inwieweit das Recht, eine öffentliche Verhandlung zu besuchen, tatsächlich existiert oder inwieweit es nicht schon dadurch eingeschränkt ist, daß wir uns scharfen Kontrollen unterwerfen und in Kauf nehmen müssen, von Staatsschutz registriert zu werden.
Also wir beschreiben mal unsere Eindrücke.
Stammheim liegt auf freiem Feld (außen rum Acker), weithin alles überblickbar. Bullen auf Pferden, mit Hunden, Bullen auf dem Dach des Prozeßgebäudes, Stacheldraht, hinter dem Stacheldraht nochmal eine Mauer. Sieht aus wie ein KZ!!! Einlaß einzeln durch Drehtüren, Paßabnahme, Körperkontrolle mit Beschlagnahme aller persönlichen Dinge bis auf Kleidung, 30 DM, Schreibmaschinenpapier und einem Bleistift. Ein Gefühl der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertsein kriecht einem den Nacken hoch. „Diese blöden Weiber — Hände hoch an die Wand. — Und tatschen einem die Brüste ab.
Das erste Unangenehme vor jeglicher Berührung oder anderer Untersuchungskontaktaufnahme kam bei mir auf, als ich ihnen mitteilen mußte, daß ich eine Beinprothese trage. Eine immer noch heikle persönliche Sache wird zum Objekt und ich dazu. Trotz meiner Einwände, daß es mir einigen Umstand machen würde, mußte ich sie ausziehen - ich bestand plötzlich nur noch aus Sprachlosigkeit, ich konnte auf diese Art des Überfahrenwerdens nicht reagieren. Mein Bein wurde genommen, so wie es war durch die Vorhalle geschleppt, wo sich viele Leute aufhielten — ich blieb zurück, beobachtet von der zweiten Frau, die teilnahmslos neben mir stand. Ihre Ausdruckslosigkeit verstärkte bei mir das Gefühl der Ohnmacht — bin ich auch ein Gegenstand, den man behandeln kann wie eine Prothese, auseinandernehmen als wäre es das Natürlichste von der Welt ... einfach zu entblößen über meinen Willen hinweg. Auf Einfühlsamkeit, vielleicht nur eine kleine Rückfrage, einfach menschliche Züge. kann man hier nicht zählen. Es gibt plötzlich nichts Persönliches. Die Gewalt für eine 'objektiv gute Sache' überrollt Dich und in ihrem Namen wirst du ausgezogen ...
Wir wollen über den Prozeßablauf nicht viel erzählen — das muß man erleben, das Gefühl während des Prozesses. Wir haben hier aber erfahren, warum sich Mayer, Haag und Sonnenberg im Hungerstreik befinden. Der politische Gefangene Günther Sonnenberg ist aus dem Gefängnis Stammheim nach Bruchsal in den toten Trakt gebracht worden, obschon Ärzte Gutachten gegeben haben, daß der Umschluß bzw. Hofgang mit anderen Gefangenen lebensnotwengit für Günther bzw. für die Wiederherstellung seiner Psyche ist.
Der tote Trakt ist ein Mittel um Gefangene innerhalb kürzester Zeit psychisch tot zu machen. Nicht nur, daß Günther in die umstrittenen Isolierzellen in Bruchsal gebracht wurde, nein, es wurde seinen Mitgefangenen Haag und Mayer, die bis dahin mit Günther Hofgang hatten, dieser Hofgang von anderthalb Stunden auf eine Stunde gekürzt. Auch das Tischtennisspielen wurde eingeschränkt.
Leute, setzt Euch ein dafür, daß Günther Sonnenberg wieder nach Stammheim kommt und der Status quo wiederhergestellt wird mit allen 'Vergünstigungen', sonst gibt es wieder einen Toten mehr, den wir durch unser Schweigen dorthingebracht haben. Wir glauben, daß der psychische Tod genauso schlimm für den Betroffenen ist, wie der physische Tod.
Was wir tun können, ist: massenhaft den Haag-Mayer-Schmitz-Prozeß besuchen, denn wir haben festgestellt, daß die Atmosphäre im Gerichtssaal total anders ist, wenn viele Leute da sind und quasi eine Kontrollfunktion ausüben. Überwindet eure Angst, in den Computer reinzukommen — denkt daran, daß wir, die wir draußen sind, die einzigen sind, die noch etwas tun können.
Übrigens, der nächste Termin findet, wenn er nicht plötzlich verlegt wird, am 20. Feb. 79 statt. Beginnt um 9 Uhr. Weitere Termine kann man auch vom Stammheim-Gerichtsgebäude erfahren, wenn man dort anruft."

MESCALERO IN OLDENBURGER SCHNEEWEHEN

Ein subjektiver Bericht über einen Prozeß

OLDENBURG 14. Februar Da ruft mich der Bil vom ID an: in Oldenburg sei doch einer der vielen „Buback-Prozesse" (der mit massiven Staatsverfolgungen bedachte Diskussionsbeitrag eines Göttinger Mescalero war ja von etlichen Blättern der Alternativpresse und anderen Initiativen nachgedruckt und herausgegeben worden, was fast genausoviele Strafverfahren nach sich zog). Im ID stehe nichts über den Oldenburger Prozeß. In Oldenburg gäb's doch die phantastische Alternativzeitung Nordwind, die würden doch wahrscheinlich was darüber schreiben. Nun, ich tus.

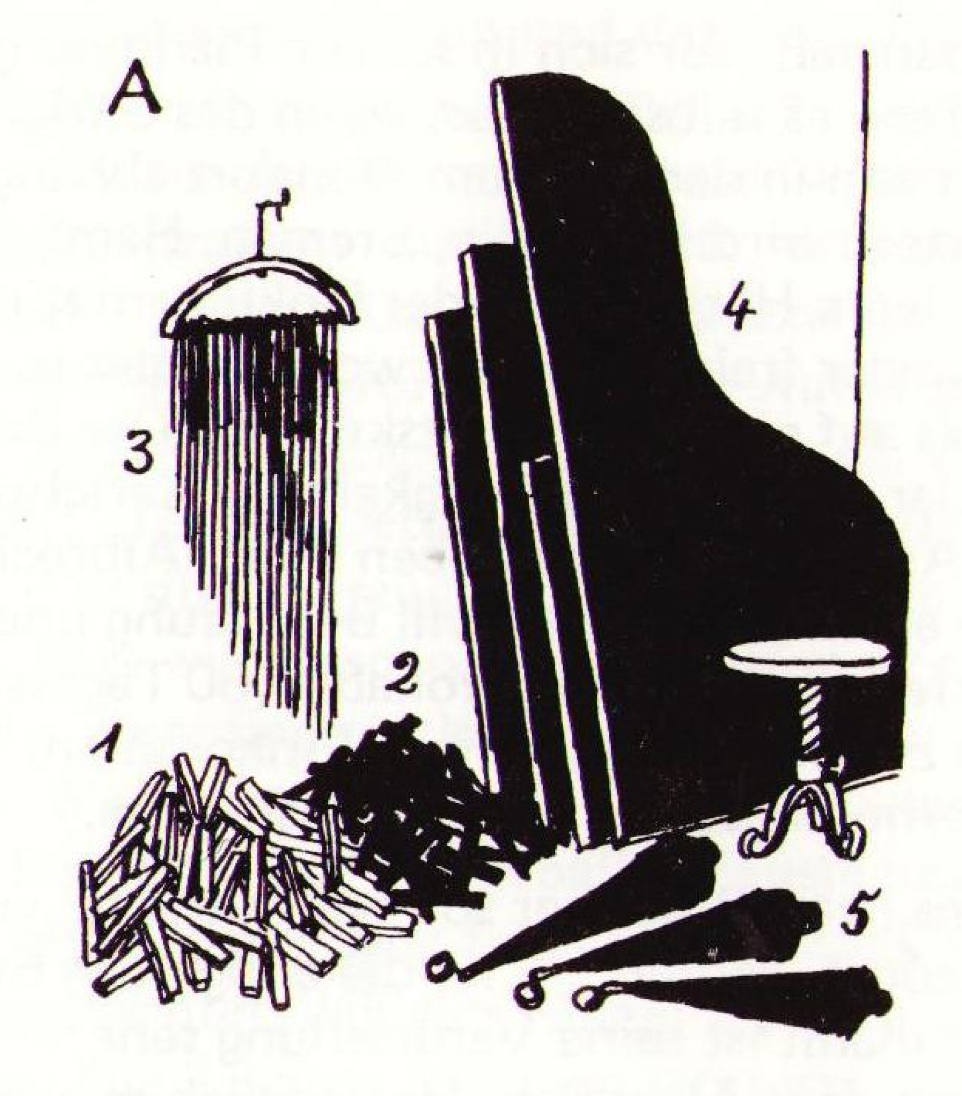
Ich sitze an jedem Prozeßtag selbst im Gerichtssaal, auf der Anklagebank. Gut, werden viele johlen, ein prima „Betroffenenbericht". Allein, so betroffen fühle ich mich gar nicht, denn, was den Prozeß interessant für die bürgerliche Öffentlichkeit macht, ist die Profession der anderen Angeklagten – sie sind beamtete Hochschullehrer. Noch interessanter für sie ist die Teilnahme von Peter Brückner. Nun, ich bin kein beamteter Hochschullehrer, sondern ein arbeitsloses Nichts, dem sogar noch für die Dauer des Prozesses die Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde, weil es ja dem freien Arbeitsmarkt für die Dauer des Prozesses nicht zur Verfügung stehe. Das erklärt einen Teil meiner Nichtbetroffenheit, nichtsdestoweniger bin ich den gleichen Machtprozeduren unterworfen.

In Oldenburg läuft der meines Wissens ausführlichste Prozeß in Sachen „Buback-Nachruf". Bereits sechs Tage wurde verhandelt, am ersten Tag gab es einige Rangeleien, da die Zuhörerschaft aus Platzmangel auf 50 beschränkt werden sollte, ca. 200 waren aber gekommen. Der Flur sollte auf Anordnung des Chefrichters geräumt werden, was die Zuhörer befolgten, indem sich alle in den Saal quetschten. Rechtsanwalt Heinrich Hannover übernahm den Gerichtsvorsitz, verhandelte mit den Zuhörern und ließ abstimmen, vereinbarte ein Rotationsprinzip, was zur Folge hatte, daß die Zuschauer jede Stunde ausgewechselt wurden.

Am ersten Tag gabs auch Musik, später leider nicht mehr. Heinrich Hannover gab den Gerichtsvorsitz nach meiner Einschätzung erst nach drei Tagen wieder ab. Für Prozeß-Profis eine völlig ungewohnte Situation – der Chefrichter ließ alles zu, was sonst als Provokation mit Ordnungsstrafen geahndet wird. Zum Beispiel stand beim Erscheinen des Hohen Gerichts kaum jemand auf, eigenmächtiges Entfernen aus dem Saal („Herr Doktor Brückner ist eben gerade mal rausgegangen, die Verhandlung wird kurz unterbrochen"). Beifallskundgebungen der Zuschauer sollten zuerst mit Rauswurf geahndet werden, doch Rechtsanwalt Christoph Krämer stoppte „4, 5 Sekunden Beifall", das dürfe doch kein Grund sein, das Prozeßklima zu vergiften.

Ich pflege immer eine Mütze zu tragen, damit mein kahler Kopf nicht verkühlt, und von dieser Schutzmaßnahme mochte ich auch im Gericht nicht lassen, was lediglich beim Verteidiger und JUSO-Chef Schröder Ärger hervorrief – das Gericht kümmerte sich nicht darum. Ein Angeklagter brachte sein Lieblingsplüschtier mit, um im Gerichtssaal kosen zu können – keine Reaktion. Ein andermal brachten Zuschauer große Blumensträuße für Angeklagte, Verteidiger und Richter, ein Kaktus wurde vor dem Staatsanwalt aufgebaut – freundliche Reaktion bei Gericht und Staatsanwaltschaft, wieder nur Ärger bei Juso-Chef Schröder: „Das ist nicht mein Stil." Sogar der Bitte der angeklagten Professoren, das Gericht möge sich vorstellen, wurde entsprochen – man stelle sich das alles in einem 2.Juni-Prozeß oder einem Grohnde-Prozeß vor. Alles in allem: ein hübsches, freundliches, mir manchmal unheimliches „Prozeßklima". Die Vermutung, die Szenerie entspräche doch einem Seminar an der Hochschule, in dem Argumente ausgetauscht werden, drängt sich immer mehr auf. Die Tatsache aber, daß es sich um eine einseitige Kommunikation, um eine Machtgeschichte (Urteil) handelt, gerät in den Hintergrund.

Die Anklageschrift wurde sorglich von der Berliner Staatsanwaltschaft übernommen, inclusive der Westberliner Spezialitäten. Der hiesige Staatsanwalt bedauerte auch, daß die Berliner nicht das ganze Verfahren gemacht haben. Waren in der Anklageschrift noch alle möglichen Verbrechen wie Staatsverunglimpfung, böswillige Verächtlichmachung, Beschmutzung Toter, Aufruf zu Gewalt unsoweiter wasweißich enthalten, so beschränkte sich die Staatsanwaltschaft im Plädoyer auf § 90a Staatsverunglimpfung. Sie hat nach eigenem Bekunden „Lernprozesse" durchgemacht, die sich darin kundtaten, daß sie wieder wörtlich die Beschlüsse des Kammergerichts Berlin und das BGH-Urteil betreffs der Göttinger Erstveröffentlichung vortrug. Verteidiger Thomas Blanke wies in seinem Plädoyer nach, daß gerade solche unreflektierte Autoritätshörigkeit den Faschismus überhaupt erst ermöglicht und zeigte damit an einem aktuellen Beispiel die Richtigkeit und Wichtigkeit, warum im Vorwort der Dokumentation von faschistoiden Tendenzen gesprochen wird.





Ordnungsliebe und Höflichkeit kennzeichnen das Vorgehen des vorbildlichen Sicherheitsbeamten. Nach gewissenhafter Überprüfung eines Konzertflügels, auf dem Stücke des seinerzeit mit dem Osten sympathisierenden Komponisten Tschaikowski gespielt worden sein sollen, wurde das wertvolle Instrument (A) in sorgfältig geordnetem Zustand verlassen. 1: weiße Tasten, 2: schwarze Tasten, 3: Saiten, 4: Gehäuse, 5: Füße. Der Abschied von der Pianistin gestaltete sich nach den Umgangsformen alter Schule (B).

Die Angeklaten trugen jede/r eine Erklärung vor, in der jede/r auf seine Weise den Prozeß als solchen ablehnt und als ungeeignetes Mittel der Diskussion betrachtet. Das Gegenmittel der Kritik sei erneute Kritik und nicht der Staatsknüppel. Einmütig war die Bereitschaft zur Verteidigung der Meinungsfreiheit als Möglichkeit zur Meinungsbildung. Sämtliche Beweisanträge wurden abgelehnt, das Gericht war selbst sachverständig genug. Hier wurde der wahre Charakter einer Gerichtsverhandlung wieder deutlicher, doch gleich darauf wieder verdeckt, als die Verteidiger – natürlich nicht irgendwelche Verteidiger, sondern der „Bedeutung des Verfahrens wegen der Persönlichkeit der Angeklagten" (O-Ton Anklageschrift) entsprechend „Bedeutende" – mit ihren Plädoyers begannen. Es wurde über die Entstehung des Faschismus doziert, über die Auswirkungen des Radikalenerlasses, feine Nachhilfestunde in Staatsbürgerkunde für die Richter und Staatsanwaltschaft. Aufmerksam wurden diese aber erst, als sich über Verfassungswidrigkeit des 90a, über Bundesverfassungsgerichtsent-

scheidungen und über andere juristische Klüngeleien weit ausgelassen wurde: das ist ihr Geschäft, davon verstehen sie was.

Der Staatsanwalt, der sich in seinem Plädoyer gewunden hat wie ein Aal, fand es selbst kurios, wenn das Gericht verurteilen würde, da es dann in der Tat vom Wohnort abhängen würde, ob jemand verurteilt wird (in Berlin, Bremen, Hamburg, Bielefeld waren die anderen Herausgeber der Dokumentation der 47 Professoren entweder freigesprochen worden oder es gab gar kein Verfahren, bis auf eines alle rechtskräftig). Der Bürger könne aber gerade daran die Unabhängigkeit der Gerichte ermessen. Wieweit die Anordnungen von oben (hier: Albrecht, CDU) gehen, mochte er nicht sagen, er will Bestrafung und forderte, ohne alle Schärfe (seine Lieblingsvokabel) 60 Tagessätze zwischen hundert und zwanzig Mark, je nach Einkommen, für Peter Brückner als Wiederholungstäter neunzig Tagessätze.

Mindestens Peter Brückner soll bekanntlich „von der Hochschule gescheucht werden" — für die endgültige Entfernung aus dem Hochschulamt ist seine Verurteilung sehr nützlich. Wie sagte Ministerpräsident Albrecht: „Hoffentlich reichen unsere Gesetze aus, diese Verbrecher zu bestrafen." Das war zwar auf Grohnde-Demonstranten gemünzt, es darf aber wohl angenommen werden, daß er diese Sorte Angeklagter auch meint.

An einem der ersten Prozeßtage ließ die Pressestelle des Landgerichts an die Presse Infos verteilen, in denen wörtlich aus der Anklageschrift zitiert wurde. Erstens ist das ein „Verstoß gegen geltende Gesetze", die Verteidigung stellte im Gerichtssaal Strafantrag, die Staatsanwaltschaft nahm sie auf und versprach zu ermitteln — und zweitens komme das einer Vorverurteilung gleich, da wieder nur die bekannten Stellen wiedergegeben wurden („klammheimlich" usw.). Auf Antrag ver Verteidigung ließ das Gericht die gesamte Nachruf-Dokumentation photokopieren und an Presseleute verteilen. Damit tat sie genau das, was den Angeklagten vorgeworfen wird — sogar die Staatsanwaltschaft hatte auf Befragen nichts dagegen, daß ein Text, der ihrer Meinung nach schwere Straftatbestände verwirklicht, verbreitet wird. In einem Plädoyer fragte ein Verteidiger, ob die Staatsanwaltschaft nicht ein Ermittlungsverfahren gegen die Richter wegen dieses Abdruckes betreibe.

Die Angeklagten bestehen auf Freispruch aus objektiven Gründen, das heißt auf einem Freispruch, der sagt, die Dokumentation ist strafbar, aber die Herausgeber haben das nicht gewußt, sind deshalb aus subjektiven Gründen freizusprechen. Das wird abgelehnt.

Ich danke schon jetzt der Staatsanwaltschaft und dem Gericht dafür, daß dieses Verfahren stattfindet, denn eine solch intensive politische Diskussion ist in Oldenburg meines Wissens ansonsten kaum gegeben: Jeden Prozeßabend gibt's im selbstverwalteten unabhängigen Aktionszentrum „Alhambra" Veranstaltungen zum Prozeß mit überraschend großer und reger Beteiligung (selbst der Journalist von Springers ‚Welt' war „zufällig" da). Täglich erscheint ein bis zu 12seitiges Info zum Prozeß, Prozeßfeten werden organisiert, andere Veranstaltungen, z.B. eine Lesung mit Erich Fried, werden mit der Diskussionsveranstaltung zusammengelegt. Die Entfernung zwischen linken Professoren und normalen Sterblichen, die von den bürgerlichen Zeitungen in Oldenburg ohnehin als zu klein empfunden wird („...unterscheidet sich in nichts von seinen Studenten ... duzt sich..." — die Welt) ist weiter geschrumpft.

Der Bericht Rainers vom „NORDWIND" — Zeitung für Oldenburg und Umgebung —, c/o Alhambra, Hermannstr. 83 umfaßt den Justizdeal bis zum 13.2., der Prozeß läuft am 20.2. weiter und das Urteil folgt wohl noch später (der 15.2. wurde als Verhandlungstag wegen der nördlichen Schneeverwehungen verlegt).

PROZESSE GEGEN TOTALVERWEIGERER

KÖLN
6. Januar

Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand (K.G.W.) schickte eine Pressemitteilung:

Der Kriegsdienstverweigerer FRANK SCHENKER aus Herford sollte am 1. Februar 1979 den Zivildienst im Vinckehof, eine von Kriegsdienstverweigerern bzw. Zivildienstleistenden als kasernenähnlich abgelehnte Einrichtung, antreten. Er hat dies nicht getan. Stattdessen ist er mit Freunden und Freundinnen am Einberufungstag dort erschienen, um den dort anwesenden Zivildienstleistenden um dem Leiter dieser Einrichtung die Beweggründe für seine Ersatzdienst-/Totalverweigerung darzulegen. Anschließend ist er wieder nach Hause gefahren. Gleichzeitig übergaben zwei seiner Freunde im Bundesamt für den Zivildienst den zuständigen Sachbearbeitern seine Einberufungsunterlagen und erklärten, daß Frank Schenker den Zivildienst nicht antreten wird.

Am 23. Februar 1979 wird vor dem Schöffengericht in Celle die Hauptverhandlung gegen den Kriegsdienstverweigerer DIETER SCHÖFFMANN aus Köln stattfinden. Er ist der sogenannten Fahnenflucht und des fortgesetzten Ungehorsams angeklagt, da er der Einberufung zur Bundeswehr zum 16. August '78 nicht gefolgt und daraufhin von Feldjägern abgeholt und in die Freiherr-von-Fritsch-Kaserne in Celle-Scheuen gebracht worden war. Dort hat er jeglichen Befehl verweigert. Insgesamt hat er deshalb sieben Wochen im Bundeswehr-Arrest gesessen. Danach durfte er nach Hause fahren, da er „zur Zeit am Standort nicht benötigt wird". Die genauen Prozeß-Daten: Beginn am 23.2.79, 8.30 h im Amtsgericht Celle, Kanzleistr. 1 — 4, Zimmer 66.

Am 5. April '79 wird vor dem Jugendschöffengericht Aschaffenburg die Hauptverhandlung gegen den Kriegsdienstverweigerer BERND BLEISTEIN aus Mespelbrunn stattfinden. Er ist der Dienstflucht gem. § 53 Zivildienstgesetz angeklagt, da er sich nach 8 1/2 Monaten Dienstableistung am 19. Juni '78 von der Dienststelle entfernte und ihr seitdem fernblieb. Er wollte nicht mehr länger im Widerspruch zu seiner Kriegsdienstverweigerung handeln. Die genauen Daten: Beginn am 5.4.79, 14.15 h am Amtsgericht Aschaffenburg.

Diesen drei Kriegsdienstverweigerern ist gemeinsam, daß sie nicht nur den direkten Waffendienst ablehnen, sondern auch alles, was zur direkten und indirekten Unterstützung des Militärs dient und beiträgt. Somit lehnen sie auch jeglichen Ersatzdienst für den verweigerten Kriegsdienst u.a. deshalb ab, weil dieser zur Rechtfertigung der Wehrpflicht dient.

Bernd Bleistein schreibt dazu u.a.: Für die Kosten (Anwalt, Prozeß, Porto usw.) steht ein Spendenkonto der KGW-Regionalgruppe Mitte-Süd zur Verfügung: Horst Balzer, PSchA Frankfurt 378991—668. Am 17./18. März findet ein Treffen der KGW-Regionalgruppe Mitte-Süd statt. Ort steht noch nicht fest. Kontakt über **Bernd Bleistein, Hauptstraße 15, 8751 Mespelbrunn.**



VOLKSAUFSTAND IN TEHERAN

FRANKFURT/TEHERAN 14. Februar 79 Hinterher heißt's so einfach: Das war ein Volksaufstand! Aber wie hat es sich denn abgespielt? — Nach den bisherigen Informationen sieht es so aus, daß die Bewegung Khomeinis zwar sehr konkret auf den Aufstand vorbereitet war, aber es war kein Aufstand nach einem Generalstabsplan. Wir haben den nachfolgenden Bericht vor allem aus Informationen von Carlo Panella (Lotta Continua), der zur Zeit in Teheran ist, zusammengestellt:

Die bewaffneten Auseinandersetzungen beginnen am 9. Februar spät abends in der großen, zentralen Luftwaffenkaserne von Teheran. Soldaten der „Kaiserwache" waren in diese Kaserne geschickt worden, um die Luftwaffensoldaten, die mit Khomeini sympathisieren, zur Disziplin zu rufen. Die Luftwaffensoldaten waren schon seit Wochen entwaffnet worden. Am Abend des 9. Februar wird in der Kantine der Luftwaffenkaserne der Film von der Rückkehr Khomeinis wiederholt. Die Luftwaffensoldaten klatschen Beifall und rufen Parolen für Khomeini – die anwesenden Soldaten der „Kaiserwache" schreien dagegen, es gibt eine Schlägerei, Teller fliegen, dann Tische, die „Kaiserwache" beginnt zu schießen. Die Luftwaffensoldaten rennen zu ihrem Waffendepot und schießen zurück. Die Schießerei, die in der Kantine begonnen hat, weitet sich aus auf die gesamte Kaserne.

Von außerhalb der Kaserne greifen andere Soldaten der „Kaiserwache" die Luftwaffensoldaten an, die den Angriff aber abwehren. Zu diesem Zeitpunkt – es ist etwa 10 Uhr abends am Freitag – kommen die Leute, die rund um die riesige Kaserne wohnen, aus ihren Häusern heraus, andere steigen auf die Dächer und beginnen – wie so oft in den Nächten der letzten Monate – „Allah ist groß" zu singen. Die Luftwaffensoldaten verteilen Waffen, aber nur an diejenigen, die nachweisen können, daß sie Militärdienst geleistet haben. Innerhalb der Kaserne wird die „Kaiserwache" zurückgeschlagen, auf den umliegenden Dächern bilden sich Scharfschützengruppen aus bewaffneten Zivilisten und Luftwaffensoldaten. Der Aufstand beginnt, sich auf die anliegenden Stadtteile auszudehen.

Über die ganze Stadt verbreitet sich der Ruf „Allah ist groß"; obwohl es schon Mitternacht ist, gehen die Leute auf die Straße und machen Demonstrationen. Einheiten des Heeres versuchen, die Leute auseinanderzutreiben, und schießen. Aber der Ruf „Allah ist groß" wird nur stärker, es ist ein Schrei der Wut geworden, der in der ganzen Stadt zu hören ist.

Am Samstagmorgen hat sich eine Art „Frontlinie" im Norden der Stadt gebildet, hinter die sich die „Kaiserwache" zurückgezogen hat. Sie wird weiter von Luftwaffensoldaten und bewaffneten Zivilisten angegriffen. Währenddessen sind tausende von Leuten damit beschäftigt, einen dreifachen Kreis von Strassensperren bzw. Verteidigungswällen auf allen Straßen aufzubauen, die von der Luftwaffenkaserne abgehen. Auf Baustellen werden Lastwagen mit Erde beladen, die zu den Barrikaden hinrasen und die Erde abladen, in einer Wahnsinnsschnelle werden so Verschanzungen aufgebaut, alle dreihundert Meter eine, auf allen Straßen.

Das Chaos scheint perfekt, aber die Wirklichkeit sieht ganz schön anders aus. Lastwagen, Autos, Motorräder – alles fährt übervoll mit Leuten in Richtung Luftwaffenkaserne, die Leute haben weiße Kopftücher auf und schwenken große weiße Tücher. Währenddessen kommen andere, immer auf ein bestimmtes Zeichen hin, alle schwenken sie weiße Tücher, jemand schwenkt Plastiktaschen, andere zeigen auf Coca Cola-Flaschen, die mit Benzin gefüllt sind. In die Kaserne rein dürfen nur die, die Militärdienst gemacht haben, die anderen werden zurückgeschickt und angewiesen, hinter den aufgeschütteten Wällen die Stadt zu bewachen.

Rot-Kreuz-Autos fahren ununterbrochen durch die Stadt. Ein Hubschrauber von Heeresverbänden fliegt vorüber und kommt weiter herunter, ein Schuß und dann ein Krachen: Er ist abgestürzt. Jeder versucht etwas zu machen: eine Gruppe von Angestellten ist aus ihrem Büro herausgekommen, sie schreiben auf lange Streifen – die Auswürfe von elektronischen Rechenmaschinen – in der Eile kurze Anweisungen. Die Papierstreifen werden dann an vorbeifahrende Autos geklebt, die an jedem der Straßenwälle langsam fahren müssen. Zum Beispiel steht darauf: „Im Elisabethenkrankenhaus wird Blut mit der Blutgruppe 0 positiv gebraucht", „Geht nicht in die Nähe des Parlaments, dort wird geschossen", „Waffen werden nur an die ausgeteilt, die Wehrdienst geleistet haben, haltet euren Wehrpaß bereit". Ein Wagen kommt mit Höchstgeschwindigkeit angerast, aus den Fenstern sind vier geballte Fäuste und Maschinenpistolen zu sehen, der Wagen fährt unter Beifall weiter. Die Nachricht wird verbreitet, daß vier Panzer der „Kaiserwache" erbeutet wurden. Die Schüsse kommen jetzt von weiter her, die Luftwaffensoldaten scheinen vorzurücken.

Samstagnachmittag, 14 Uhr. Im Hauptquartier von Khomeini ist praktisch niemand, vor der ehemaligen Schule eine kleine Ansammlung von Leuten, eine merkwürdige Atmosphäre: Auf dem Dach zweier Krankenwagen sind zwei Liegen mit roten Nelken, darauf zwei Männer, die im Sterben liegen. Ein Ayatollah spricht langsam. Er endet mit einem „Allah ist groß". In den Straßen des Stadtviertels fahren Autos mit Lautsprechern herum, sie geben die letzten Anweisungen Khomeinis weiter: „Seid bereit, wenn ihr angegriffen werdet, antwortet, seid bereit zum Heiligen Krieg."

Vor dem Hauptquartier Khomeinis kommt ein Armeelastwagen voll mit Waffen an, sie werden abgeladen. Mullahs geben Anweisungen, wo die Bewaffneten Stellung beziehen sollen. Inzwischen hat die Armeeführung bekanntgegeben, daß ab halb fünf Uhr nachmittags Ausgehsperre sei. Khomeini gibt sofort eine Erklärung heraus, in der es heißt: „Ich war für eine friedliche Lösung der Krise, aber heute hat das Regime die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, weil es sich in Gefahr sah, und greift brutal das Volk von Teheran an. Bisher habe ich den Heiligen Krieg nicht erklärt, aber wenn die Militärs nicht in die Kasernen zurückkehren, werde ich die Entscheidung fällen. Aber auch wenn sie dann in den Kasernen bleiben, muß das Volk immer bereit zum Kampf sein. Keiner solll sich an die Anweisung der Behörden zur Ausgehsperre halten." Um halb fünf Uhr sind die meisten Kreuzungen der Stadt von Khomeini-Anhängern militärisch bewacht. Überall brennende Barrikaden, in die alte Autoreifen geworfen werden. Die Soldaten sind in ihren Kasernen, und nur in den an sie angrenzenden Gebieten hört man Gewehrschüsse. Die Hubschrauber fliegen nicht mehr tiefer herunter, nachdem ein zweiter abgeschossen wurde.

Auf den großen Plätzen sind Hunderte von Zivilisten, die von Maschinenpistolen bis Messern mit allem Möglichen bewaffnet sind, neben ihnen Luftwaffensoldaten in voller Ausrüstung. Auch das Parlament wird von Luftwaffensoldaten und bewaffneten Zivilisten bewacht. Währenddessen ziehen kleine bewaffnete Demonstrationszüge in Richtung Norden, zum Kaiserpalast. Im Lauf des Abends wird auch das militärische Kommando im Norden Teherans von „Volkskriegern", dem bewaffneten Arm der islamischen Bewegung, zur Aufgabe gezwungen. Der kurze Bürgerkrieg geht seinem Ende zu.

Ein europäisches Komitee zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiter im Iran hat sich — nach Frankreich und Italien — auch in der Bundesrepublik gebildet. Das Komitee bittet um Spenden auf das Sonderkonto: „Arbeitersolidarität Iran", Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Girokonto 1 740282911.

Kontaktadresse der Koordination für die brd: Klaus Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4.

ERGEBNIS DER IRLANDKONFERENZ

OBERURSEL 5. Februar *Diese Resolution wurde von den Teilnehmern der Internationalen Irlandkonferenz, Frankfurt, Januar 1979, verabschiedet:*

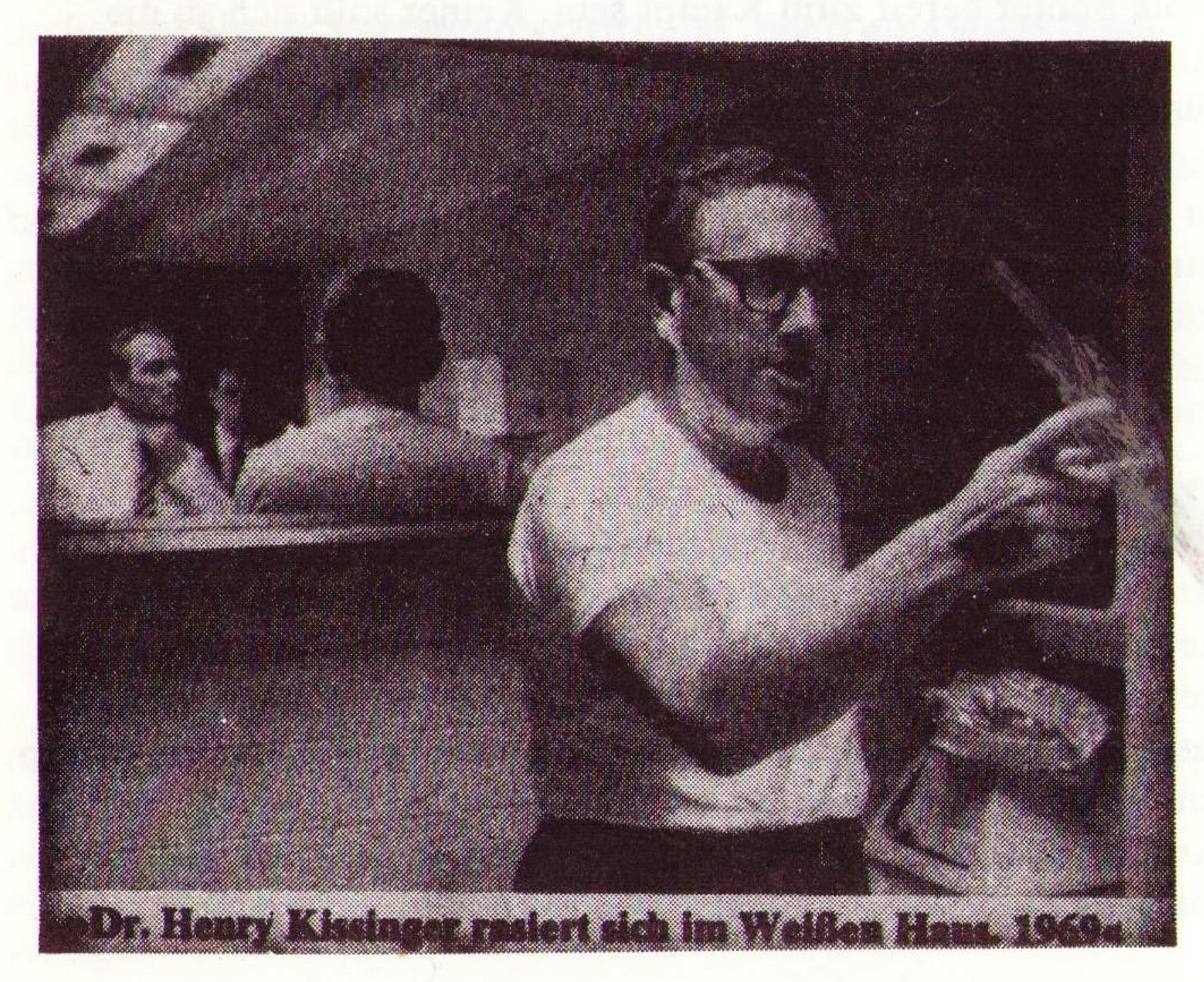
„Wir unterstützen das Recht der von den Briten gehaltenen irischen Gefangenen sowohl in Irland als auch England, der Wiedererlangung des politischen Status. Im Besonderen verurteilen wir auf Schärfste die erniedrigende und barbarische Behandlung, der eine wachsende Zahl dieser Gefangenen unterworfen ist, sowohl Männer als auch Frauen in den berüchtigten H'Blocks von Long Kesh und dem Frauenknast Armagh.

Der Versuch der Kriminalisierung dieser Freiheitskämpfer fordert die Fakten heraus: Die britische Regierung selbst hat erklärt: „Wir führen Krieg in Irland." (Reginald Maulding, MP); außerdem werden diese Freiheitskämpfer verhaftet, brutalem Verhör unterworfen und mit speziellen Notstansgesetzen vor speziellen Gerichten abgeurteilt.

Wir sind uns bewußt, daß der moderne europäische Imperialismus den irischen Befreiungskampf als Experimentierfeld der Repression benutzt und daß die dort gewonnenen Erfahrungen mit dem britischen Imperialsismus ausgetauscht werden. Einige Aspekte dieser Kooperation sind bereits ausgedehnt worden, um sozialen und politischen Widerstand in ganz Europa zu unterdrücken. Wir erklären uns nicht nur solidarisch mit den irischen Kriegsgefangenen, sondern stellen daneben fest:

Wir beobachten einen beschleunigten Aufbau neuer imperialistischer europäischer Strukturen und stimmen darin überein, unsere Anstrengungen, diesen imperialistischen Versuch zu denunzieren, zu intensivieren und gegen die Politik der EG und deren Institutionen, gegen die politische, finanzielle, polizeiliche und kulturelle Integration eines kapitalistischen Europas zu kämpfen.

Irlandkomitees aus Frankreich, Holland, Italien, Norwegen und Westdeutschland – Provisional Sinn Fein, Irland – Irish Republican Socialist Party, Irland – Revolutionary Struggle, Irland – Rood Verzetsfront, Holland – Senza Galere, Italien – Rote Hilfe Zürich, Schweiz – Comite de Defense des Prisonniers Politiques en RFA, Belgien – Actualite de la Resistance anti-imperialiste, Frankreich – Schwarze Hilfe, Marburg – AKAS, Düsseldorf. **Kontakt: Irlandkomitee, Postfach 35, 6370 Oberursel 5.**



Dr. Henry Kissinger rasiert sich im Weißen Haus. 1969.

WARTEN AUF DEN FRÜHLING – ODER DER „MYSTERIÖSE" VIRUS

NEAPEL 10. Februar Über 60 Kinder sind in den letzten Monaten in der Provinz Neapel an einer Virus-Epidemie gestorben. Die Gesundheitsbehörden und die politisch Verantwortlichen haben zunächst zu den Todesfällen geschwiegen, inzwischen reden sie von einem „mysteriösen" Virus, dessen Herkunft unbekannt sei. Andere Mediziner haben dagegen darauf hingewiesen, daß dieser Virus, der die Atemwege befällt, seit 20 Jahren schon bekannt sei, daß er allerdings sehr selten sei und nur unter bestimmten hygienischen und sanitären Bedingungen auftreten könne.

Die Kleinkinder, die bisher gestorben sind, stammen alle aus den alten Vierteln Neapels oder seiner Provinz. Diese sind sehr dicht bewohnt, viele Wohnungen bestehen nur aus einem Raum (die sog. Bassi), Im Winter geht die Nässe, da Heizungen fehlen, überhaupt nicht mehr aus den Wohnungen raus.

Die Gesundheitsbehörden haben inzwischen mitgeteilt, daß über die Hälfte der Kleinkinder in der Umgebung Neapels von der Virus-Epidemie betroffen ist – eine z.B. für Grippe-Viren übliche Zahl. Hauptsächlich in den alten Stadtvierteln fehlt es an Kinderärzten, Viele Mütter lassen aus Angst vor einer Ansteckung ihre Kinder nicht mehr auf die Straße.

Die Stadtverwaltung Neapels – seit über 3 Jahren unter einem kommunistischen Bürgermeister – hat in der ganzen Stadt Plakate kleben lassen, wonach für akute Fälle Zentren mit Kinderärzten eingerichtet wurden. Nachforschungen von Genossen von Lotta Continua haben ergeben, daß diese Zentren jedenfalls bislang nicht existieren. Auch die Regierung in Rom ist tätig geworden. Sie hat rund eine halbe Million Mark als Sofortmaßnahmen zur Verfügung gestellt; es handelt sich allerdings ausschließlich um Projekte, die schon aus früheren Finanzmitteln hätten bezahlt sein müssen.

In der Zeitung „Lotta Continua" vom 8. Februar kommen einige Frauen aus Portici zu Wort, einem sehr dichtbesiedelten Ort am Fuß des Vesuv, einer Stadt mit etwa 100 000 Einwohnern und keinem Krankenhaus. Die Gespräche haben auf dem Markt von Portici stattgefunden. Eine ungefähr 30jährige Frau mit 4 Kindern erzählt: „Die Kinder sind schlecht ernährt, weil es in Neapel und seiner Umgegend wenig Möglichkeiten dazu gibt. In der Tat kommen alle diese toten Kinder aus armen Stadtteilen, aus Familien, die sie nicht gut ernähren können. Dann fehlen hier in Portici sogar die Kinderärzte. Gestern morgen bin ich zum Rathaus gegangen, um einen Kinderarzt für meine Tochter zu suchen, die eine Asthma-Bronchitis hat. Ich habe 4 Kinder, lebe von meinem Mann getrennt und bekomme von nirgendwoher eine Unterstützung. Ich arbeite stundenweise als Putzfrau und bekomme dafür rund 6,– DM am Tag. Ich kann also keinen Kinderarzt holen, der für eine Visite 50 bis 70 Mark nimmt.

Beim Rathaus hat mich einer zum anderen verwiesen und haben sie mir gesagt, ich solle noch 5 Tage warten, dann werde ein Zentrum von Kinderärzten eingerichtet. Aber ich kann nicht warten, denn noch nicht einmal 500 Meter von hier ist gestern ein zweijähriges Kind gestorben. Deshalb bin ich hart geblieben und am Ende haben sie mich zu einem Arzt geschickt, der aber kein Kinderarzt war, sondern nur der Schularzt, der die Hauptschulkinder untersucht. Er hat meine Tochter nicht untersucht, sondern nur sein Ohr an den Rücken hingehalten und mir gesagt, es sei asthmatische Bronchitis, aber dann hab ich sie doch zu einem Krankenhaus gebracht. Dort haben sie mir gesagt, daß meine Tochter sich nur erkältet habe und Halsweh habe. Trotzdem hat mir der Arzt Penicillin gegeben, meine Tochter kann es aber nicht nehmen, weil sie dazu zu schwach ist.

Das Kind, das in Portici gestorben ist, hatte 15 Tage vorher eine Antibiotika-Kur genommen, weil es Halsschmerzen hatte. Aber es ist klar, Antibiotika bringen einen herunter, und womöglich war das die Ursache, daß das Kind sich plötzlich sehr schlecht fühlte. Es mußte ein paar Mal husten, es war noch nicht einmal die Zeit, es ins Krankenhaus zu bringen, da war es schon tot. Meiner Tochter ging es in der Zwischenzeit nicht besser. Hier in Portici gibt es gar nichts: keine Desinfektion, aus den Straßenschächten der Kanalisation kommt der Dreck heraus. Vor 15 Tagen

sind wir von unserer Straße, der Vico Nastri, und von der Gegend rund um den Markt zum Rathaus gegangen. Der (christdemokratische) Bürgermeister von Portici wollte uns nicht empfangen, vielleicht ist er sogar abgehauen.

Ein anderes Beispiel: ich bin geschieden und muß für meine 4 Kinder aufkommen. Dreimal habe ich versucht, Arbeitslosengeld zu bekommen... aber sie wollen mir nichts geben, ich habe keine Krankenversicherung für die Kinder, sie desinfizieren die Straßen nicht, sie machen überhaupt nichts."

Eine zwanzigjährige Frau: „Meiner Tochter geht es gut, nur daß sie, wenn sie ins Bett geht, husten muß. Dann um Mitternacht muß ich sie aus dem Bett holen, weil sie erbrechen muß, und das passiert jede Nacht. Was soll ich ohne Kinderarzt machen? Jetzt sagen sie, daß es in Zukunft welche in Portici gäbe, aber ich glaube, das ist alles Geschwätz. Was hat dieser Arzt gesagt? Wenn du nicht genug Geld für einen Spezialisten hast, mußt du das Kind ins Krankenhaus bringen. An einem Regentag wie heute das Kind außer Haus mitnehmen, da wird es nur noch kränker. In dieser Umgebung werden alle ein bißchen krank, z. B. ich bin auch erkältet. Die meisten haben Angst vor dem Virus, der jetzt umgeht. Meiner Meinung ist es besser, wenn mein Kind wenig Kontakt zu anderen Kindern hat."

Noch einmal die Frau mit den 4 Kindern: „Gestern beim Rathaus, als das Radio da war, war auch der Gesundheitsinspektor von Portici da: über Radio rief er die Mütter auf, sich wegen einer kleinen Erkältung ihrer Kinder nicht den Kopf zu zerbrechen. Er hat nicht kapiert, in welchem Gemützustand eine Mutter heute ist. Dann hat er aber als nächstes gemeint, beim ersten Anzeichen einer Grippe solle man einen Arzt holen.Dann habe ich ihm geantwortet, wenn sie als Ärzte nicht wüßten was sie sagen würden, wie sollen dann wir Mütter nicht uns Sorgen machen? Dann hat er gesagt, daß es kein unbekanntes Übel sei, dieser Virus; er sei schon seit vielen Jahren bekannt. Da hab ich ihm gesagt: wenn ihr sagt, daß es nicht ein unbekanntes Übel sei, was habt ihr dann in all den Jahren studiert, welche Vorkehrungen habt ihr getroffen? Und er hat gesagt, die Ärzte würden die Sache noch untersuchen. Ich hab ihn dann an ein altes napoletanisches Sprichwort erinnert: „Während der Arzt studiert, stirbt der Kranke weg." "

Eine Frau mit 3 Kindern: „Ich denke, daß Muttermilch zur Stärkung gegen den Virus helfen könnte. Aber jetzt gibt kaum eine Mutter noch ihren Kleinen eigene Milch. Die Muttermilch hat nämlich Antikörper, die den Virus abwehren können. Jetzt wo es die Mütter nicht mehr machen, kann sich die Infektion leichter ausbreiten... Wenn ein Kind gut ernährt ist, kann es eine Infektion gut überstehen: eine gute Ernährung mit Vitaminen ist also wichtig."

Eine andere Frau: „Im Radio und Fernsehen haben sie dazu aufgerufen, unsere Kinder gegen Kinderlähmung impfen zu lassen. Wir Mütter haben Angst. Ich habe zwei kleine Kinder, habe sie aber noch nicht impfen lassen, weil, als die Sache mit dem Virus bekannt wurde, es hieß, die Anti-Tetanus-Impfung sei schuld an der Epidemie. Wir denken, daß ein Kind nach einer Impfung leicht Fieber bekommen kann, und das ist wegen dem Virus gefährlich: also ist es besser auf den Frühling zu warten (wenn es wärmer ist und die Infektionsgefahr nicht mehr so groß). Jedenfalls bin ich es, die über meine Kinder entscheidet. Solang sie noch nichts gegen den Virus gefunden haben, lasse ich meine Kinder nicht impfen. Wenn sie was gefunden haben, kann man nochmal darüber reden."



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID NR. 269 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

